

Teil I – Analyserahmen

Meine theoretischen und methodischen Überlegungen zur Analyse gesellschaftlicher Debatten über Außen- bzw. Europapolitik entwickeln sich in drei Schritten. *Kapitel 2* fasst zunächst die „liberale“ und „konstruktivistische“ Perspektive auf Außen- und Europapolitik im Sinne zweier komplementär ansetzender Theorieentwürfe zusammen. Während die liberale Konzeption bereits die Ebenen und strategischen Imperative politischer Verhandlungssysteme auf gesellschaftlicher wie internationaler Ebene erfasst, bleibt sie hinsichtlich der Genese der verhandelten Präferenzen unvollständig. Hier gibt die konstruktivistische Diskussion unterschiedlicher „Ideen“ wichtige Hinweise auf mindestens zwei Typen von Deutungen, deren empirische Erscheinung und Rolle eine spätere Analyse der Erweiterungsdebatte aufzuklären haben wird: soziale Normen, die Politik „angemessen“ erscheinen lassen, und Kausalannahmen, die Folgen bestimmter Politiken wahrscheinlich erscheinen lassen und somit die Grundlage einer im engeren Sinne „rationalen Wahl“ überhaupt erst ermöglichen. Der Anspruch, gesellschaftliche Konstruktionsprozesse von Ideen zu verstehen und zu theoretisieren, macht die konstruktivistische Ideenanalyse zu einem wichtigen Komplement liberaler Ansätze.

Die vorhandenen Defizite dieser Analysen sind jedoch durch Kombination allein nicht zu lösen. Hier muss auf weitere linguistische und sprachphilosophische Ansätze und Erklärungsmuster zurückgegriffen werden. Die anschließenden Überlegungen zu einer „konstruktivistischen“ Diskursanalyse in *Kapitel 3* entwickeln sich entsprechend als Abfolge aufeinander aufbauender Theorieexkurse. So wird zunächst auf die poststrukturalistische Diskursanalyse zurückgegriffen, um die Einbettung einzelner Ideen in komplexe, das Denken und Handeln von Akteuren insgesamt bedingende Deutungshorizonte („Diskurse“) überhaupt zu plausibilisieren und theoretisch angemessen zu benennen (*Kapitel 3.1*). Die Diskursanalyse kann allerdings die Rolle von Akteuren bei der Konstruktion von Deutungen nicht weiter aufklären, weil ihr strukturalistisches Erbe die Ausformulierung einer weiterführenden Prozess- und Handlungstheorie weitgehend verhindert hat. Es bleibt die für den Analyserahmen insgesamt zentrale Idee einer latenten Ebene von Diskursmomenten, die sich bevorzugt in Form sprachlicher Ausdrücke (Argumente) bzw. Gedanken (Kognitionen) als deren „Manifestationen“ erforschen lassen.

Die handlungstheoretischen Implikate politischen Argumentierens – als wesentlicher Modus, in dem sich die Konstruktion von Deutungen vorstellen lässt –

sind in der Auseinandersetzung mit der Soziolinguistik van Dijks und Habermas' Theorie kommunikativen Handelns aufzuklären (Kapitel 3.2). Hier lässt sich das Verständnis eines „deutungsmächtigen“ Akteurs gewinnen, der nicht nur Diskursmomente stereotyp reproduziert, sondern in Grenzen zu einem instrumentellen Umgang mit Deutungen in der Lage ist und durch diese Fähigkeit überhaupt den Begriff des „Akteurs“ rechtfertigt. Für letztere Qualität wird auf die Unterscheidung von rhetorischem versus authentischem Argumentieren zurückgegriffen, die das Spannungsverhältnis zwischen „Gedachten“ und „Geäußertem“ im Rahmen politischer Debatten zu einem auch theoretisch relevanten Erklärungsgegenstand werden lässt. Dabei wird nicht zuletzt deutlich, dass eine konstruktivistische Diskursanalyse neben sprachlichen Ausdrücken notwendigerweise auch auf kognitive Prozesse der Produktion und Rezeption von Argumentationen eingehen muss, um die gestellten Fragen hinreichend beantworten zu können.

Auf diesen Überlegungen aufbauend, lassen sich schließlich auf Mesoebene „argumentative Koalitionen“ definieren, die in Konflikten um die Legitimität ihrer Interpretation von richtigem bzw. wirksamem Handeln kämpfen (Kapitel 3.3) und schließlich ein wesentliches Defizit vieler Außenpolitikanalysen angehen: den unklaren Begriff von Öffentlichkeit bzw. öffentlichen Debatten (Kapitel 3.4). Mit einer Systematisierung und Integration der entwickelten Konzepte schließt dieser Entwurf einer „argumentativen Diskursanalyse“ ab (Kapitel 3.5.).

Das *Kapitel 4* widmet sich schließlich den methodischen Problemen einer argumentationslogisch ansetzenden Diskursanalyse. Hier wird zum einen meine Entscheidung für ein hermeneutisches Verständnis von Text begründet. Als konkretes inhaltsanalytisches Verfahren skizziere ich meine Vorstellungen eines „stillen Dialogs“, in dem die Bedeutungsgehalte von Text durch gezielte Problematisierung von Geltungsgründen hermeneutisch erschlossen werden sollen. Methodisch, so eine wesentliche Annahme der Arbeit, geben öffentliche Debattenbeiträge allerdings nur eine begrenzte Sicht auf jene Deutungsmuster frei. Jedes Argument, das hier fällt, als gleichermaßen validen Indikator auf die diskursiv bedingten Motivstrukturen der Sprecher zu werten, wäre theoretisch und empirisch kurzsichtig, weil so eben nicht der gegebenenfalls rein strategischen Qualität politischer Sprechhandlungen Rechnung getragen wird. Eine reine Analyse von Debattenbeiträgen, wie sie die einschlägige Diskursanalyse präferiert, bleibt unbefriedigend, weil latent „vordergründig“. Es wird daher, so die Überlegung, auch auf Umfragedaten zurückzugreifen sein. Mit einer genauen Referenz der erhobenen Texte und Umfragedaten schließt das Methodenkapitel die Darstellung des Analyserahmens ab.

2. Forschungsdesiderate: Normen, Interessen, Identitäten

Die einschlägige Forschung hat den gesellschaftlichen Bedingungen außen- bzw. europapolitischen Handelns von jeher besondere Beachtung geschenkt; ihr Status als „erklärende Variable“ von Außenpolitik war und ist konstitutiv für das Forschungsprogramm der „Foreign Policy Analysis“ (Neack et al. 1995). Es grenzt sich damit grundsätzlich von im engeren Sinne „systemischen“ Ansätzen ab, die das auswärtige Handeln von Staaten letztlich immer auf determinierende Zwänge des internationalen Systems zurückzuführen suchen oder gar ganz aus dem Blickfeld verlieren (Waltz 1979, vgl. allerdings Wendt 1999). Ihnen zurechnen lassen sich in der aktuellen Diskussion mindestens zwei mehr oder weniger abgrenzbare, theoretische Zugänge, die für die Analyse gesellschaftlicher Debatten über Außenpolitik wichtige und im besten Sinne komplementäre Erklärungsbestände aufweisen. Während im weiteren Sinne „neo-liberale“ Autoren auf der einen Seite den Druck gesellschaftlicher Koalitionen und Öffentlichkeiten auf außenpolitische Entscheidungssysteme ausführlich thematisieren, bleibt ihre Analyse hinsichtlich der diesem Druck zugrunde liegenden Deutungen und Erwartungen gesellschaftlicher Akteure bestenfalls rudimentär. Es geht vor allem um „Stimmungen“, „Meinungen“, seltener auch unterstellte „Interessen“, deren Entstehen weniger Beachtung geschenkt wird als der Frage, als wie durchsetzungsstark sie sich schließlich erweisen und Regierungspolitik verändern („CNN-Effekt“).

Hier erweist sich die im weiteren Sinne „konstruktivistische“ Diskussion zu „Überzeugungen“ bzw. „Ideen“ als anschlussfähig und weiterführend, sofern sie wesentliche Kategorien relevanter Deutungen benennt, die gesellschaftliche Akteure ihren politischen Präferenzen zugrunde legen. Erstens hat die konstruktivistische Forschung auf die Rolle von Normen hingewiesen, die gegebenenfalls Akteure direkt zu „angemessenem Handeln“ motivieren. Zweitens, so wird im Folgenden argumentiert, bedarf es jedoch auch einer Analyse von Kausalannahmen bzw. Paradigmen, um zu verstehen, wie Akteure ihre „nicht-normativen“ Interessen tatsächlich angesichts bestimmter Situationen in Form konkreter Entscheidungspräferenzen spezifizieren. Drittens bedarf es zwingend einer Definition von „Selbst“, um Interessen überhaupt formulieren zu können: Soll durch Handeln der Nutzen eines Einzelnen, einer Organisation, Gruppe, Nation, gar über- bzw. transnationaler Gemeinschaften gemehrt werden?

2.1. Außenpolitik und Interessen im liberalen Mehrebenenmodell

Der für „liberale“ Ansätze im weiteren Sinne (Nye 1988, Katzenstein 1978a, Gourevitch 1978, Putnam 1988, Domhoff 1990, Moravcsik 1993, 1997, Powell 1994, Hagan 1995, Bienen et al. 1999, Krahnemann 2001) konstitutive Blick auf Außenpolitik folgt einem Bottom-Up-Verständnis gesellschaftlicher *Interessen*vermittlungsprozesse, das Ernst-Otto Czempiel (1994, 1998) für die deutsche Diskussion treffend mit dem Begriff der „vergesellschafteten Außenpolitik“ belegt hat (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 25-28). Der Staat fungiert demgemäß als wesentlicher „Transmissionsriemen“ gesellschaftlicher Ansprüche, deren Befriedigung staatliche Akteure auch bei internationalen Verhandlungen stets im Blick haben müssen, um ihre Position etwa durch Wiederwahl zu sichern. Im Rahmen einer „theoretisch-deduktiven Interessenbestimmung“ (Bienen et al. 1999) wird hier gemeinhin versucht, außenpolitische Präferenzen gesellschaftlicher Akteure aus ihren „Grundinteressen“ an jenen Ressourcen abzuleiten, die subsystemtypisch ihre Macht sichern und ausbauen helfen (vgl. auch Kappelhoff 1995). Entsprechend werden Gewinne an finanzieller Mittelausstattung (etwa Unternehmensgewinne) und internen wie externen Kompetenzen (etwa Mitgliederzuwachs) zu wesentlichen Anreizen, sich für oder gegen eine bestimmte Außenpolitik einzusetzen (Bienen et al. 1999: 6.2.2.). Staatliche Akteure berücksichtigen gesellschaftliche Interessen¹ allerdings theoriegemäß mehr oder weniger selektiv nach Maßgabe ihre Abhängigkeit von bestimmten Gruppen (Moravcsik 1997). Das in diesem Sinne durch Macht qualifizierte „Primat gesellschaftlicher Akteure“ (Moravcsik 1993, 1997) drückt sich in der Nutzenfunktion außenpolitischer Akteure aus, die ihre Präferenzen an den „mächtigen“ Interessen in ihren Gesellschaften ausrichten und bei internationalen Verhandlungen einbringen.

Auf der Ebene internationaler Verhandlungsprozesse stellen allerdings die Wohlfahrtsgewinne der einen häufig Verluste für andere Gesellschaften dar, so dass die von staatlichen Akteuren in Verhandlungen eingebrachten Präferenzen sich angesichts „transnationaler Externalitäten“ (Moravcsik 1997) als zunehmend interdependent erweisen („*policy interdependence*“, vgl. auch Keohane/Nye 1977, Zürn 2002). So konnten Arbeiten des von Katzenstein editierten Sammelbandes etwa belegen, dass Unternehmen und Wirtschaftsverbände erheblichen Einfluss auf die Außenwirtschaftspolitik der großen Industrienationen wie etwa den USA oder auch Deutschland nehmen, um ihre Interessen auf den Weltmärkten zu wahren (Katzen-

¹ Die Begriffe „Präferenz“ und „Interesse“ werden in der Literatur selten eindeutig unterschieden. Ich folge der Differenzierung Powells (1994) zwischen „*preferences over means*“ und „*preferences over outcomes*“, die ich im Folgenden in Anlehnung an Moravcsik (1997) mit „(Policy-)Präferenzen“ bzw. „Interessen“ übersetze.

stein 1998a, b: 306-323, Kreile 1978, vgl. auch Krauss 1993). Putnams (1988) Analyse des Bonner Weltwirtschaftsgipfels von 1978 weist allerdings auch darauf hin, dass Regierungsakteure die Definition international eingeschränkter Verhandlungsspielräume dazu nutzen, um eigene wirtschaftspolitische Präferenzen gegen Widerstand in der eigenen Regierung und Öffentlichkeit durchzusetzen. Bereits frühe Ansätze der behavioristischen Schule wie Rosenaus Formulierung der „linkage politics“ (Rosenau 1969) führten in diesem Sinne zu einer Diskussion der komplexen Verschränktheit vermeintlich innenpolitischer Politikfelder mit trans- bzw. internationalen Prozessen (vgl. auch die Beiträge in Rosenau 1969 und 1974).

Für die weitere Außenpolitikforschung insgesamt wegweisend hat Putnam (1988) die Einbindung außenpolitischer Entscheider in der Metapher des „Verhandelns an zwei Tischen“ verdichtet. Besonders plastisch – und relativ eng an der ursprünglichen Formulierung Putnams angelehnt – wird dieser „neue Konsens“ (Müller/Risse-Kappen 1993: 47) der neo-liberal ansetzenden Außenpolitikforschung in der Konzeption einer „*double-edged diplomacy*“ (Evans et al. 1993):

„Diplomatic strategies and tactics are constrained both by what other states will accept and by what domestic constituencies will ratify. Diplomacy is a process of strategic interaction in which actors simultaneously try to take account of and, if possible, influence the expected reactions of other actors, both at home and abroad“ (Moravcsik 1993: 15, vgl. auch Putnam 1988: 433-5).

Von einer solchen Grundidee ausgehend, gilt es jedoch nach wie vor, den tatsächlichen Prozess auf der „gesellschaftlichen Seite des Tisches“ zu spezifizieren. So wird etwa in diesem Zusammenhang die These formuliert, dass der Einfluss von Gesellschaft immer dann an Relevanz gewinnt, wenn Außenpolitik nicht als eine Folge kurzfristiger Krisenentscheidungen abläuft, die schon aus Zeit- und Geheimhaltungsgründen als reine „Kabinettspolitik“ auf die höchste Regierungsebene beschränkt bleibt (Holsti 1992: 444). Erfüllen politische Entscheidungen diesen notwendigen Grad an Zugänglichkeit, lassen sich etwa im Rekurs auf die Überlegungen Hagans (1995, vgl. auch Risse-Kappen 1995, Evangelista 1997) zwei innenpolitische Imperative plausibel beschreiben, denen außenpolitische Entscheider notwendigerweise Rechnung tragen müssen (Hagan 1995: 121-127):

Zum einen sind diese darauf angewiesen, durch das Schmieden *innenpolitischer Koalitionen* – etwa im Regierungsapparat, im Parlament und dessen Umfeld aus Lobbyisten und Verbänden – kurzfristig Unterstützung für ihre Politik sicherzustellen. Als methodisches Instrumentarium wurde insbesondere der auch in der einschlägigen Policy-Forschung (Héritier 1993, Jansen 1995) gängige Netzwerkansatz vorgeschlagen (etwa Bienen et al. 1999) und in einem letzten Entwicklungsschritt bis zur dynamischen Modellierung machtinduzierten Policywandels weitergeführt (Krahmann 2001). Auch die Analyse sogenannter „Advocacy-Koalitionen“ (Saba-

tier/Jenkins-Smith 1999) versucht entsprechend, die Aushandlungsprozesse eines bestimmten Politikfeldes besonders einflussreicher Akteure zur Erklärung heranzuziehen (etwa Kübler 2001, vgl. auch Kapitel 3.3). Versuche, solche allgemeinen Policy-Ansätze durch die Außenpolitikforschung zu adaptieren, fußen nicht zuletzt auf der gängigen Einschätzung, dass Außenpolitik in modernen Demokratien gesellschaftsseitig zunehmend den Charakter „normaler“ innenpolitischer Politikherstellung trägt (vgl. auch Allison 1971, Halperin 1974, Krause/Wilker 1978, Müller/Risse-Kappen 1993, Eberwein/Hörsch 1994). Der Kreis in die Analyse einbezogener Akteure beinhaltet dabei vor allem kollektive Akteure wie Unternehmen und wirtschaftliche, soziale und politische Verbände, die die Ansprüche von „Interessengruppen“ erst bündeln, ins politische System vermitteln und daher im Sinne dieses Ansatzes „durchsetzungsfähig“ machen (Lowi 1964, Fuchs 1993).

Zum anderen stehen Regierungen in liberalen Demokratien vor dem Problem, zumindest grundsätzliche Zustimmung für ihre Außenpolitik in einer *breiteren Öffentlichkeit* sicherzustellen, um nicht langfristig ihre Wiederwahlchancen zu gefährden. Gerade in dieser Hinsicht verfügt die Außenpolitik- und Europaforschung über eine beachtliche Tradition an umfragebezogenen Analysen, die eine Erhebung gesellschaftlichen Rückhalts von Politik als Funktion individueller Einstellungen betreibt (zusammenfassend Rattinger et al. 1995). Dabei hat kaum ein Gegenstand die empirische Sozialforschung zu derart kontinuierlicher Datenerhebung veranlasst wie der europäische Integrationsprozess (vgl. Lindberg/Scheingold 1970, Lindberg 1971, Inglehart 1971, Niedermayer/Sinnott 1995, Rattinger 1996, Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001).

Die Umfrageforschung konnte etwa belegen, dass die US-amerikanische Politik im Wesentlichen der „öffentlichen Meinung“ folgt, sich also gemäß neo-liberaler Vorstellungen als responsiv gegenüber gesellschaftlichen Ansprüchen erweist (Page/Shapiro 1983, Page et al. 1987, kritisch allerdings schon Cohen 1973). Auf der anderen Seite wurde allerdings auch nachgewiesen, dass gesellschaftliche Präferenzen sich von politischen Eliten maßgeblich beeinflussen lassen, „bottom-up“ also neben „top-down“ nur einen Teil der Dynamik gesellschaftlicher Meinungsbildungsprozesse überhaupt erfasst (Rogers/Dearing 1988, vgl. schon Rosenau 1961, Deutsch 1973). Gerade mit Blick auf den europäischen Integrationsprozess hat etwa Wessels (1995) argumentiert, dass politischen Eliten eine Schlüsselrolle bei der Diffusion politischer Unterstützung für die europäischen Institutionen zukommt.

Dabei scheint gerade ein „top-down“ ohne Blick auf die mediale Vermittlung von Präferenzen kaum zu erklären, und so hat etwa die „Agenda-Setting“-Forschung die Wechselwirkungen zwischen Politik, Medien und Bevölkerungsmeinung ausführlich thematisiert (Kleinnijenhuis/Rietberg 1995, Rössler 1997). Während die Medien- und Kommunikationsanalysen bereits seit spätestens den siebziger Jahren in-

tegraler Bestandteil der US-amerikanischen Außenpolitikforschung sind (Cohen 1973, Page/Shapiro 1983, Page et al. 1987, Kempf 1994, Bennett 1997, Manheim 1997, Kernell 1997), hat sich ein entsprechendes Interesse in Deutschland bislang kaum in empirischer Forschung niedergeschlagen (Bellers/Wehmeier 1980, Kunczik 1990, Wittkämper et al. 1992, Weller 2000, 2002). Dabei hat etwa Münch (1998) die These formuliert, Europapolitik werde zunehmend „aus dem Feld der Diplomatie hinter verschlossenen Türen in die Arena der Medienöffentlichkeit gezerrt“ (Münch 1998: 20) und in der Folge von einer „Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie“ gesprochen (grundsätzlich Meyer 2001).

Ein einschlägiges und an dieser Stelle instruktives Beispiel sind sicherheitspolitische Debatten. So hatte sich etwa die US-amerikanische Forschung bereits seit Beginn der siebziger Jahre mit der geteilten Unterstützung der Politik während bzw. nach Ende des Vietnamkriegs auseinanderzusetzen (Holsti/Rosenau 1979, 1984, 1992), und in Bezug auf Deutschland war in den achtziger Jahren sogar von einem Zusammenbruch des sicherheitspolitischen Grundkonsenses bis hin zu einer daraus abzuleitenden „Selbstgefährdung“ des westlichen Bündnisses die Rede (Eberwein/Siegmann 1985, Eichenberg 1989, Rattinger/Don Munton 1991). Vor allem die massenhafte Beteiligung der deutschen Bevölkerung an Aktionen der „Friedensbewegung“ und die Wahlerfolge der in ihrem Umfeld entstandenen linksalternativen Parteien rückten hier die Frage nach den grundsätzlichen Opportunitätsstrukturen für gesellschaftlichen Einfluss auf Außenpolitik ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. Risse-Kappen (1991a, b) wies diesbezüglich in einer vergleichenden Analyse nach, dass die strukturellen Bedingungen unterschiedlicher Systeme der politischen Interessenvermittlung den Einfluss von Gesellschaft in der Tat wesentlich bestimmen und dass – durchaus im Sinne der späteren These Münchs – in der Tat von einer verstärkten „Demokratisierung“ des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der Bundesrepublik auszugehen sei.² Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat zudem die mediale Präsenz von Kriegen und humanitären Krisen die Frage aufgeworfen, inwieweit die Medien als eigenständige Kraft der internationalen Politik neu verstanden und theoretisiert werden müssen (Livingston/Eachus 1995, Mermin 1997, Hasenclever 2001, Robinson 2003).

² Der Übergang von der "Kanzlerdemokratie" Konrad Adenauers zur "Parteiendemokratie" habe die Einflussmöglichkeiten sozialer Bewegungen verbessert und letztlich auch den massiven Einfluss der Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte überhaupt erst möglich gemacht (Risse-Kappen 1991a: 506, vgl. auch Risse-Kappen 1988). Während Adenauer die Integration der Bundesrepublik in die NATO noch gegen eine eher kritisch eingestellte Öffentlichkeit durchsetzen konnte, zwang Letztere die CDU zur Korrektur ihrer Position gegen die Ostpolitik der SPD-Regierungen zu Beginn der achtziger Jahre und die SPD sukzessive auf einen streng antinuklearen Kurs (vgl. auch Risse 1995, Katzenstein 1997, Giesen/Risse 1999).

Vor dem Hintergrund dieser Forschung stellt sich damit für eine Analyse der deutschen Erweiterungsdebatte zum einen die grundsätzliche Frage nach dem Einfluss gesellschaftsseitig formulierter Präferenzen bzw. Interessen auf die Position der deutschen Bundesregierung. Darüber hinaus interessieren die *Strategien, mit denen Akteure versuchen, Erweiterungspräferenzen gegenseitig in ihrem Sinne zu beeinflussen*. Die in der einschlägigen Literatur zum intergouvernementalen Verhandlungsprozess (Friis 1998, Fierke/Wiener 1999, Sedelmeier 2000, Schimmelfennig 2000, 2001) diskutierten Einstellungsbestände wie „Normen“ oder „Identität“ bleiben allerdings für die skizzierte neo-liberale Konzeption im engeren Sinne prekär. Auch bleibt unklar, wie basale gesellschaftliche Interessen etwa an „Wohlstand“ sich im Falle einer konkreten Handlungssituation überhaupt mit Präferenzen verknüpfen, insbesondere angesichts immer wieder alternativer Erwartungen über Konsequenzen etwa der Erweiterung auf Westeuropa und die Beitrittskandidaten (vgl. Plümper et al. 2005). Beides wirft die Frage auf, inwieweit der enge Fokus auf utilitaristisch definierte „Interessen“ überhaupt der *Komplexität und Variabilität politischer Interpretationen* im weiteren Sinne Rechnung tragen kann (vgl. auch Maier 1998). Damit bleibt der kognitive wie soziale *Prozess der Präferenzgenese* nur mangelhaft theoretisiert.³

2.2. Konstruktivistisches Veto: Woher kommen Präferenzen?

Sofern liberale Ansätze den Zusammenhang von „Interessen“ und „Präferenzen“ nicht systematisch berücksichtigen, ist ihr Erklärungswert notwendigerweise begrenzt. Hilfe wird hier gemeinhin von solchen Arbeiten erwartet, die den Prozess der Präferenzgenese auf der Grundlage eines im weiteren Sinne „konstruktivistischen“ Theorieverständnisses unter dem Stichwort „Ideen“ thematisieren (Goldstein 1993; Goldstein/Keohane 1993, Jacobsen 1995, Yee 1996, Campbell 1998, für die deutsche Diskussion exemplarisch Nullmeier 1993, Vowe 1994, Jachtenfuchs 1995, Maier 1998). Unter einer Idee wird dabei im Allgemeinen eine von *Akteuren geteilte Struktur von Wissen oder Überzeugungen* verstanden, die Lösungen für bestimmte Entscheidungsprobleme liefert. Ihr Charakteristikum liegt in der – etwa strukturierungstheoretisch (Giddens 1984) fundierten – Annahme, dass Ideen das Handlungs-

³ Hier geht die einschlägige Einstellungsforschung bereits unmittelbar über die enggeführte Interessendefinition des Neoliberalismus hinaus – vielfach allerdings ohne die kategoriale Stellung verschiedener Überzeugungen überhaupt hinreichend zu thematisieren (etwa Deutsch/Edinger 1973, Holsti/Rosenau 1984). Entsprechende Anknüpfungspunkte werden insbesondere unter 2.2.1 diskutiert.

repertoire und die Präferenzen von Akteuren bedingen, Akteure umgekehrt aber Ideen durch ihr Handeln reproduzieren bzw. sogar verändern, etwa als Ergebnis ihrer Interpretationen von Erfahrungen, die sie als gemeingültig zu etablieren suchen (Giddens 1984, Onuf 1989, Wendt 1987, 1999). Gemäß dieser „Dualität der Struktur“ (Giddens 1984, Wendt 1987) bedingen sich Akteure und ideelle Strukturen gegenseitig; sie sind „*mutually constitutive*“, d.h. „in a fundamental sense interrelated entities, and hence [...] we cannot account fully for the one without invoking the other“ (Carlsnaes 1992: 245-246). Eine in diesem Sinne „konstruktivistisch“ ansetzende Analyse wie die folgende ist somit stets angehalten, beiden Aspekten konzeptionell und methodisch Rechnung zu tragen.

2.2.1 *Verbindungsstücke zwischen Interessen und Präferenzen: Kausalannahmen*

Auf operationaler Ebene werden Ideen meist in der Tradition der bereits erwähnten Einstellungsanalysen als „beliefs“ thematisiert (Goldstein/Keohane 1993, kritisch Laffay/Weldes 1997), wobei aber nunmehr verstärkt einzelne Überzeugungen fokussiert werden. Ein Problem liegt darin, dass diese Arbeiten vor allem normative „Ideen“ als alternative Erklärung für „interessenbezogenes Handeln“ diskutieren (vgl. etwa Risse-Kappen 1996: 392-393, Weller 1997, Hasenclever 2001, Schimmelfennig 2001, 2003). Der wesentliche Grund liegt hierfür augenscheinlich in der aufgenommenen Konkurrenz rationalistischer Kritik, nach denen Ideen lediglich „Kleiderhaken“ darstellen, an die Akteure ihre Interessen „hängen“, um den daraus abgeleiteten Präferenzen zusätzliche Legitimität zu verleihen bzw. ihre „wahre“ Herkunft zu kaschieren (Shepsle 1985, vgl. auch Weingast 1995, Maier 1998, Busch 1996). Diese übernommene Gegenüberstellung von „Ideen“ und „Interessen“ verkennt allerdings, wie bereits angemerkt, dass ohne „Ideen“ im weiteren Sinne auch eine interessenbasierte Analyse unvollständig bleibt (vgl. auch Wildavsky 1994).

Dies wird nachvollziehbar, wenn man sich die Bedingungen einer zweckrationalen (Weber 1984) bzw. *konsequenzialistischen Handlungslogik* vergegenwärtigt, in der die Rationalität auf interessenbezogenes Handeln nach einschlägiger Konzeption verweist (Simon 1985, Lindenberg 1990, Esser 1991, Green/Shapiro 1994, Wildavsky 1994, March/Oslo 1998, Risse 2000). Akteure evaluieren Handlungsalternativen demzufolge an grundlegenden Vorstellungen über „Nutzen“ – Interessen bzw. Werte im weiteren Sinne – und wählen diejenige Alternative, die ihren erwar-

teten Nutzen in diesem Sinne der zugrunde gelegten Erwartungen optimiert.⁴ Akteure müssen aber notwendigerweise über Hypothesen verfügen, wie sich „Nutzen“ mit konkreten Handlungsoptionen tatsächlich realisieren lässt, denn hierin liegt die eigentliche Qualität des für rationalistische Entscheidungsmodelle immer wieder typischen Begriffs des „Erwartungsnutzens“ (Lindenberg 1990). Auch im Rahmen einer liberalen Außenpolitikanalyse ist damit ohne ein implizites Verständnis von *Kausalannahmen* – also Annahmen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge – niemals zu plausibilisieren, warum „Interessen“ im spezifischen Kontext durch ein bestimmtes politisches Handeln maximiert werden sollen. Dass Akteure hinsichtlich ihrer politischen Präferenzen divergieren, mag nämlich nur zum Teil (oder gar nicht) über eine Interessenkonkurrenz hinsichtlich zu verteilter Gewinne begründet sein; es kann auch daran liegen, dass die Akteure alternative Erwartungen über die Konsequenzen ihres Handelns zugrunde legen. Da also erst ein Rekurs auf „Interessen“ und „Kausalannahmen“ die individuelle wie interaktive Konstruktion von Präferenzen erklären kann, sind sie wichtige Variablen für jede konstruktivistische Außenpolitikforschung.

Folgerichtig wurden – zum Teil lange bevor die aktuelle Welle konstruktivistischer Arbeiten den Anspruch auf „Endogenisierung von Präferenzen“ bzw. „Interessen“ für sich reklamierten – Kausalannahmen zum wichtigen Analysegegenstand der psychologischen Außenpolitikforschung (zusammenfassend Holsti 1976, Rosati 1995, 2000). In seinem Versuch, die Denk- und Entscheidungsprozesse außenpolitischer Eliten als Pfadmodelle kausal verknüpfter Variablen darzustellen und zu analysieren, definierte etwa bereits Axelrod „*Cognitive Maps*“ als „pictorial representations of the causal assertions of a person“ (Axelrod 1976: 5) – „the policy alternatives, all of the various causes and effects, the goals, and the ultimate utility of the decision maker“ (Axelrod 1976: 5, vgl. auch Shapiro et al. 1988, Vowe 1994).). Substantiell ähnlich definiert auch Hofmann ihr viel beachtetes Konzept „*impliziter Theorien*“ als ein „Ensemble von axiomatischen, kausal verknüpften Aussagen über soziale Wirklichkeit, welches öffentlichen Handlungsprogrammen innewohnt“ (Hofmann 1993: 13). Der Terminus „Theorie“ soll dabei auf den auch bei Axelrod immanenten Anspruch von logischer Konsistenz verweisen, „implizit“ demgegenüber auf die Tatsache, dass „Theoriebildungsvorgänge in der Politik nicht als solche bezeichnet werden“ (Hofmann 1993: 22).

⁴ „Rationalität“ meint in diesem Sinne also bereits eine "formale" bzw. "prozedurale" Rationalität des *Entscheidens*, nicht aber die Qualität der *Entscheidung* bzw. der Ziele des Akteurs (Simon 1985); sie bleibt gleichwohl „zweckrational“ verkürzt – „falsches Bewußtsein einer richtigen Praxis“ (Habermas) –, wie Habermas (etwa 1981, I, vgl. auch Honneth 1985: Kapitel 8) in der Nachfolge Webers (1984) ausführlich argumentiert hat.

Allerdings hat demgegenüber Hall die Verwendung des Theorienbegriffs kritisiert und stattdessen den Begriff des „*Policy Paradigm*“ vorgeschlagen (Hall 1989, 1993). Hall entlehnt den Paradigmenbegriff bei Kuhn, weil er wesentliche Parallelen zwischen den Falsifikationsproblemen wissenschaftlicher Theorien und Politiken sieht. Wie Paradigmen in der Wissenschaft sind nämlich Hall zufolge auch die Vorstellungen politischer Experten und Entscheider in der Realität nicht direkt vergleichbar, was Hall mit der Beobachtung plausibilisiert, dass sich Verfechter konkurrierender Paradigmen in Zeiten „normaler Politik“ meist nicht einmal auf die Daten, geschweige denn signifikante „Anomalien“ einigen können (vgl. auch Majone 1989). Ein grundlegender und im Sinne Kuhns „revolutionärer“ Wechsel ist daher meist eher „soziologisch“, als im engeren Sinne „wissenschaftlich“ begründet, d.h. eine Frage von Autorität, Institutionen und eigenen Erfahrungsprozessen.⁵ Gerade die Außenpolitikforschung hat diesbezüglich eine ganze Reihe von Arbeiten vorgelegt, die auf die Bedeutung von „historical lessons“ bzw. der prekären Rolle von organisatorischen Routinen bei der Verarbeitung von Erfahrungswissen hinweisen (Jervis 1976, Etheredge 1985), so dass der Paradigmenbegriff klare Vorteile gegenüber etwa dem der „impliziten Theorie“ aufweist.

Nimmt man die Osterweiterung in den Blick, glauben allerdings Sedelmeier und Wallace (1996: 364) gerade nicht, die Konkurrenz alternativer Paradigmen beobachtet zu haben, sondern das *Fehlen von Paradigmen* überhaupt. Ihnen zufolge sei zumindest die erste Phase der Diskussion innerhalb europäischer Institutionen eindeutig von einem „*cognitive gap*“ (Sedelmeier/Wallace 1996: 364) gekennzeichnet gewesen. Die Singularität der Desintegration von RGW und Warschauer Pakt habe die Entscheider in Ost und West zu Ad-hoc-Lösungen getrieben, weil langfristige Erwartungen angesichts fehlenden Erfahrungswissens eben genau nicht möglich gewesen wären. Sie sprechen in diesem Zusammenhang sogar von „*mental confusion*“ (Sedelmeier/Wallace 1996: 365).

Diese „Nullhypothese“ bleibt gleichwohl zumindest für die Wahrnehmung „deutscher Interessen“ an einer Osterweiterung wenig plausibel; zu „eindeutig“ scheinen Beobachtern die politischen wie ökonomischen Potentiale für Deutschland. So hat etwa Spohn (2000a, b) in seiner Analyse argumentiert, die geopolitischen Veränderungen nach 1989 hätten eine Entwicklung der deutschen Erweiterungspolitik angesichts geographischer Nähe und ökonomischer Gewinne „strukturell“ bedingt (Spohn 2000b: 232). Solche und ähnliche Bezüge auf die „geographische

⁵ „[T]he movement of one paradigm to another [...] is likely to involve the accumulation of anomalies, experimentation with new forms of policy, and policy failure that precipitate a shift in the locus of authority over policy and initiate a wider contest between competing paradigms” (Hall 1993: 280).

Nähe“ und exportwirtschaftliche „Verflechtung“ Deutschlands legen hier erstens nahe, dass Vorstellungen von *Interdependenz* eine wichtige Rolle in der Erweiterungsdebatte spielen könnten, wie bereits Schimmelfennig (2001: 50) bemerkt. Seine Analyse kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die Position der deutschen Regierung zur Osterweiterung die voraussichtlichen ökonomischen und politischen Gewinne und Verluste (etwa an Strukturhilfen) reflektieren und somit durch entsprechende Erwartungen relevanter Akteure erklärt werden kann. *Auf der Basis welcher Kausalannahmen kommen Beobachter zu solchen Erwartungen? Auf welche Paradigmen verweisen entsprechende Definitionen „deutscher Interessen“ an einer Osterweiterung?*

2.2.2 Ausgangspunkt für Interessen: Gemeinschaftlichkeit

Neben der Nichtbeachtung kausalen Wissens als notwendigem Bestandteil jeder Erklärung konsequenzialistischen Handelns liegt ein wesentliches Manko utilitaristisch verkürzter „Interessenanalysen“ darin, dass stets von einer *egoistischen Eigennutzorientierung* ausgegangen wird. Akteure, so die Annahme, evaluieren alternative Entscheidungen einzig vor dem Hintergrund erwarteter Gewinne und Verluste *für sie selbst* (Downs 1957, Simon 1985, Wildavsky 1994). Nun geht allerdings schon die liberale Außenpolitiktheorie mindestens implizit davon aus, dass weniger Individuen als Gruppen auf Außenpolitik Einfluss nehmen und ihre Unterstützung außenpolitischer Entscheidungen im Wesentlichen von *Gruppeninteressen* abhängig machen (Bienen et al. 1999). Mit Blick auf den Benefiziar des jeweils evaluierten Nutzens beinhalten Gruppeninteressen aber bereits die Definition einer Gemeinschaft von Interessierten bzw. Benefiziaren – „a 'we' needs to be established before its interests can be articulated“ (Hall, zitiert nach Adler 1997: 337). Das einschlägige Konzept des „*nationalen Interesses*“ bezeichnet darüber hinaus eine Evaluation auf den Nutzen für nationalstaatlich verfasste politische Kollektive (Frankel 1971, Druckmann 1994, Weldes 1996, Campbell 1996, Ecker 1999). Gerade die Erklärung dieses Sachverhalts stellt ein wesentliches Desiderat der Außenpolitikforschung dar (Adler 1997: 331-333, 337), denn vielfach findet sich in der konstruktivistischen Literatur die Annahme, dass „it is through the concept of national interest that policy-makers understand goals to be pursued by a state's foreign policy“ (Weldes 1996: 276, vgl. auch Bloom 1990). Alternativ zur „Nation“ oder der Interessengruppe (bzw. dem Individuum selbst) sind zudem andere „imagined communities“ (Anderson) als Bezugspunkte einer konsequenzialistischen Logik denkbar, etwa transnationale „Sicherheitsgemeinschaften“ wie die NATO (Deutsch et al. 1957, Risse-Kappen 1996, Adler/Barnett 1998) oder „Europa“, wie sie die Europaforschung im allgemei-

nen (Duchesne/Frogner 1995), Fierke und Wiener (1999) sowie Sedelmeier (2001) gerade auch im Zusammenhang mit der Osterweiterung thematisiert haben.

Mit Blick auf die Rolle verschiedener Benefiziarbezüge im außenpolitischen Handlungskalkül lautet die damit aufgeworfene Forschungsfrage: „To what extent does the 'self' incorporate relevant aspects of the 'other' in its calculations of gains and losses?“ (Katzenstein 1996b: 15).⁶ Der von Comte geprägte Begriff von „Altruismus“ als ein *vivre pour autrui* bietet sich hier an, die Einbeziehungen des Anderen zu bezeichnen und zwar als

„concern for the wellbeing of others for its own sake, and behavior flowing from such concern, without the altruistic actor necessarily disregarding its own wellbeing“ (Forsberg 1999: 76, 102, vgl. auch Grzelak 1992: 316, Monroe 1996: 6).

Gemeinschaftsdefinitionen erscheinen dabei als eine wesentliche Quelle für die Einbeziehung „fremder“ Konsequenzen. Hier hat die konstruktivistische Ideenforschung immer wieder auf sozialpsychologische Überlegungen wie die Theorie sozialer Identität von Tajfel und Turner (1986, Hogg/Abrams 1988, Abrams 1992, Hogg 1992) zurückgegriffen, um eine Handlungslogik kollektiver Interessen auf soziale Kategorisierungsprozesse und daraus resultierenden „Gemeinschaftssinn“ zurückzuführen (etwa Druckmann 1994, Weller 1997, Ecker 1999, Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001). Sofern Akteure sich mit den Beitrittsgesellschaften identifizierten, ließe sich vermuten, dass ihre konsequenzialistische Handlungslogik durch Aspekte eines „europäischen Gemeinschaftssinns“ modifiziert worden sein könnte. *Lassen sich Hinweise ausmachen, nach denen Akteure die Konsequenzen für die Beitrittsgesellschaften als „ihre“ Konsequenzen, oder besser: Konsequenzen für ein gemeinsames „Wir“ werten? Werden also Akteure solchermaßen für die Interessen der Beitrittsgesellschaften empathisch? Lassen sich kognitive Identifikationsprozesse nachweisen, die ein solches Denken auch sozialpsychologisch fundiert erklären können?*

2.2.3 Alternativen zu Interessen: Normen

Soziale Identifikation ist allerdings nur einer der möglichen Faktoren, mit der die Einbeziehung des Anderen in das Handlungskalkül des einzelnen Akteurs erklärt werden kann. Bereits im Argument, dass im Falle der Osterweiterung eine „europäi-

⁶ Allerdings verliert ein auf sozialer Identifikation beruhendes Handlungskalkül im Extremfall den Charakter altruistischer Selbstlosigkeit. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, dass gegebenenfalls nur noch eigene Zwecke verfolgt werden, weil das Ich in einer Gemeinschaft aufgeht – „'We' may be the natural unit of first-person decision“ (Sen nach Forsberg 1999: 82). Soziale Identifikation ist somit eine mögliche Ressource altruistischer Einbeziehung des Anderen, keinesfalls jedoch mit dieser identisch. Vgl. auch die Rolle von affektiver Verbundenheit in der Definition von „Solidarität unter Freunden“ (Brunkhorst 1997).

sche Identität“ eine Rolle spielen könnte, schwingt die Vorstellung einer normativen „Verantwortung“ mit. So argumentiert etwa Ulrich Sedelmeier

„that the EU’s collective identity includes the notion of a ‚special responsibility‘ toward the CEECs. It proscribes purely self-interested behavior by policy-makers acting on behalf of the EU, and prescribes a degree of accommodation of the [Central and Eastern European Countries’, MEE] preferences in EU policy“ (Sedelmeier 2000: 186).

Dieser normativen Qualität bestimmter Ideen wird im Rahmen konstruktivistischer Analysen eine erhebliche Wirkung auf außenpolitische Entscheidungsprozesse zugeschrieben – und das stets auf die Definierbarkeit alternativer „Paradigmen“ bedachte Forschungsfeld der „Internationalen Beziehungen“ hat sich sogar bemüht, „Konstruktivismus“ und „normbezogene Analysen“ insgesamt zu identifizieren (Hall 1989, Walker 1987, Gaupp 1983, Barnett 1993, Finnemore/Sikking 1998). Auch wenn dies meines Erachtens mindestens problematisch ist – sofern etwa die Rolle von Kausalannahmen und Paradigmen eine zentrale Fragestellung der konstruktivistischen Erklärungen bezeichnen sollte –, stellen normative Momente tatsächlich einen Gegenstandsbereich dar, der etwa bei einer liberalen Außenpolitikforschung aufgrund seiner utilitaristischen Basispostulate prinzipiell außerhalb des Gesichtsfeldes liegt. Gerade ihnen wird dort gemeinhin unterstellt, kaum mehr als jene schon erwähnten „Kleiderhaken“ zu sein, an die Akteure ihre Interessen „hängen“, um den daraus abgeleiteten Präferenzen zusätzliche Legitimität zu verleihen bzw. ihre „wahre“ Herkunft zu kaschieren (Shepsle 1985, vgl. auch Weingast 1995, Maier 1998).

Die These, dass dem nicht so ist, sondern gerade Normen einem originären Modus außenpolitischen Handelns zugrunde liegen können, übernimmt die konstruktivistische Außenpolitikanalyse aus dem Repertoire institutionalistischer Organisationssoziologie (March/Olson 1998). Definiert als „collective expectations for the proper behavior of actors with a given identity“ (Katzenstein 1996b: 5, Finnemore/Sikking 1998: 891, Shannon 2000), geht es hier im Wesentlichen um soziale Normen, also Verhaltenserwartungen bzw. kollektive Standards von „gut“ oder „richtig“, die Verhalten entlang vorhandener Akteurskategorien als konform oder abweichend klassifizieren (Goldstein/Keohane 1993: 9). Ihre Gültigkeit als *Verhaltenserwartung* hängt zwar auf Dauer auch davon ab, inwieweit sie sich als empirische Hypothese über tatsächliches Verhalten bewähren. Als Präskriptionen des Wünschenswerten – also nicht als Ist-, sondern als Soll-Bestimmung – können sie jedoch auch gerade dann das Handeln von Akteuren beeinflussen, wenn einige sich nicht an sie halten und deren Handeln dadurch „zum Problem“ wird (vgl. Luhmann 1988: 437-39). Je nach Kommunalität (Normenkonsens) und Spezifität (Deutlichkeit) erscheinen Normen dabei je nach Situation als unterschiedlich verbindlich (Boekle et al. 1999).

Ferner lassen sich unterschiedliche Wirkungsweisen von Normen differenzieren. Normen regulieren zum einen Verhalten, weil Akteure *Sanktionen* als Konsequenzen eines normabweichenden Verhaltens fürchten (Wendt 1999: 272, Checkel 2001). Normbefolgung (*compliance*) wird hier zur abhängigen Variable durch Sanktionen gefährdeter Interessen. Normen können also gegebenenfalls externe Restriktionen von Außenpolitik darstellen und sind in dieser Weise zumindest partiell in utilitaristische Analysen zu integrieren. Gerade im Hinblick auf die Rolle von Normen im Osterweiterungsprozess wurde etwa von Schimmelfennig (2001, 2003) argumentiert, die Gegner einer Erweiterung hätten einen Verlust an Ansehen gefürchtet und daher ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr gegen eine Erweiterung direkt Stellung bezogen.

Zum anderen *konstituieren* Normen nach einschlägiger Konzeption die Identität von Akteuren und geben dabei gegebenenfalls Handlungsorientierungen vor, sofern sie internalisiert und „geglaubt“ werden (Weber 1988). Gegenüber einer utilitaristischen „Logik der Konsequenz“ folgt normgeleitetes Handeln dabei gemäß institutionalistischen Ansätzen einer *Logik der Angemessenheit* (March/Olson 1998).⁷ Im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union haben etwa Tewes (1998), Fierke und Wiener (1999) und Sedelmeier (2001) in diesem Sinne argumentiert, dass frühere „Versprechen“ außenpolitische Akteure direkt motivierten. Diese Versprechungen gehen laut Fierke und Wiener nicht zuletzt auf den Helsinkiprozess zurück, der das Ziel eines ungeteilten und demokratischen Europas gemeingültig etablierte (Fierke/Wiener 1999: 727). Der Charakter von Versprechen wird schließlich auch verschiedenen Verträgen zugeschrieben, auf denen der europäische Integrationsprozess selbst gründet. So verweisen Fierke und Wiener neben der Präambel der Einheitlichen Europäischen Akte vor allem auf jene Formulierung im Vertrag über die

⁷ In diesem Sinne gleicht der Begriff der „Identität“ eher dem der „Rolle“, wie er verschiedentlich in die Außenpolitikforschung eingeführt wurde (Holsti 1970: 245, Gaupp 1983, Walker 1987, Kirste/Maull 1996). Tewes (1998) hat etwa unter Verwendung eines solchen Rollenbegriffs argumentiert, Deutschland befinde sich im Rahmen seiner Europapolitik in einem Normkonflikt, da die eigene Identität als „integration deepener“ der normativ nunmehr ebenfalls gebotenen Rolle als „integration widener“ angesichts einer drohenden Überlastung der europäischen Institutionen nur schwer zu vermitteln sei. Allerdings ist eine Übernahme des Rollenbegriffs prinzipiell problematisch, denn streng genommen impliziert er die Vorstellung eines fest gefügten Systems von „interlocking roles“ oder „positions“ (Stryker/Statham 1985: 232). Ein solches System wurde zwar im Hinblick auf Normen von Demokratie und Rechtstaatlichkeit zumindest für den OECD-Raum unter dem Stichwort „internationale Gesellschaft“ bereits behauptet (vgl. Bull 1977, Buzan 1993, Albert et al. 1996). Beim Rollenbegriff geht es jedoch um die für die Analyse funktional differenzierter Gesellschaften typische Frage nach der auf komplementären Rollen beruhenden Arbeitsteiligkeit von Prozessen. Hier ist die interaktive Ausbildung von Positionen als Set komplementärer Rollenerwartungen keinesfalls einleuchtend, wie die frühen Protagonisten einer internationalen Rollenanalyse selbst einwendeten (Holsti 1987: 10).

Europäische Union, nach der alle Europäischen Staaten Mitglieder der Gemeinschaft bzw. Union werden können, sofern sie deren wesentliche Ziele wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen (vgl. Kapitel 5.3 und 7.5). Diese „alten Versprechungen“ wurden nun Fierke und Wiener zufolge für die relevanten Regierungen und supranationalen Akteure wie die Europäische Kommission handlungsleitend, weil sie *als Teil der eigenen „europäischen Identität“ verbindlich* wurden (vgl. auch Sedelmeier 2000, Schimmelfennig 2000).

Diese alternativen Wirkungsweisen – Normbefolgung angesichts gefürchteter Sanktionen versus „Logik der Angemessenheit“ – werfen allerdings erhebliche methodische Probleme auf. Da der Zugang zu mentalen Prozessen relevanter Akteure allgemein als schwierig erachtet wird, empfiehlt etwa Schimmelfennig (2001, 2003), die Analyse gleich auf ein rein instrumentelles Wirken von Normen zu begrenzen. Dagegen wurde zuletzt von Checkel zu Recht eingewendet, dass ein solcher Ansatz wichtige Fragen von Normbefolgung nicht beantworten könnte, etwa sofern deren Dauerhaftigkeit zwischen unterschiedlichen Graden der Internalisierung variierend dürfte (Checkel 2001: 7). Gerade eine Analyse, die beide Handlungslogiken bzw. Motivlagen analytisch und empirisch trennt, vermag darum den von Checkel immer wieder beklagten Mangel konstruktivistischer Außenpolitikforschung beheben, nämlich „to explore systematically how norms connect with agents“ (Checkel 1998: 342). *Im Sinne welcher Handlungslogik bedienen sich Akteure normativer Ressourcen im Falle der Osterweiterungsdebatte? Glauben Akteure an deren Gültigkeit oder sind sie, wie Schimmelfennig nahe legt, nur instrumentell-strategisch motiviert?*

2.3. Merkmale und Defizite

Zusammengefasst weisen neo-liberale und konstruktivistische Ansätze eine bemerkenswerte Komplementarität ihrer Erklärungsbestände auf: Während erstere den politischen Prozess der gesellschaftlichen Legitimierung von Außen- und Europapolitik thematisieren, bieten letztere (einen Teil) des analytischen Instrumentariums, um die Konstruktion von Legitimität im Rekurs auf verschiedene analytische bzw. normative Einstellungsbestände zu verstehen. Die öffentliche Dynamik solcher Prozesse wird im Rahmen konstruktivistischer Analysen allerdings nur selten erörtert (vgl. aber Finnemore/Sikking 1998), und sie fallen diesbezüglich sogar vielfach noch hinter liberale Ansätze zurück, wenn sie die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse ignorieren und Ideen wiederum als gesellschaftlich „gegeben“ einführen (vgl. etwa Boekle et al. 1999). Zwar wird das Problem der Vermittlung explizit „internationaler“ Normen immer wieder grundsätzlich unter Rückgriff auf allgemeine Charakteristika einer „politischen Kultur“, „nationalen“ oder gar „europäischen Iden-

tität“ bzw. „Rolle“ (Kirste/Maull 1996, Jepperson et al. 1996: 33, Marcussen et al. 1999, Fierke/Wiener 1999) angesprochen, meist wird dabei allerdings lediglich argumentiert, bereits eindeutig außenpolitisch präzisierte Normen wie „Multilateralismus“ seien kulturell fundiert und besäßen entsprechend einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt (etwa Kirste/Maull 1996, Berger 1996, Duffield 1999, Boekle et al. 1999). Die erweiterungsbezogenen Analysen begnügen sich gleich ganz mit der europäischen Verhandlungsebene (Fierke/Wiener 1999, Sedelmeier 2000, Schimmelfennig 2001, 2003). Empirische Forschung muss hier mit der allgemein eingeklagten Feinanalyse von Ideen ansetzen, um die sozialen Konstruktionsprozesse auf Mikroebene zu verfolgen (Checkel 1998: 342). Mit Bezug auf Normen wird also im Rahmen meiner eigenen Analyse der deutschen Debatte genau aufzuschlüsseln sein, welche Aspekte hier zu normativen Legitimitätsressourcen von Außenpolitik avancierten. Eine erste Arbeitshypothese lautet dabei: *Sofern die Osterweiterung im gesellschaftlichen Raum legitimiert wurde, mussten kulturell gemeingültige Normverweise herangezogen werden, die dezidiert außenpolitisches Handeln in den Horizont alltäglich gelebter Moral des Publikums stellen. Diese Konstruktionsleistung bildet meiner Erwartung nach der Schlüssel zum Verständnis außenpolitischer Legitimität in der „Verhandlungsdemokratie“.*

Es geht aber nicht nur um Normen als den vermeintlich einzigen Ideen, die im Rahmen gesellschaftlicher Legitimationsprozessen eine Rolle spielen. Campbell (1998) hat etwa im Sinne der einschlägigen Forschung zu Paradigmen eingewendet, neben normativen Ideen „im Vordergrund“ gesellschaftlicher Debatten sei immer auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass politische Eliten durch analytische Paradigmen ihres kognitiven „Hintergrundes“ begrenzt würden (vgl. auch Lafay/Weldes 1997). Diese Eingrenzung – Normen im „Vordergrund“, Paradigmen im „Hintergrund“ – ist bei genauerer Betrachtung aber nicht plausibel. Auch Kausalannahmen spielen erkennbar im „Vordergrund“ außenpolitischer Debatten eine Rolle, weil die Effizienz von Außenpolitik ein wesentliches Argument für deren Legitimität darstellt. Ideen im „Vordergrund“ der Debatte haben allerdings nur eine Chance, Legitimität zu erzeugen, wenn sie auf einen kulturellen „Resonanzboden“ beim Publikum treffen. Es erscheint somit kaum plausibel, nicht auch beim Publikum zumindest Rudimente jener Paradigmen zu vermuten, die den Argumenten von Eliten überhaupt Gültigkeit geben können. Es reicht also nicht, „Ideen“ allein auf Seiten politischer Eliten zu analysieren, wenn deren Tun von der Reaktion des Publikums als irgendwie abhängig gedacht wird. Denn dann muss ebenso erfasst werden, wann und warum die Legitimationsanstrengungen der politischen Eliten Erfolg haben bzw. wann und warum nicht. *Ich gehe entsprechend davon aus, dass auch Konsequenzerwartungen im Rahmen der Osterweiterungsdebatte vor dem Hintergrund gesellschaftlich anschlussfähigen Wissens, und zwar vor allem geteilter Paradigmen und*

Werthorizonte, legitimiert werden mussten. Klassische, angeblich systemisch bedingte realistische Ziele wie „Ruhm“ und „Macht“ erscheinen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte allerdings keinesfalls als legitime Ziele deutscher Außenpolitik.

Die für konstruktivistische Analysen gängige Typologisierung von „interessengeleitet-konsequenzialistisch“ versus „normativ-angemessen“ ist ansprechend, sofern sie in ihrer dualen Struktur eingängig erscheint; sie ist jedoch keineswegs erschöpfend, weil sie etwa den Phänomenbereich relevanter *Kombinationen eingehender Ideen* simplifiziert. Dies wird deutlich, wenn man Begriffe wie „Verantwortung“ bzw. „Solidarität“ einführt und auf ihre kategoriale Stellung im Rahmen eines Systems binärer Handlungslogiken hin abklopft. Max Weber hat „Verantwortung“ 1919 im Kontext seiner Überlegungen zur gebotenen „Verantwortungsethik“ von Berufspolitikern beschrieben und der „Gesinnungsethik“ entgegengestellt.⁸ Ein verantwortungsethisches Handeln nach Weber erfolgt nach Maßgabe der moralischen Richtigkeit von Handlungen hinsichtlich der vorhersehbaren Folgen – im Gegensatz zur Gesinnungsethik, die allein die Angemessenheit des Handelns im Rückgriff auf Handlungsnormen ins Zentrum rückt. Auch „Solidarität“ bezeichnet eine Übernahme von Verantwortung, allerdings mit Blick auf normativ verpflichtende – und gegebenenfalls auch affektiv verbindende – Gemeinschaftlichkeit als ihrem wesentlichen Ausgangspunkt (Brunkhorst 1997). Verantwortungsethisches bzw. solidarisches Handeln ist damit ein hybrider Modus, sofern er konsequenzialistische und normative Handlungsgründe auf spezifische Weise kombiniert. Dass dieser Modus gerade für politisches Handeln empfohlen wird, ist hier weniger von Interesse als die Tatsache, dass er als Modus eines Teils der politischen Akteure von Weber und anderen (Jonas 1979, Schwarz 1985, Küng 2000) plausibel als *empirisch relevant* beschrieben wird. Daraus lässt sich die *Frage ableiten, inwiefern Legitimität außenpoliti-*

⁸ „[E]s ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter der *gesinnungsethischen* Maxime handelt – religiös geredet –: ‚der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim‘, oder unter der *verantwortungsethischen*: dass man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat. [...] Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung übel sind, so gilt [dem *Gesinnungsethiker*, MEE] nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder – der Wille des Gottes, der sie so schuf. Der *Verantwortungsethiker* dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat, wie Fichte richtig gesagt hat, gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit vorauszusetzen, er fühlt sich nicht in der Lage, die Folgen eigenen Tuns, soweit er sie voraussehen konnte, auf andere abzuwälzen. Er wird sagen: diese Folgen werden meinem Tun zugerechnet. ‚Verantwortlich‘ fühlt sich der *Gesinnungsethiker* nur dafür, dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt. Sie stets neu anzufachen, ist der Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen“ (Weber 1999: 441-442).

schen Handelns im Rückgriff auf solche Kombinationen von normativen und analytischen Ideen verhandelt wird. Die Arbeitshypothese lautet dabei, dass für Außenpolitik „klassische“ Interessendefinition im Sinne „eigener (nationaler) Interessen“ weniger einer zusätzlichen Legitimierung durch Normenbedarf als altruistische Ziele.

Eine allgemeine Analyse außenpolitischer Kommunikation auf der Seite gesellschaftlicher Debatten muss dabei, so meine Annahme, die gegenseitige Einflussnahme im Sinne eines gemeinsamen – obgleich konfliktreichen – Konstruktionsprozesses gesellschaftlich legitimer Außenpolitik ins Blickfeld rücken: Weder funktionieren moderne Demokratien als bloße Transmissionsriemen der öffentlichen Meinung (Bottom-Up-Modell), noch sind Eliten in der Lage, sich gegenüber der öffentlichen Diskussion völlig abzuschotten, bzw. ihre Positionen und Denkmuster der breiteren Öffentlichkeit aufzuzwingen (Top-Down-Modell). Einem im Folgenden zu entwickelnden diskurstheoretischen Rahmen von Außenpolitikanalyse kommt nun aber genau darum nicht nur die Rolle zu, zwischen beiden Perspektiven – liberaler Mehrebenenkonzeption hier und konstruktivistischer „Ideenforschung“ dort – zu vermitteln und sie im Sinne einer komplementären Sicht der Dinge einfach zu addieren. Sie ist vielmehr geeignet, gravierende Defizite in der theoretischen Konzeption der betreffenden Theorien zu beheben, die sich keineswegs durch eine eklektische Aggregation lösen lassen. In Bezug auf den sozialen Prozess erweist sich nämlich die individualistische Ontologie einstellungspsychologischer Ansätze für eine Analyse öffentlicher Debatten als wenig hilfreich, sobald man der sozialen Qualität der diskutierten Deutungsstrukturen nachzugehen beginnt.

Laffay und Weldes (1997) haben darüber hinaus darauf hingewiesen, dass die Bedeutung des Ideen-Begriffs auf problematische Weise zwischen der Bedeutung als kognitive, eher einstellungspsychologisch bestimmte „Überzeugung“ (belief) und einer nicht näher bestimmten Version als objektiviertes Gut (commodity) oszilliert. In letzterem Sinne haben Akteure instrumentellen Zugriff auf Ideen, die sie als Mittel in gesellschaftlichen Debatten mehr oder weniger geschickt einsetzen, um politische Unterstützung zu gewinnen. Eine solche, auf die gegebenenfalls „rhetorische“ Qualität von Debatten verweisende Konzeption ist dem Einstellungsbegriff allerdings in der Tat vollkommen fremd (Ajzen 1988, kritisch Billig 1987, 1991, Edwards/Potter 1992). Die „Rhetorik“ öffentlicher Debatten rückt einer einstellungs-zentrierten Ideenforschung damit schon konzeptionell aus dem Gesichtsfeld; der politisch brisanten Qualität von sprachlichen „Kleiderhaken“ wird nicht genügend Rechnung getragen (Opp de Hipt 1987, Billig 1987, 1991, Larsen 1997, Diez 1999b). Die klassische „belief-system“-Forschung bietet somit keinen überzeugenden Rahmen für die weitere Analyse. Entsprechend muss eine andere Diskussion das paradigmatische Grundgerüst eines umfassenderen Verständnisses von Ideen liefern.

3. Diskurstheoretische Überlegungen: Argumente, Koalitionen, Debatten

Mein eigener Vorschlag eines für die aufgeworfenen Fragen und Desiderate adäquaten Analyserahmens folgt der Idee einer Diskursanalyse, die zwei alternative Traditionslinien des Diskursbegriffs – bzw. der daran anschließenden Typen von „Diskursanalyse“ – zusammenführt: (1) Der poststrukturalistischen Konzeption von *Diskurs als latente Bedeutungsstruktur* ist der erste Abschnitt dieses Kapitels gewidmet. (2) Ihr alternativ ist die Konzeption eines *handlungstheoretisch aufzuschlüsselnden Sprachgeschehens*, das in der soziologischen Forschung ebenfalls häufig mit „Diskurs“ bezeichnet wird, für das im Rahmen dieser Arbeit aber der Begriff der „Debatte“ reserviert wird. Diese *komplementären Analysedimensionen* werden im Verlauf dieses Kapitels durch eine dritte ergänzt: (3) *Kognition als individuell konstruierter Sinn* der Debatte bzw. der sie konstituierenden Beiträge (Argumentationen). Die zugrunde liegende Idee analytischer Komplementarität der drei Analyse-dimensionen wird im Folgenden mit Hilfe zweier Formulierungen verdichtet:

Mit Bezug auf die Dimensionen „Debatte“ (2) und „Kognition“ (3) lässt sich erstere zum einen als *sprachlicher „Vordergrund“* eines komplexen Prozesses auffassen, dessen Qualität und Dynamik sich nur durch einen Rekurs auf den *kognitiven „Hintergrund“* einzelner Beiträge bzw. der Debatte vollständig verstehen lässt. Die Metapher vom „Vorder-“ und „Hintergrund“ (vgl. Campbell 1998) ist für das Verständnis der empirischen Analyse zentral und auch Ausgangspunkt der Definitionen von authentischem Argumentieren (der Akteur glaubt, was er sagt) und rhetorischer Täuschung (der Akteur glaubt nicht, was er sagt). Nur wenn wir nachvollziehen, was der einzelne Sprecher mit seinen Aussagen intendierte und wie das Publikum sie verstand, lässt sich die Dynamik und Qualität des sprachlichen Vordergrundes als Prozess vollständig begreifen – so die in dieser Metapher transportierte Annahme.

Mit Bezug auf die erste Dimension erlaube ich mir zum anderen, diese unmittelbar zugängliche Metapher durch eine weitere Überlegung maßvoll zu komplizieren. Ich gehe davon aus, dass „Debatte/Vordergrund“ (2) und „Kognition/Hintergrund“ (3) für die Analyse wesentliche *Manifestationen* – so der hierfür eingeführte Begriff – von „Diskurs“ (1) als dem poststrukturalistischen Begriff latenter Bedeutungsstrukturen darstellen. Von Sprachgeschehen und Denkinhalten wird der Diskurs also als transzendierende Strukturdimension abgegrenzt. Diese zweite Überlegung bleibt, dies sei relativierend vorweggeschickt, eine im besten Sinne „metatheoretische“ Operation. Das heißt, sie war und ist für meine „Sicht der Dinge“ fundamental und

hat sich als fruchtbar, anregend und erkenntnisleitend erwiesen; ihr muss aber keineswegs zwingend gefolgt werden, um den Sinn der aufgeworfenen Fragen bzw. den Wert der Analyse bzw. ihrer Ergebnisse zu beurteilen. So sehr sie mein Verständnis von sozialen Deutungsprozessen im Falle der EU-Osterweiterung prägt, habe ich darüber hinaus bewusst versucht, die Analyse von modischen „Diskurs“-Floskeln weitgehend freizuhalten. Dies ist unproblematisch, da das *Verstehen von Bedeutung eng an die hermeneutische Erschließung von Manifestationen gebunden* bleibt. Es erscheint mir gleichwohl notwendig, diese Referenz strukturalistischen Denkens kenntlich zu machen, sofern sie der sozialen Dimension individuellen Deutens und Argumentierens Rechnung trägt und im Rahmen meines Analyserahmens auf den Begriff bringt.

3.1. Diskursbegriff

Der Diskursbegriff scheint mir als allgemeines Konzept sozial geteilter Deutungsstrukturen für die Analyse außenpolitischer Debatten besonders geeignet. Seine Verwendung birgt jedoch – wie vergleichbare Konzepte von „Kultur“ oder „Lebenswelt“ allerdings auch – das Risiko mangelhafter Präzision, sofern der Bedeutungsgehalt in Anbetracht alternativer Verwendungsweisen oszilliert und sich zum Teil sogar widerspricht. Meinen Begriff von Diskurs entlehne ich der poststrukturalistischen Diskursanalyse, wie er sich meist mit Autoren wie Foucault oder Derrida verbindet und bereits Eingang in Arbeiten aus dem außen- und europapolitischen Bereich gefunden hat (vgl. etwa Shapiro et al. 1988, Doty 1993, Waever 1994, 1998, Weldes 1996, Laffay/Weldes 1997, Larsen 1997, Holm 1997, Diez 1998, 1999a, b). „Diskurs“ bezeichnet in diesen Arbeiten eine latente Ebene sozial geteilter Deutungsstrukturen, die in anderen Theorieentwürfen Konzepten wie „Kultur“ (Geertz 1995), „Wissen“ (Berger/Luckmann 1967) oder auch „Lebenswelt“ zugerechnet werden. Folgt man Kellers (1997: 311) Definition von Diskursen als einer „inhaltlich-thematisch bestimmte(n), institutionalisierte(n) Form der Textproduktion“, so geht es diesem Verständnis gemäß darum, die soziale Regelhaftigkeit als eine *Struktur institutionalisierter Deutungen* zu beschreiben, die jedem sozialen Handeln und Verstehen notwendigerweise zugrunde liegen, sofern sie ihnen intersubjektiv Bedeutung zuweisen, diesem Prozess selbst aber keinesfalls gleichzusetzen sind.

Traditionell verweist der Diskursbegriff immer – und so auch in dieser poststrukturalistischen Version – darauf, dass die *sprachliche Vermittlung* und Konstruktion von Bedeutung den Angelpunkt der Analyse bildet. Ihren theoretischen Bezugspunkt finden entsprechende „Diskursanalysen“ unter anderem in der strukturalen Linguistik de Saussures (Torfing 1999: 87-91, Diez 1999). Dem Diskursbegriff

ähnlich ist Sprache (*langue*) bei de Saussure das sozial verbindliche Reservoir an Zeichen und Regeln ihrer korrekten Verknüpfung, das konkrete Kommunikation (*parole*) erst ermöglicht. Es ist einem abstrakten Wörterbuch vergleichbar, das alle Mitglieder einer Sprachgemeinschaft durch Sozialisation vermittelt bekommen. Folgt man der poststrukturalistischen Diskursanalyse in der Version von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985)⁹, ist der diskursanalytisch zu erfassende Gegenstandsbe-
reich nun aber keinesfalls auf Regeln sprachlicher Kommunikation beschränkt; *das Diskursive umfasst das Soziale schlechthin*. Laclau und Mouffe (1987) erläutern die Breite ihres Diskursbegriffs anhand des Baus einer Mauer durch zwei Arbeiter, die sich im Wesentlichen auf zwei Handlungen beschränken: erstens die „linguistische“ Fragehandlung des einen, der andere Bauarbeiter möge ihm bitte einen Stein geben, zweitens den „extralinguistischen“ Akt, den Stein auf andere Steine zu schichten.

„Do I exhaust the reality of both acts by drawing the distinction between them in terms of the linguistic/extralinguistic opposition? Evidently not, because, despite their differentiation in those terms, the two actions share something that allows them to be compared, namely the fact that they are both part of a total operation which is the building of the wall. So, then, how could we characterize this *totality of which asking for a brick and positioning it are, both partial moments?* Obviously, if this *totality includes both linguistic and non-linguistic elements*, it cannot itself be either linguistic or extralinguistic; it has to be *prior to this distinction. This totality which includes within itself the linguistic and the non-linguistic, is what we call discourse*“ (Laclau/Mouffe 1987: 82, meine Hervorhebung).

Jede „soziale Konfiguration“ ist demgemäß „diskursiv“ (= bedeutungsgeladen), sofern sie Objekten intersubjektiv Bedeutung zuweist: Damit wird letztlich alles, was als „bedeutsam“ im Bereich des Sozialen diskutiert werden kann, in den Definitionsbereich des Diskursiven überführt – „there is a strict equation between the social and the discursive“ (Laclau/Mouffe 1987: 83).

Die Übernahme dieses Diskursbegriffs impliziert allerdings keinesfalls einen „shame faced idealism“ (Geras 1987) oder „ideas all the way down“ (vgl. Wendt 1999), sondern bleibt mit beiden Beinen auf dem konstruktivistischen „middle-ground“ (Adler 1997, vgl. auch Checkel 1998) eines „*scientific realism*“ (Wendt

⁹ Es empfiehlt sich meines Erachtens, an dieser Stelle einmal nicht mit den historischen Arbeiten des späten oder gar frühen Foucaults zu beginnen (also wie etwa Shapiro et al. 1988, Ruggie 1993, Hajer 1995, Larsen 1997), sondern Autoren zu Rate zu ziehen, die in ihren Formulierungen dezidiert politikwissenschaftliche Fragestellungen unterhalb der Ebene epochaler "*epistème*" aufgreifen. Hier ragen zweifellos die Arbeiten von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau heraus, deren grundlegende Überlegungen sich im Übrigen weitgehend mit jenen des späten, gesellschaftstheoretisch bedeutenderen Foucaults decken (Torfing 1999: 91, zur Kritik des frühen, aber auch späten Foucault siehe Honneth 1985). Das Kernstück dieser kooperativen Theorieproduktion bildet das 1985 erschienene „Hegemony and Socialist Strategy“, auf das spätere Arbeiten der Autoren immer wieder Bezug nehmen (vgl. insbesondere Laclau/Mouffe 1987, Laclau 1990, Laclau 1996, Mouffe 1996, Mouffe 1998).

1999, Kap. 2). *Es wird nicht bestritten, dass es eine materielle Welt außerhalb des Diskursiven gibt.* Poststrukturalistische Diskursanalyse bleibt „realistisch“¹⁰, indem sie zwischen der diskursiven Natur des *Seins* (esse) als einem Phänomen menschlicher Erfahrung und der nicht-diskursiven, materiellen *Existenz* von Dingen (ens) trennt (Laclau/Mouffe 1987). Der Realismus Laclaus und Mouffes korrespondiert dabei freilich mit ihrer Sicht auf die diskursive Qualität von Naturbetrachtung:

„[T]he idea of nature is not something that is already there, to be read from the appearances of things, but is itself the result of a slow and complex historical and social construction“ (Laclau/Mouffe 1987: 84).

So kann ein Stein – als ein Klumpen Silikate – eine höchst unterschiedliche Bedeutung haben. In der Hand eines verummten Autonomen hat er eine andere als im Vorgarten der Kanzlerin oder bei der Bundesgartenschau (Laclau/Mouffe 1987: 82¹¹). Atomraketen auf Kuba waren im Kontext des US-amerikanischen Sicherheitsdiskurses offensive Waffen, für die sowjetische Führung ein kleiner Schritt im Zusammenhang eines maßvollen Reagierens auf amerikanische Stationierungen in der Türkei (Weldes 1996: 298). Sofern sie gezündet worden wären und – im Rahmen eines größtmöglichen Aktes kollektiver Selbstvernichtung – alles menschliche Leben zerstört hätten, wären gleichwohl Steine wie Reste der menschlichen Zivilisation materiell weiterhin existent gewesen.

Sofern sozial-diskursive und materielle Tatbestände alternative Analyseebenen konstituieren, bietet dies die Möglichkeit, eine für meine weitere Verwendung des Diskursbegriffs zentrale Differenzierung vorzunehmen: *Diskurse* sind nach poststrukturalistischer Lesart dezentrierte Strukturen bedeutungsgeladener Handlungen, Laute, Schriftzeichen(-folgen), Bilder etc., die im Sinne eines abstrakten „Wörterbuchs“ sozialen Prozessen gleichsam zugrunde liegen wie sie transzendieren. Sie sind auf den Gegenstand sprachvermittelter Kommunikation zurückgewendet *Sprachordnung* und nicht *Sprachgeschehen*. Meine Analysesystematik greift dieses

¹⁰ Laclau und Mouffe bezeichnen sich sogar als strikt anti-idealistisch, und das neben der Ab-sage an eine idealistische Negierung des Realen in einer zweiten, allerdings schwerer verständlichen Bedeutung des Wortes. Sie bezeichnen sich nämlich als "*materialistisch*", weil sie die Gleichsetzung von Realität und Form bzw. Konzept ablehnen: „Idealism, in its sense of opposition to materialism and not to realism, is the affirmation not that there do not *exist* objects external to the mind, but rather that the innermost nature of these objects is identical to that of mind – that is to say, that it is ultimately *thought*“ (Laclau/Mouffe 1987: 87, H.i.O). Dabei wird deutlich, dass diese zweite Dimension von Idealismus die Perspektive all jener bezeichnen soll, die an anderer Stelle als "essentialistisch" kritisiert werden, weil sie die ultimativen Bezugspunkte ihrer Theorien außerhalb des Begründbaren – in der göttlichen *lex eterna*, der Natur des Menschen, oder im Charakter der idealen Sprechsituation – verorten.

¹¹ „A stone exists independently of any system of social relations, but it is, for instance, either a projectile or an object of aesthetic contemplation only with a specific discursive configuration“ (Laclau/Mouffe 1987: 82).

Verständnis auf, indem sie Diskurse in diesem Sinne von ihren *Manifestationen* abgrenzt, d.h. die diskursive Strukturiertheit von Bedeutung von jenen materiellen Handlungen bzw. Handlungsprodukten abgrenzt, die diese Strukturen manifestieren und reproduzieren. *Diskurse* sind im klassischen Sinn „soziologische Tatsachen“, die charakteristische Muster sozialer Prozesse auf einer latenten Ebene von Bedeutungsstrukturen beschreibbar machen. *Diskurse stellen somit den latenten kulturellen Kontext öffentlicher Debatten dar*. Sie sind die Ebene, auf der Ideen verortet, nicht jedoch beobachtet werden können. *Manifestationen* heißen entsprechend bei mir aber alle Phänomene, die als materielle Spuren von Diskursstrukturen ins Gesichtsfeld der Analyse von „Ideen“ rücken, wie sprachliche Kommunikation in Form politischer Debatten zu einem späteren Punkt der Analyse jedoch auch Kognitionen. Text und Diskurs stehen sich demgemäß bei der empirischen Analyse im Verhältnis von Indikator und Konzept gegenüber.

3.1.1 *Macht, Diskursgrenzen und Hegemonie*

Indem Diskurse den Horizont des sozial Möglichen definieren, sind sie im diskurstheoretischen Sinne „mächtig“. Waever (1994, 1998) strebt mit einer Analyse sogenannter „national discursive spaces“ etwa die Beschreibung außenpolitischer Handlungsszenarien an, die der Deutungshorizont gesellschaftlicher Diskurse eröffnet (vgl. allerdings Waever 1998: 100); es geht ihm zufolge also darum, „[to] explain the directions and forms that foreign policy can take for a specific state if it is still to remain politically meaningful in its national context“ (Waever 1994: 254).¹² Es ist dieses Verständnis von Diskurs als einer „Totalität“ existierender Deutungen, die das Konzept also für die Analyse eines „ideellen Horizonts“ oder „Möglichkeitsraums“ politischer Programmatik und darauf bezogener gesellschaftlicher Debatten prädestiniert. In dieser Hinsicht gleicht der Diskursbegriff aber zum einen etwa noch Clifford Geertz' kulturanthropologischem Verständnis von „Kultur“ als einem sozial „gesponnenen Bedeutungsgewebe“ im Sinne eines „öffentlichen Systems auslegbarer Zeichen“ (Geertz 1995: 9, 18). Zum anderen zeigt sich hierin auch der Begriff der „Lebenswelt“, wie er sich etwa bei Habermas als „der Horizont, in dem sich die kommunikativ Handelnden 'immer schon' bewegen“ (Habermas 1981, II: 182) als mehr oder weniger funktional äquivalent. Auch er bezeichnet ein sozial geteiltes Reservoir, das Individuen „mit unproblematischen, gemeinsam als garantiert unter-

¹² Mit Blick auf das europäische Mehrebenensystem gelte entsprechend: „it can delimit the possible, or rather the less impossible, and when one combines two or more countries the negative predictions encircle a not too enormous space of European possibilities“ (Waever 1998: 116).

stellten Hintergrundüberzeugungen“ versorgt und in diesem Sinne das Soziale strukturiert und die Grenzen denkbarer Alternativen beschreiben kann (Habermas 1981, I: 191).

Konturen gegenüber verwandten Konzepten wie „Kultur“ oder „Lebenswelt“ gewinnt der Diskursbegriff nun aber durch die Idee einer permanenten „Dezentrierung“, die die Macht der Strukturen als begrenzt ausweist. Dabei erscheinen Entwürfe umfassender politischer oder wissenschaftlicher Deutungssysteme notwendigerweise ideologisch¹³, da sie zumindest implizit immer einen Anspruch auf „Vollständigkeit“ und „Transparenz“ im Rekurs auf letzte Determinanten oder Geltungsgründe erheben. Diesem ideologischen Kern moderner Welterklärungen setzen Poststrukturalismen eines Foucaults, Derridas oder eben Laclau und Mouffe den Begriff des Diskurses entgegen, als ein System stets in ihrer Legitimität gefährdeter Bedeutung – „in the absence of a center or origin, everything becomes discourse“ (Derrida 1978: 280, zitiert nach Laclau/Mouffe 1985: 112).

Was Deutungsstrukturen der poststrukturalistischen Sicht zufolge nämlich grundsätzlich auszeichnet, ist ihre immer nur partielle und daher „widersprüchliche Kohärenz“ (Derrida) bezüglich ihres Zentrums, das niemals alle Deutungen integrieren kann. Eine letzte „Totalisierung“ von Strukturen erscheint unmöglich. Faktisch ergeben sich immer alternative Bedeutungen angesichts verschiedener Diskurse und somit ein permanenter „Bedeutungsüberschuss“ (*surplus of meaning*). Dieser Bereich nicht fixierter Bedeutung bildet das „Feld des Diskursiven“ (*field of discursivity*, Laclau/Mouffe 1985: 113). Laclau und Mouffe (1985: 113) sprechen zudem von *Dislokation* als jenem Prozess, bei dem diskursive Elemente in ihrer Bedeutung zu oszillieren beginnen.

So sind zum einen physische wie soziale Prozesse immer wieder geeignet, Widersprüche in Diskursen auslösen, die damit dem Anspruch auf Eindeutigkeit nicht gerecht werden können und ambivalent werden. Dies ist etwa der Fall, wenn Katastrophen Sinnkrisen auslösen, weil sie kulturell nicht erklärt oder gerechtfertigt werden können.¹⁴ Auf der anderen Seite wird das „Feld des Diskursiven“ zum Ort politischer Deutungskämpfe; Akteure nutzen Ambivalenzen, um ihre Sicht der Dinge

¹³ Aus poststrukturalistischer Sicht konstruiert Ideologie dabei "the real world in terms of a set of fully constituted essences and tends to deny that these essences are contingent results of political decisions taken in an undecidable terrain" (Torfing 1999: 116).

¹⁴ Mit Blick auf soziale Prozesse konnte etwa das Auftreten von "Stagflation" die Hegemonie der keynsianischen Wirtschaftspolitik nur deshalb destabilisieren, weil Stagflation aus den von Keynes postulierten Zusammenhängen nicht schlüssig deduzierbar war, es sie also gar nicht hätte geben dürfen. Mit diesem Verständnis gleicht die Diskursanalyse institutionalistischen Formulierungen, die etwa den Wechsel von „policy paradigms“ im Rekurs auf die häufig nicht zu erklärenden Anomalien zu erklären suchen (vgl. Hall 1993, Torfing 1999: 301).

durchzusetzen. Anschlussmöglichkeiten an vorhandene Diskurse bilden dabei den Engpass möglicher „Artikulationen“ – so der Begriff bei Laclau und Mouffe für den erfolgreichen Versuch von Akteuren, „establishing relations among elements such that their identity is modified“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Das Englische *articulation* bezeichnet dabei nicht das Gleiche wie das deutsche „Artikulation“, sondern entspricht eher dem deutschen „Verknüpfen“. Das Diskursive bietet dabei nur begrenzt Freiheitsgrade für die Artikulation von Bedeutung, weil das Soziale insgesamt immer zum übermäßigen Teil diskursiv strukturiert bleibt. Bei der Artikulation freier „elements“ zu fixen „moments“ eines Diskurses (Laclau/Mouffe 1985: 105) geht es im Anschluss an Gramsci schließlich immer um ideologische Führerschaft, also „Hegemonie“ (Laclau/Mouffe 1985: 93-148, Critchley 1998: 807). Jedes erneute Fixieren von Bedeutung durch Artikulation trägt letztlich den Charakter einer „hegemonialen Intervention“ in das Feld des Diskursiven.

3.1.2 Knotenpunkte

Im Zentrum solcher „hegemonialer Interventionen“ steht nun im Anschluß an Lacan und Žižek die Konstruktion von „Knotenpunkten“ („nodal points“):

„Any discourse is constituted as an attempt to dominate the field of discursivity, to arrest the flow of differences, to construct a centre. We will call the privileged points of this partial fixation, *nodal points*“ (Laclau/Mouffe 1985: 112, H.i.O.).

Knotenpunkte bezeichnen in der poststrukturalistischen Diskursanalyse ganz allgemein strukturbildende, integrierende Momente von Diskursen, die sich in Form charakteristischer Formulierungen und Begriffe („*master signifier*“) auf der Ebene sprachlicher Manifestationen beobachten lassen. Durch sie lässt sich eine Hypothese konkurrierender Diskurse letztlich erst plausibilisieren, denn ihr Auftreten macht klar, in welcher der konkurrierenden Bedeutungen andere, ambivalente Begriffe („*floating signifier*“) gebraucht werden.¹⁵

„Knotenpunkte“ erhalten ihren zentralen Stellenwert für die Analyse aufgrund ihres *symbolischen Gehalts*. Dieses für politikwissenschaftliche Sprachanalysen bevorzugte Terrain greift die Beobachtung auf, dass die Wahl politischer Begriffe oftmals auf Bedeutung verweist, die ihr als impliziter Überschuss rhetorisch mitgegeben wird (Edelman 1990, vgl. Hülse 2003). Im Rahmen solcher Analysen will z.B. gezeigt werden, dass der Gebrauch des Begriffs „Gastarbeiter“ eine Rückkehr der bezeichneten Ausländer statt einer Einwanderung bereits impliziert oder „Schachspiele“ als Metaphern für Krieg das Leiden der Bevölkerung systematisch zugunsten

¹⁵ Hier sind auch "Oberlabel" gemeint, wie es etwa die Sozialpsychologie mit Verweis auf die Kategorisierung von Objekten hinlänglich diskutiert hat (Tajfel/Turner 1986, Billig 1991).

einer Interpretation von spielerisch-intellektuellem Duell „wegrationalisiert“ (Opp de Hipt 1987: 51-53). Hier setzt eine Diskursanalyse einen ersten Akzent, sofern Knotenpunkte generell die Tatsache bezeichnen, dass bestimmte Diskursmomente über sich hinausweisen, dies aber nicht notwendigerweise im Sinne bildlicher Metaphern oder Denkbilder geschehen muss, auf die sich politikwissenschaftliche Sprachanalysen im Allgemeinen kaprizieren (Lakoff/Johnson 1980, Opp de Hipt 1987, vgl. allerdings Beiträge in Opp de Hipt/Latniak 1991, vgl. auch Hülsse 2003). *Schlüsselbegriffe wie „Dankbarkeit“, „Gleichheit“ oder „nationales Interesse“ sind in diesem Sinne symbolisch aufgeladene Knotenpunkte ohne Bildqualität.* Torfing illustriert das Funktionieren von Knotenpunkten anhand des Begriffs „Wohlfahrtsstaat“ als ein Label für unterschiedliche Aspekte wie Gesundheitsfürsorge, Alterssicherung, Vollbeschäftigung, sozialer Wohnungsbau etc. Als Begriff verweist „Wohlfahrtsstaat“ implizit immer auf diese Aspekte; er bezeichnet ein soziales Projekt, das umgekehrt den Begriff erst definiert (Torfing 1999: 225-243).

Im selben Sinne beschreibt auch Gerhards den Imperativ politischer Kommunikation, komplexe Sachverhalte begrifflich zu verdichten, als einen allgemeinen Tatbestand:

„Rentenlücke, Natodoppelbeschluß, AKW sind Kürzel für einen weit über das Kürzel selbst hinausweisenden Zusammenhang, die einen komplexen Sachverhalt auf einen begrifflichen Punkt bringen, Aufmerksamkeit konzentrieren und damit eine Kommunikation über das Thema vereinfachen“ (Gerhards 1992: 310).

Nun liegt das Problem der einschlägigen Sprachanalysen im politikwissenschaftlichen Bereich darin, dass symbolische Begriffsverwendungen die Sprache politischer Debatten *immer wieder, aber keinesfalls nur* bestimmen. Über die einfache Ideen- oder Sprachanalyse hinaus weist die Diskursanalyse mit ihrem Begriff von Knotenpunkten nun auch deshalb, weil sie für das, worauf solche Verdichtungssymbole verweisen, einen Begriff hat: Diskurs. Diez (1999a) hat unter Verwendung von Texten der britischen Europadebatte eindrucksvoll belegen können, welche alternativen gesellschaftspolitischen Diskurse hier „europapolitische Leitbilder“ produzierten und die verknüpfenden „Knotenpunkte“ ausführlich beschrieben. *Mit Blick auf die Osterweiterungsdebatte wird entsprechend zu klären sein, welche allgemeineren Diskurse erweiterungsbezogene Positionen generieren und welche Knotenpunkte diese begrifflich verdichten.*

Allerdings ist instruktiv, dass Diez (1999a) seiner Analyse bereits ebenfalls eine „Typologie von Leitbildern“ voranstellt, die erst im Nachhinein durch diskursanalytische Begrifflichkeiten reformuliert wird. Eine zwingende Ableitung seiner „Leitbilder“ aus dem Fundus diskursanalytischer Metakonzepte wird nicht geleistet und ist auch nicht zu erwarten. Sofern diskursanalytische Konzepte wie „Knotenpunkte“ oder „Diskursmomente“ Analysen verschiedenster Debatten und

Diskurse anleiten sollen, erscheinen sie notwendigerweise übergeneralisiert. Die im Rahmen der Ideenliteratur aufgegriffenen Grundkategorien wie Normen und Konsequenzrelationen können vor diesem Hintergrund als spezielle Typen von Diskursmomenten aufgefasst werden, die gegebenenfalls – so legt es die Ideenforschung nahe – als besonders charakteristische Knotenpunkte zu beschreiben sind. Trotzdem geht eine Analyse von Diskursmomenten über die gängige Ideenforschung weit hinaus, wenn die beschriebenen *Ideen als Diskursmomente bzw. Knotenpunkte auf komplexere Diskursstrukturen* verweisen, also die Einbettung von Ideen in Deutungssysteme fokussiert wird. *Zusammenfassend kann damit an dieser Stelle die Erwartung formuliert werden, dass sich das Sprachgeschehen der EU-Osterweiterungsdebatte durch eine Beschreibung charakteristischer Verweise auf Normen („Schuld“, „Dankbarkeit“, „Geschichte“) und Konsequenzrelationen („Demokratie braucht Wohlstand“) sinnvoll beschreiben und verstehen lässt. Diese Verweise können – so meine Annahme – als sprachliche Manifestationen jener Knotenpunkte aufgefasst werden, die zugrunde liegende Diskursstrukturen organisieren.*

3.1.3 Identitäten

Normen und Konsequenzrelationen lassen sich, wie gesehen, adaptieren, um das Konzept des „Knotenpunkts“ für die empirische Analyse zu spezifizieren. Eine weitere Kategorie ergibt sich direkt aus der einschlägigen Diskursanalyse: Identität. Gerade Definitionen von Identitäten („Subjektpositionen“) werden gemäß einschlägiger Diskursanalysen immer wieder ambivalent, und nicht zuletzt diese Freiheitsgrade rechtfertigen im Kontext von Diskursanalysen den Begriff des Akteurs, weil ein Determinismus von Gesellschaft auf das Individuum angesichts „traumatisch“ (Lacan) dislozierter Identitäten gerade nicht behauptet werden kann und soll (Žižek 1990, 1994). Im Anschluss an Althusser sprechen einige Autoren bei der Konstruktion und Reproduktion von Identitäten im Rekurs auf Althusser von „*Interpellation*“ – „the dual process whereby identities or subject-positions are created and concrete individuals are 'hailed into'“ (Weldes 1996: 287, vgl. auch Laclau 1979).

Zwei alternative Logiken der Interpellation lassen sich nun bei der *Konstruktion von Identität* laut Laclau und Mouffe beschreiben (Laclau/Mouffe 1985, Laclau 1990, Laclau/Zac 1994): Die „*Logik der Differenz*“ konstruiert Identitäten als „Subjektpositionen“ (Althusser) nach Art eines Kategoriensystems, das ambivalente Elemente durch Verweis auf all das zu definieren sucht, „was sie nicht sind“. ¹⁶ Im Rah-

¹⁶ Dies verweist auf die Konzeption de Saussures von Sprache als einem System semantischer Differenzen. Vgl. auch den in der rhetorischen Psychologie diskutierten Prozess des "Partikulierens" bei Billig (1987, 1991).

men normativer Einwürfe der Diskursanalyse ist eine Logik der Differenz Ausdruck pluralistischer bzw. postmoderner Gesellschaftsentwürfe (Mouffe 1998). Auch wurde eine solche Logik bereits von außenpolitischen Diskursanalysen thematisiert, etwa im Hinblick auf die Identität Europas, die Neumann (1996) zufolge etwa durch „Russland“ negativ definiert wird.

Der Logik der Differenz steht nun bei Laclau und Mouffe (1985) die „*Logik der Äquivalenz*“ gegenüber, die durch Gleichsetzung von Begriffen bezüglich bestimmter Bedeutungsdimensionen eine positive Verknüpfung herstellt. Der Logik der Äquivalenz folgt Interpellation, wenn ein umfassendes „Wir“ konstruiert wird, also etwa in Form des von Gramsci beschriebenen „national-populären Willen(s)“ bzw. einer „*imagined community*“ (Anderson). Sofern „Artikulation“ also Differenzen zwischen möglichen Subjektpositionen löscht, werden Individuen ihrer pluralen Identitäten beraubt und politische Hegemonie erzeugt. So wird US-amerikanische Außenpolitik Jutta Weldes (1996) zufolge stets im Rückgriff auf die Kategorie eines „nationalen Interesses“ konstruiert und legitimiert:

„Through this representation, aided by state officials use of ‘we’ in describing the policies and actions of the US state, individuals are interpellated into the language of the national interest as members of the imagined American community. [...] Part of the common-sense status and hence the legitimacy of post-war US national interests has resulted precisely from the unquestioned identification of individual Americans with the ‘US’, the imagined subject of the US national interest“ (Weldes 1996: 288).

Der Diskurs anthropomorphisiere Staaten als Akteure mit zweckrationalen Motiven, so Weldes (1996) weiter, und weise dem Publikum die Rolle als nationale Gemeinschaft zu. Er delegitimiere darum systematisch technokratisch-pluralistische Vorstellungen von Interessenvermittlungsprozessen, die auf Aushandeln von Partikularinteressen setzten, und Motive, die nicht auf den egoistischen Selbsterhaltungstrieb der „Gemeinschaft“ gründeten. Er impliziere damit schließlich Bewertungskriterien für politische Entscheidungen, indem er nationale Sicherheit, Wohlstand oder kulturelle Integrität in den Vordergrund rückt und an den affektiv-geladenen Gemeinschaftssinn des Publikums appelliere.

Gerade in den Logiken von Äquivalenz scheint also die diskurstheoretische Antwort auf die Frage zu liegen, wie „Gemeinsinn“ (Deutsch, Etzioni) bzw. eine Logik „kollektiver Interessen“ (Wendt) auf der Ebene sinnstiftender Diskurse konstruiert und legitimiert werden kann, in den Worten Ole Wævers (1994): „Discourse analysis emphasizes identity rearticulation and stresses in relation to interest formation the interpretative schemes that insert meaning into the many interests“ (Wæver 1994: 256). In Bezug auf Außenpolitik liegt somit der wesentliche Vorteil eines Diskursansatzes darin, dass sie die Rolle einer solchen Identität bei der Formulierung von Interessen nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern auch ihre Konstruktion auf den Begriff bringt. *Für die empirische Analyse der Osterweiterungsdebatte wird*

entsprechend zu fragen sein, inwiefern die etwa bei Fierke und Wiener diskutierte Rolle einer „Europäischen Identität“ als Fall einer erfolgreichen Interpellation von Akteuren beschrieben werden kann, der die Wahrnehmung relevanter Konsequenzen nachhaltig zugunsten der Beitrittsgesellschaften veränderte.

3.1.4 Handlungstheoretische Defizite der Diskursanalyse

Gerade im Falle umstrittener Identitäten und einer die Pluralität moderner Lebensentwürfe negierenden „Logik der Äquivalenz“ setzt im Allgemeinen der politische Anspruch der Diskursanalyse an. Sie versteht sich als praktisch geleistete Ideologiekritik; ihre Protagonisten erheben dezidiert den Anspruch, „sich einzumischen“. Das bevorzugte Mittel, die problematische Fixierung von Bedeutung rückwirkend zu ermitteln, ist dabei die von Derrida beschriebene „Dekonstruktion“: In ihr soll der Charakter politischer Setzung, die jede scheinbar fixierte Bedeutung tatsächlich hat, durch systematische Entschlüsselung „blinder Flecken“ im Diskurs sichtbar gemacht und kritisiert werden. Damit weist das begriffliche Inventar post-strukturalistischer Diskurstheorie also gleich mehrfach darauf hin, dass die strukturierende Rolle von Akteuren zu ihrem originären Gegenstandsbereich gehört, denn „Artikulation“, „Interpellation und „Dekonstruktion“ scheinen bereits Protoformen eines post-strukturalistischen Handlungsbegriffs darzustellen.

Sieht man von „Interpellation“ als einem identitätsbezogenen Spezialfall von Artikulation einmal ab, geben Artikulation und Dekonstruktion eine *binäre Differenzkette von Handlungstypen* vor: Während Akteure durch Artikulation in ihrer Bedeutung ambivalente Diskurselemente „fixieren“, also in „Momente“ des Diskurses verwandeln, liegt der Sinn von Dekonstruktion gerade in der Lösung solcher Fixierungen, also der Überführung fixierter Momente zurück ins „Feld des Diskursiven“. Beiden wird in der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe somit bereits implizit ein *Handlungssinn auf Seiten der Akteure* zugewiesen: Während sie durch Artikulation als „hegemoniale Intervention“ die politische Auseinandersetzung „ideologisieren“ und damit letztlich in den „entpolitisierten“ Bereich des scheinbar sozialen „Gegebenen“ zu versetzen trachten, versuchen sie, durch Dekonstruktion diesen Prozess umzukehren bzw. bereits „Gegebenes“ politisch thematisierbar – und letztlich „reartikulierbar“ – zu machen.

Das Problem liegt darin, dass beide Begriffe für die empirische Arbeit prekäre Konzepte bleiben, sofern sie lediglich *Wirkungen von Kommunikation auf den latenten Diskurs* bezeichnen und in diesem Sinn logisch auf der Ebene des Diskurses verbleiben. Jedoch, wie lässt sich der (Re-)Konstruktionsprozess von Diskursstrukturen auf der Ebene von Manifestationen, etwa konkreter Debattentexte, erkennen? Welchen Status haben konkrete Argumentationen als Sprachgeschehen, mit denen

Akteure augenscheinlich versuchen, ins „Feld des Diskursiven“ zu intervenieren? Es ist instruktiv zu sehen, dass auch die poststrukturalistische Diskurstheorie auf Begriffe wie „Überzeugen“ oder „Überreden“ zurückgreifen muss, um die Mikroprozesse diskursiven Wandels substantiell zu plausibilisieren. So zielt etwa Artikulation laut Torfing darauf,

„to make somebody give up one set of beliefs in favour of another by offering a more or less thoroughgoing redescription of the world which, on a pragmatic basis, presents the new set of beliefs as the more suitable, appropriate or likely“ (Torfing 1999: 68).

Diese Prozesse werden jedoch handlungstheoretisch nicht systematisch entwickelt, sondern weisen über den Rahmen poststrukturalistischer Diskursanalysen gleich mehrfach hinaus. Erstens deutet Torfings Terminologie des „Überredens“ direkt auf das klassische Feld der Rhetorik, also die Ebene sprachlicher Manifestationen. Der implizite Handlungsbegriff von poststrukturalistischer Diskurstheorie läuft damit auf ein „pragmatisches“ Modell von Sprechhandlungen zu, ohne es allerdings zu explizieren. Zweitens wird der kognitive „Hintergrund“ der jeweiligen Sprachhandlung durch einen Verweis auf „Überzeugungen“ (*beliefs*) bereits als weitere Ebene relevanter Manifestationen benannt. Dies ist auch gar nicht zu vermeiden, denn eine pragmatische Analyse von Sprechhandlungen braucht eine Ebene individuellen Handlungssinns, um sich überhaupt rechtfertigen zu können – auch wenn dieser Handlungssinn zu einem gewissen Grad strukturell bedingt gedacht werden muss.

Es ist genau dieser Punkt, an dem eine auf kollektive Deutungsprozesse abhebende Diskurstheorie auf jene alternativen „Traditionslinien“ von Diskursanalysen verweist, die wie angekündigt auch im Rahmen meines Analyserahmens notwendige Konkretisierungen hinsichtlich sprachlicher und kognitiver Manifestationen von Diskursen liefern sollen. Auch im Rahmen diskurstheoretischer Ansätze wird in diesem Sinne immer wieder eine integrierende Position eingenommen und beispielsweise auf die Sprechakttheorie (Habermas 1981, auch Diez 1999b), Leontjews Tätigkeitstheorie (Jäger 1993), Toulmins Argumentationstheorie (Dryzek/Berejikian 1993), diskurspsychologische Ansätze von Billig (1987, 1991) bzw. Edward und Potter (1992, insbesondere bei Hajer 1995) sowie kognitionspsychologische Konzeptionen von Textproduktion und -verstehen (van Dijk/Knitsch 1983, van Dijk 1993, 1995, 1997) zurückgegriffen. Meinen Ausgangspunkt bilden zunächst letztere, da sie die Differenzierung in die zwei Manifestationsformen Kognition und Sprechen bzw. Debatte meines Erachtens zusätzlich plausibilisieren. Für die empirische Analyse wesentlicher wird allerdings der anschließende Rekurs auf die Argumentationstheorie bei Habermas sein, denn erst seine Theorie kommunikativen Handelns bietet ein Kategoriensystem relevanter Bausteine von Argumentationen, auf die eine empirische Textanalyse gegründet werden kann.

3.2. Mikro-Manifestationen: begründende Argumente

Der ausgeführten poststrukturalistischen Verwendungsweise von Diskurs steht in der einschlägigen Diskussion häufig eine zweite gegenüber, die das wesentliche Thema des folgenden Abschnitts bereits mehr oder weniger treffend bezeichnet (vgl. auch Keller 1997). Sie geht auf den im angelsächsischen und französischen Sprachgebrauch gängigen Begriff „discourse“ bzw. „discours“ als ein Gespräch oder eine Rede, also ein Sprechen unter Anwesenden, zurück. Diesem Verständnis folgen insbesondere Entwürfe einer Konversations- bzw. Sprechaktanalyse. Auch soziologische Arbeiten der Öffentlichkeits- und Bewegungsforschung (etwa Ganson/Modigliani 1989, Brand et al. 1997, Gerhards et al. 1998) verwenden den Diskursbegriff in vergleichbarer Weise („öffentliche Diskurse“), um komplexe Kommunikationsprozesse im öffentlichen Raum zu bezeichnen.¹⁷ Letztere Ansätze teilen damit in Teilen meinen Erklärungsgegenstand, sofern sie auf die „kollektive Ebene von Prozessen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion“ (Keller 1997: 313) abheben, sie gebrauchen den Diskursbegriff jedoch immer im Sinne eines konkreten Kommunikationsgeschehens, für den ich im Verlauf des restlichen Kapitels die Konzepte „Argument“, „argumentative Koalition“ und „Debatte“ einführen und konkretisieren möchte.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen bildet dabei zunächst die Frage, inwieweit Angebote aus den Bereichen der Soziolinguistik und Argumentationstheorie in der Lage sind, handlungstheoretische Defizite der poststrukturalistischen Diskursanalyse zu kompensieren. Sprachliche *Argumentationen* – die schließlich Koalitionen und Debatten als deren Aggregat konstituieren – manifestieren meiner Konzeption gemäß Diskursmomente und erhalten durch diese intersubjektiv Sinn. Schließlich werden in diesem Zusammenhang *Kognitionen* als weitere Manifestationsform eingeführt, die eine bislang nur angedeutete zweite Differenzierung implizieren, nämlich die in *alternative Manifestationsformen*. Die folgende Diskussion tritt also an, einen Bogen zurück von der Makro- auf die Mikroebene individuellen Handelns zu schlagen, auf dessen Konstruktionsleistungen diskursive Bedeutungsstrukturen letztlich beruhen. Sie legt gleichzeitig die mikrotheoretische Grundlage für die in den Abschnitten 3.3 und 3.4 ausgeführten Konzeptionen von „argumentativen Koalitionen“ und „Debatte“. Ausgangspunkt hierfür bildet zunächst Habermas (1981, I und II)

¹⁷ "In modernen Gesellschaften haben öffentliche Diskurse zentrale Bedeutung für die Legitimation oder Delegitimation von Weltbildern, Normen, Institutionen und Handlungsmustern. Das zwingt kollektive Akteure, sich je nach ihren Zielen, Interessen, strategischen oder taktischen Kalkülen, nicht zuletzt auch nach ihren Machtressourcen, in Diskurse einzuschalten" (Keller 1998: 6).

„Theorie kommunikativen Handelns“, wobei immer wieder auf van Dijks (1977, van Dijk/Knitsch 1983) soziolinguistische Theorie der Textproduktion bzw. -rezeption Bezug genommen wird.

3.2.1 Sprechen und Argumentieren – Ideen als Gründe

Im Rekurs auf die klassische Sprechakttheorie (vgl. Habermas 1981, I, Pelz 1990, Kuhlmann 1999) lässt sich sprachvermittelte Kommunikation („Sprachgeschehen“) zunächst als eine Abfolge von sprachlichen Handlungsmonaden begreifen, den so genannten „Sprechakten“. Einzelne Sprechakte erhalten ihren Handlungscharakter hier mindestens in dreifacher Weise: Erstens im Sinne einer einfachen *Lokution*, dem Hervorbringen einer hinsichtlich ihres propositionalen Gehalts aufzuschlüsselnden Aussage. Sprechen oder Schreiben ist in diesem Sinn reines Manifestieren diskursiv bedeutungsvoller Sätze. Zweitens „tut“ der Sprecher „etwas“, indem er spricht, d.h., er handelt mehr oder weniger planvoll; sein Sprechen realisiert eine Intention und wird damit zur *Illokution*. Dieser Charakter einer einfachen Proposition der Art „Es stehen Raketen auf Kuba“ tritt durch ein performatives Element wie „Ich möchte sie warnen, dass...“ an die sprachliche Oberfläche oder wird als nachträgliche Beschreibung der Handlungsintention – „der Außenminister stritt ab, dass...“ – ausformuliert.¹⁸ Drittens bewirkt das Sprechen etwas bei jenen, die zuhören oder lesen: Diese reagieren mental und gegebenenfalls sogar in Form von Entgegnungen auf das Gesprochene, und diese Reaktionen erscheinen als Handlungsprodukte eines dritten Teils des Sprechaktes, der *Perlokution*.

Eine Analyse von „Ideen“ lässt sich nun zunächst am präpositionalen Gehalt jener Aussagen ansetzen, die politisches Handeln im Rückgriff auf Gründe bewerten, also im weiteren Sinne „argumentieren“. Als substantiellem Bestandteil alltäglicher Kommunikation überhaupt, bilden „Gründe“ den wesentlichen Schlüssel zu gesellschaftlich geteilten Deutungsbeständen. Gründe zeigen an, im Rekurs auf welche „Ideen“ das Gesagte Geltung beansprucht und welchem diskursiven Kontext eine spezifische Politik entspringt. Der Geltungsanspruch einer spezifischen Aussage entspricht bei Habermas dabei der „Behauptung, dass die Bedingungen für die Gültigkeit einer Äußerung erfüllt sind“ (Habermas 1981, I: 65, H.i.O.). Diese Geltungsansprüche lassen sich im Rekurs auf Poppers „Drei Welten“ typologisieren:

¹⁸ Dieser performative Charakter von politischen Statements drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass Recht durch Sprechakte gesetzt wird (Onuf 1989: 83-5, vgl. auch die Diskussion in Diez 1999b: 600-2). Indem Illokutionen also Bedeutung etwa im Sinne einer Norm setzen können, kann ihnen eine *diskursstrukturierende Wirkung* von Kommunikation zugeschrieben werden.

- Die „Wahrheit“ deskriptiver Aussagen (Propositionen) und die „Wirksamkeit“ von Handlungsplänen sind Geltungsansprüche, die Aussagen über die objektive Welt, die „Gesamtheit aller Entitäten, über die wahre Aussagen möglich sind“.
- Die „Richtigkeit“ von Normen bzw. „Angemessenheit“ von Wertstandards als Geltungsansprüche von Aussagen über die soziale Welt, der „Gesamtheit aller legitim geregelten interpersonalen Beziehungen“.
- Die „Wahrhaftigkeit“ als dem Geltungsanspruch von Aussagen über die subjektive Welt, der „Gesamtheit der privilegiert zugänglichen Erlebnisse des Sprechers“ (Habermas 1981, I: 149).

Demzufolge können bestimmte Typen von Aussagen durch andere Akteure einer Kritik unterzogen werden, die im Falle von deskriptiven bzw. analytischen Aussagen deren *Wahrheit*, normative Anteile „unter dem Aspekt der *Richtigkeit* (bzw. der ‚Gerechtigkeit‘) von Handlungsweisen“ und schließlich „expressive Sätze [...] unter dem Aspekt der *Wahrhaftigkeit* der Selbstdarstellung eines Sprechers“ (Habermas 1981, I: 66-67, 69) problematisiert. Dass Geltungsansprüche keine rein idealisierenden Unterstellungen darstellen, sondern auch für politische Debatten von Bedeutung sind, lässt sich unmittelbar daran ablesen, dass Foren wie Parlamente oder Massenmedien aus diesen Geltungsgründen „*rules of conduct*“ ableiten und mit Sanktionsmechanismen bewehren¹⁹. Auch haben Gerhards et al. (1998) empirisch nachweisen können, dass Journalisten entsprechende Erwartungen an sich und andere richten bzw. kritisch darauf Bezug nehmen, wenn Geltungsgründe verletzt werden.

Habermas selbst vollzieht diesen Schritt auf die Ebene dezidiert politischer Debatten demokratischer Parlamente und Gemeinöffentlichkeiten spätestens im Rahmen seiner „Diskurstheorie des Rechts“ (1992), derzufolge sich nämlich „die Grundfrage ‚Was sollen wir tun?‘ [in Beratungen über Politiken und Gesetze] je nach Art der regelungsbedürftigen Materie“ ausdifferenziert (1992: 197). Andere Regelungsmaterien werfen andere Fragen auf, die wiederum im Rekurs auf alternative Gründe diskutiert und beantwortet werden müssen.

Politische Argumente adressieren demzufolge erstens pragmatische Fragen – nach den wirksamen Mitteln – und beziehen ihre Zustimmungswürdigkeit aus dem empirischen Wissen von Problemen, Zusammenhängen bzw. den zu erwartenden Folgen politischer Interventionen. Hier geht es in politischen Debatten also um die plausible Beschreibung von Defiziten sowie die Wahl adäquater Mittel unter Gesichtspunkten der Effizienz. Argumente zugunsten der einen oder anderen Hand-

¹⁹ Beispiele hierfür bieten etwa die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages bzw. deren Abschnitt zu „Verhaltensregeln“ (Verwaltung des Deutschen Bundestages 1998) oder die „Publizistischen Grundsätze (Kodex): Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats“ (Deutscher Presserat 2001).

lungsweise lassen sich in dieser Hinsicht im Rekurs auf die sie enthaltenden oder implizierenden Aussagen über die objektive Welt als „unwahr“ oder „unwirksam“ zurückweisen – die Behauptung einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent sei objektiv falsch, die vorgeschlagenen Mittel, sie zu senken im Übrigen ungeeignet. Politischen Debatten kommt in diesem Sinne die ganz wesentliche Funktion zu, im Durchlaufen pragmatischer Argumentationsgänge die *Zweckrationalität politischer Programme* zu klären.

Politische Argumente adressieren darüber hinaus alternative Kategorien normativer Fragen. Hier geht es zunächst und zweitens um soziale Normen, die das „Zusammenleben im gleichmäßigen Interesse aller regeln“ (1992: 200) sollen. Hier hat Habermas vor allem universalistische Gerechtigkeitsvorstellungen im Sinn, eine Engführung, die man gleichwohl als Forschungsfrage relativiert auf das empirische Material zurückwerfen kann. Es bleibt demzufolge aufzuklären, welche Normen genau herangezogen werden, um Politik als „richtig“ zu begründen, d.h. die *moralische Angemessenheit politischer Programme* zu klären. Wie anhand der Osterweiterungsdebatte gezeigt werden kann, spielen im konkreten Fall Figuren wie „Dankbarkeit“ und „Schuld“ eine Rolle, die in der Tat auf allgemeine Gerechtigkeitsvorstellungen zurückgeführt werden können, aber nicht müssen. Solche und andere normative Ansprüche bzw. „Pflichten“ lassen sich im Rahmen moralischer Argumentationsgänge öffentlich problematisieren und anhand konkreter Fälle begutachten.

Wie Habermas bereits richtig feststellt, impliziert bereits die Frage nach der Wirksamkeit politischer Mittel, dass deren Angemessenheit im Rekurs auf *Werthorizonte* begründet werden muss. Sie bleiben dabei jedoch gegebenenfalls noch gesetzte Fixpunkte, aus denen mittlere Ziele im Sinne einfacher Subsumption abgeleitet werden. Politische Handlungsanweisungen und –vorschläge werfen Habermas zufolge nun drittens die darüber hinausgehende „ethisch-politische“ Frage auf, „wer wir sind“. Werden im Rahmen pragmatischer Argumentationen bereits Werte zumindest benannt, können politische Probleme auch Debatten über das „politisch-kulturelle Selbstverständnis einer historischen Gemeinschaft“ auslösen, also insbesondere den Wertehorizont selbst problematisieren und über die *ethisch-politisch angemessene Bestimmung politischer Gemeinschaftlichkeit* streiten (1992: 198-199). Solche Fragen der kollektiven Identität werden durch Habermas selbst keiner der „drei Welten“ eindeutig zugeordnet, lassen sich jedoch auf der Schnittstelle von sozialer und subjektiver Welt verorten. Öffentliche Aussagen über „uns“ bleiben nämlich stets in zweierlei Hinsicht zu kritisieren: als Aussagen über handlungsnormierende Vorstellungen einer gemeinsamen Kultur und Geschichte können spezifische Pflichten und Rechte von Gemeinschaftsmitgliedern als normativ „richtig“ begrüßt oder als „falsch“ zurückgewiesen werden. In diesem Sinne sind Definitionen einer verbindenden Kultur und Geschichte eindeutig Teil „normativer Kontexte“ (Habermas

1981, I: 39), auf die Sprecher im Rahmen moralischer Argumentationen im weiteren Sinne Bezug nehmen. Bekennen sich Individuen allerdings zu einer Gemeinschaft und berufen sich auf ein verbindendes Gefühl von „Wir“, bleibt ihre Identifikation mit der Gemeinschaft letztlich eine Behauptung, die nur im Rekurs auf ihre individuell-subjektive Welt gezeigt oder in Abrede gestellt werden kann.²⁰ In beiderlei Hinsicht lassen sich Verweise auf Gemeinschaftlichkeit also zurückweisen: als unangemessene Beschreibungen verbindlicher Wertprioritäten, Pflichten und Rechte wie als unwahrhaftige Bekenntnisse identitärer Bindungen.

Die Stärke dieses Ansatzes für die Außenpolitikanalyse liegt dabei meines Erachtens weniger oder zumindest nicht nur auf der Ebene internationaler Verhandlungen, wie etwa Müller (1994, Deitelhoff/Müller 2005) oder Risse (2000) zu zeigen suchen, sondern gerade *in Bezug auf die Erzeugung gesellschaftlicher Legitimität in einer politischen Öffentlichkeit*. Die Möglichkeit, die in der Ideenforschung thematisierten Kategorien wesentlicher Diskursmomente wie Normen, Werte, Konsequenzrelationen und kollektive Identitäten auf der Ebene sprachlicher Manifestationen nachzuverfolgen, prädestiniert sie sowohl als theoretische Konzeption von Sprechweisen, wie auch hinsichtlich methodischer Implikationen ihrer hermeneutischen Erschließung, auf die in Kapitel 4 zurückzukommen sein wird.

3.2.2 Handlungssinn und Resonanzbedingungen

Habermas hat allerdings selbst keine empirische Analyse politischer Debatte im Sinn, es geht ihm vielmehr um eine grundlegende Kritik sowohl sozialwissenschaftlicher Theorieangebote von Kommunikation, als auch der gesellschaftlichen Praxis von Kommunikation in der Moderne, die seines Erachtens wesentliche normative Kriterien nicht erfüllt. Zentralen demokratietheoretischen Kriterien wie Transparenz und Authentizität der demokratischen Willensbildung gilt sein Augenmerk. Öffentlichkeit kommen diesbezüglich sowohl in der liberalen (Rawls 1993, Gerhards et al. 1998) wie deliberativen Demokratietheorie (Habermas 1962, 1992, Peters 1994) Funktionen wie zivilgesellschaftliche Kontrolle, Informationsbeschaffung und Urteilsbildung zu. Diese setzen aber mindestens Transparenz der tatsächlichen Gründe von Politik voraus. Für die internationale Politik gilt dieser Anspruch in noch höherem Maße, da hier die Funktionsdefizite der Medien bzw. ihre Instrumentalisierung besonders einschlägig sind (Kempf 1994, Manheim 1997, Bennett 1990, 1997, Mermin 1999, Robinson 2003). Im Zentrum seiner Theorie kommunikativen Han-

²⁰ Die Geltung d.h. Wahrhaftigkeit expressiver Aussagen lassen sich nicht im engeren Sinne „begründen“ sondern nur „zeigen“ (Habermas 1981, I: 69), vgl. hierzu auch die weitergehenden Überlegungen Kuhlmanns (1999: 40).

delns steht daher nicht der Begriff der Argumentation, sondern das *verständigungsorientierte Handeln* als eine, den einschlägigen Handlungsmodi alternative Form des um Verständigung bemühten Argumentierens (vgl. auch Risse 2000, Holzinger 2001, Deitelhoff/Müller 2005).

Habermas geht dabei bereits über die Ebene sprachlicher Manifestation hinaus, da er den zugrunde liegenden kognitiven Handlungssinn zur Differenzierung von Sprachgeschehen nutzt. Diese Einbeziehung von Handlungssinn baut im Rahmen meines Gedankengangs eine theoretische Brücke zwischen den in Ideenansätzen immer wieder angesprochenen kognitiven Prozessen und dem Sprachgeschehen als zwei alternativen Manifestationsebenen von Diskursmomenten. Ein zentraler Ausgangspunkt ist dabei die Einsicht, dass sich die Konstruktion von Sprechakten letztlich nur im Sinne eines kognitionspsychologisch inspirierten Handlungsmodells hinreichend verstehen lässt, wie es sich etwa viel beachtet in den soziolinguistischen Arbeiten van Dijks findet (vgl. van Dijk/Knitsch 1983, van Dijk 1977, 1980, 1988, 1993, 1997, vgl. auch Mayring 1993, Wodak et al. 1990, 1998, Nullmeier 1993²¹). Der Akt der Textproduktion gestaltet sich entsprechend als ein mehrphasiger Konstruktionsprozess, im Laufe dessen – situationsbezogen motiviert – Sprech-(oder Schreib-)Handlungen aus kognitiven Gedächtnisinhalten konstruiert werden und schließlich deren Umsetzung kontrolliert wird (van Dijk 1980: 273-291). Wesentlich erscheint mir dabei, dass die entsprechende Forschung nahe legt, dass beide Ebenen auch im Rahmen von Diskursanalysen prinzipiell zugelassen werden müssen, sofern die Konstruktion von Sprechhandlungen anders gar nicht befriedigend vorgestellt werden kann. Dass Differenzen zwischen sprachlichem Vorder- und kognitivem Hintergrund auch analytisch bedeutsame Schlüsse zulassen und daher Gegenstand empirischer Analysen darstellen können, wird aber erst im Rekurs auf Habermas vollständig plausibel.

Analog zur bereits eingeführten Konzeption dreier Welten, auf die sich Aussagen beziehen können, nehmen die einschlägigen Handlungsmodi Habermas (1981, I: 126-148) gemäß von zweckrational-rationalistischem, normkonform-angemessenem bzw. dem bei Goffman entlehnten dramaturgischem Handeln nur einzelne Aspekte

²¹ Nullmeier (1993) hat mit vergleichbaren Annahmen ein „rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell“ skizziert. Auf der Grundlage vorhandener Gedächtnisinhalte als erstem Filter wählt der Sprecher gemäß Nullmeier in einem zweiten Schritt „als legitim erachtete Deutungen über Situationen, Handlungsalternativen, Präferenzen und Normen“ (Nullmeier 1993: 186). Erst auf der Grundlage legitimer Deutungen erfolgt dann die Wahl jener Argumente, „für die sich die größte argumentativ-rhetorische Stützungsleistung innerhalb des Wissenssystems des jeweiligen Akteurs mobilisieren lässt“ (Nullmeier 1993: 191), wobei rhetorische Strategien entlang erwarteter Wirkungen beim Publikum gewählt werden.

kommunikativer Prozesse wahr und sind in dieser Hinsicht unzureichend. Der auf Konsequenzen orientierte Akteur des *rationalistischen Handlungsmodells* kann

„Behauptungen aufstellen, die *wahr* oder *falsch* sind, und zielgerichtete Interventionen ausführen, die Erfolg haben oder scheitern, d.h. den beabsichtigten Effekt in der Welt *erzielen* oder *verfehlen*. Diese Beziehungen mit der Welt lassen also Äußerungen zu, die nach Kriterien der *Wahrheit* und der *Wirksamkeit* beurteilt werden können“ (Habermas 1981, I: 130, H.i.O.).

Normkonformes bzw. -reguliertes Handeln setzt darüber hinaus den Bezug zur „sozialen Welt“ voraus, der der handelnde Akteur „als rollenspielendes Subjekt ebenso angehört wie weitere Akteure, die untereinander normativ geregelte Interaktionen aufnehmen können“ (Habermas 1981, I: 132). Außerdem spielen kulturelle Werte eine Rolle, sofern sie bei „der Regelung bestimmter Problemlagen für einen Kreis von Betroffenen normativ verbindlich werden“ (Habermas 1981, I: 133). Normreguliertes Handeln wird damit in zwei Richtungen kritisierbar:

„In der einen Richtung stellt sich die Frage, ob die Motive und die Handlungen eines Aktors mit den bestehenden Normen übereinstimmen oder von diesen abweichen. In der anderen Richtung stellt sich die Frage, ob die bestehenden Normen selbst Werte verkörpern, die im Hinblick auf eine bestimmte Problemlage verallgemeinerungsfähige Interessen der Betroffenen zum Ausdruck bringen“ (Habermas 1981, I: 134).

Im *dramaturgischen Handeln* „muss sich der Akteur, indem er einen Anblick von sich präsentiert, zu seiner eigenen subjektiven Welt verhalten“ (Habermas 1981, I: 137). „Als subjektiv kommen Meinungen und Absichten [aber] nur zu Bewußtsein, wenn ihnen in der objektiven Welt kein existierender oder kein zur Existenz gebrachter Sachverhalt entspricht“ (Habermas 1981, I: 138). Kritisierbar erscheint damit einzig die Wahrhaftigkeit bzw. Authentizität der präsentierten Meinungen, Absichten, Wünsche oder Gefühle.

In keinem dieser Handlungsmodelle erhält die Sprache somit einen prominenten Stellenwert: Im teleologischen Handlungsmodell fungiert sie nur als strategisches Mittel, um perlokutive Effekte beim Gegenüber zu erzeugen; im normativen Handlungsmodell fungiert sie lediglich als Mittel zur Überlieferung von Werten und Normen, in dem sich Kultur lediglich reproduziert bzw. ein normativer Konsens aktualisiert wird; im dramaturgischen Handlungsmodell bleibt sie schließlich Mittel der Expression innerer Zustände und Erlebnisse im Rahmen einer „zuschauerbezogenen Selbstinszenierung“.

Hier setzt Habermas seinen Begriff eines auf Verständigung zielenden „*kommunikativen Handelns*“ an, mit dem Sprache als primäres Mittel thematisierbar wird. Verständigung funktioniert bei Habermas als intersubjektive Anerkennung der mindestens implizit erhobenen Geltungsansprüche, und zwar empirisch im Sinne „eines sprachlichen Anspruchs, der sprechakttypisch ein inhaltlich spezifiziertes Einverständnis über interaktionsfolgenrelevante Verbindlichkeiten begründet“ (Habermas

1981, I: 148, 401). In seiner Minimalbedeutung meint „Verständigung“ bei Habermas dabei „daß (mindestens) zwei sprach- und handlungsfähige Subjekte einen sprachlichen Ausdruck identisch verstehen“ (Habermas 1981, I: 412) – sie haben eine Argumentation also immerhin gemeinsam *verstanden*, wenn sie wissen, wie die formulierten Geltungsansprüche zu erfüllen wären. Ein Argument wird gleichwohl dem Einzelnen erst „akzeptabel“, wenn es seiner Ansicht nach den erhobenen Ansprüchen tatsächlich genügt, das als wahr, richtig bzw. wahrhaftig eingeführte Wissen also seiner Einschätzung nach tatsächlich wahr, richtig bzw. wahrhaftig ist.²² Verständigung zerfällt damit bei Habermas also eigentlich in zwei Aspekte, einem „*Verstehen*, was gemeint ist“ und einem „*Einverständnis*, dass etwas tatsächlich wahr, richtig oder wahrhaftig ist“.

Konzentriert man sich zunächst auf die Rezeption eines Argumentes, hängt eine Verständigung damit bei Habermas wesentlich von der Möglichkeit ab, Gründe überzeugend an vorhandenes Hintergrundwissen anzuschließen und in diesem Sinne nicht nur „verständlich“ vorzutragen, sondern dafür beim Publikum auch „Akzeptanz“ zu erzeugen.²³ Dieser Prozess kann wiederum im Rekurs auf die kognitionspsychologisch inspirierte Soziolinguistik vorgestellt werden, derzufolge sich Verstehen und Sprechen in ihrer Prozesslogik im Sinne inverser Ablaufpläne gleichen (van Dijk 1980: 282). Der Ort des Verstehens ist in diesen Arbeiten das Kurzzeitgedächtnis, das stets eintreffende Textinformationen mit im Langzeitgedächtnis gespeicherten Kognitionen kombiniert. Die fragmentarisch vorliegenden Textinformationen werden dabei noch während des Lesens oder Hörens „weitergedacht“, d.h. vor dem Hintergrund gespeicherten Wissens um mögliche Auflösungen

²² Beispiel: Vor einem wichtigen Termin zwischen Kollegen einer Firma: A: „Ich komme morgen schon um neun ins Büro, keine Sorge“ B: „O. k. Ich verlasse mich darauf“. Habermas zufolge *versteht* B den Ausspruch von A als Versprechen, zum Termin pünktlich anwesend zu sein, sofern er die Akzeptabilitätsbedingung erkennt: B ist tatsächlich am nächsten Morgen pünktlich anwesend (und aufnahmebereit). B gibt im Übrigen tatsächlich ein solches Verstehen zu Protokoll, und zwar, indem er erklärt, dass er die Zusage für *akzeptabel* hält und sich darauf verlässt. B und A haben Habermas zufolge also eine *Verständigung* erreicht, sofern beide die von A eingegangene Verpflichtung für akzeptabel halten.

²³ Habermas zufolge geht es aber nicht nur um einen Erfolg des "besseren Arguments", also der persuasiven Qualität der an das Vorwissen des Hörers mehr oder weniger konsistent anschließenden Aussagen. Es geht gegebenenfalls auch um die *Glaubwürdigkeit* bzw. das *Vertrauen* des Sprechers, das er genießt und das Unsicherheiten des Hörers über die Qualität des Arguments ersetzen kann (vgl. auch Shapiro et al. 1988: 405, Hajer 1995: 53). Hier greift Habermas auf Parsons Diskussion von an Prestige oder Reputation gebundenem "Einfluss" bzw. moralische Autorität bezeichnende "Wertbindung" zurück. Beide stellen Habermas zufolge "generalisierte Kommunikationsmedien" dar, "die eine Ersparnis an Interpretationsaufwand und Verständigungsrisiko mit sich bringen [... und] die überkomplexen Zusammenhänge verständigungsorientierten Handelns" vereinfachen" (Habermas 1981, II: 412).

bislang unklarer Aussagen ergänzt.²⁴ Gelingt dieser Prozess, wird eine Aussage also „verstanden“, werden Ergänzungen oder aus Inkonsistenzen resultierende Anpassungen gespeichert, kann schließlich von argumentativ induziertem Lernen gesprochen werden. Verständigungsprozesse setzen in diesem Sinne eine kognitive Konvergenz voraus, wobei die Beteiligten gegebenenfalls zu einer Revision kognitiver Strukturen bewegt werden, etwa wenn Deutungen rezipierten Argumenten Geltung geben, aber daraus abgeleitete Präferenzen neu assoziiert werden.

3.2.3 Authentizität oder Manipulation

Auf der Seite des Sprechers impliziert „Verständigung“ bei Habermas allerdings eine weitreichendere Qualität, nämlich das authentische Bemühen um die einvernehmliche Koordination von Handeln. Verstehen von dem bzw. Einverständnis über das, „was gemeint ist“, wohnt in diesem Sinne der menschlichen Sprache als „Telos“ inne (Habermas 1981, I: 386, 387) und gibt jeder geäußerten politischen Forderung als direktivem Sprechakt auch eine expressive Qualität: „Die Worte, die wir mit einer Forderung äußern, erheben [...] den doppelten Anspruch: Dass ihnen die Außenwelt angepasst werden soll und dass sie unserer ‚Innenwelt‘ angepaßt ist“ (Kuhlmann 1999: 100). Dieser Telos wird laut Habermas jedoch meistens – und hier liegt der eigentlich Sinn der ganzen Theorie kommunikativen Handelns – durch zweckrationale Instrumentalisierung pervertiert. Die Relevanz der („perlokutionären“) Wirkung des Gesagten auf das Publikum macht Habermas zufolge die strategische Qualität von Kommunikation aus, sofern der Sprecher *gar nicht meint, was er sagt*. Ist das Gesagte solchermaßen Mittel der „nicht-illokutionären Hörerbeeinflussung“, ist es logischerweise nicht mehr Ausdruck kommunikativen Handelns, wie es Habermas definiert, sondern erfolgt strategisch (Habermas 1981, I: 394). Auch die durch „Ironie, Witz und fiktive Realität“ geprägte Alltagssprache erscheint ihm dabei als „*absichtliche Verwechslung der Seinsmodalitäten*“ erfassbar (Habermas 1981, I: 444). Diese strategischen „Täuschungsmechanismen“ werden allerdings erst im Falle ihres *verdeckten* Einsatzes zu „*Kommunikationspathologien*“ begriffen. Diese können unbewusst sein, etwa wenn sich Menschen über ihre eigenen Empfin-

24

In der Version von van Dijk und Kintsch (1983, van Dijk 1977, 1980, 1988) funktioniert Verstehen demgemäß auf zwei Ebenen simultan, einer lokalen einzelner Wörter und Aussagen bzw. einer globalen Ebene übergreifenden Textsinns. Wegen begrenzter Speicherkapazitäten wird schließlich davon ausgegangen, dass in einem zyklischen Prozess von Explikation und Generalisierung die eintreffenden Informationen auf das notwendige Maß reduziert werden, um für weitere Interpretationsdurchläufe den nötigen „Platz“ zu schaffen. Hierfür müssen Textinformationen zunächst anhand vermuteter Relevanz gefiltert werden, schließlich ergänzt und damit in ihrem Gehalt erweitert werden, dann aber aus Platzgründen auf den vermuteten „Kern“ reduziert werden.

dungen irren und einer Therapie bedürfen. Diese können aber auch als *bewusste Manipulation* daherkommen, und zwar wenn mindestens einer der Beteiligten sich erfolgsorientiert verhält, aber *andere in dem Glauben lässt, dass er von der Richtigkeit, Wahrheit bzw. Wahrhaftigkeit angebrachter Argumente tatsächlich überzeugt ist* (Habermas 1981, I: 445). Er will also in diesem Fall nicht aufgrund authentisch geäußerter Argumente „überzeugen“, die damit für den anderen expliziert und kritisierbar werden, sondern „überreden“, ohne seine Gründe zur Disposition zu stellen.²⁵ Auch wenn der Modus „kommunikativen Handelns“ als „Überzeugenwollen“ bei Habermas nur einen Teil möglicher Kommunikationen bezeichnen kann – wie Prittwitz (1996) zu Recht einwendet – gibt er doch zusammen mit einem Begriff strategischer Kommunikation als „Überredenwollen“ eine vollständige Typologie politischen Argumentierens ab, zumindest wenn man in diesem Sinne die Authentizität als das entscheidende Differenzkriterium fokussiert.

Der für die einschlägige Analyse Schimmelfennigs (2001, 2003) zur Osterweiterung zentrale Begriff „rhetorisches Handeln“ (vgl. auch Schimmelfennig 1995, 1997) impliziert dabei das, was auch Habermas mit seinem Begriff von strategischer Kommunikation im Auge zu haben scheint. Nach Schimmelfennigs Konzeption verändert „rhetorisches Handeln“

„the structure of bargaining power in favor of those actors that possess and pursue preferences in line with, though not necessarily inspired by, the standard of legitimacy“ – „[t]hey confront the standard of legitimacy as an external institutional resource and constraint“ (Schimmelfennig 2001: 63).

Da Schimmelfennig eigentlich nur Normen als „standards of legitimacy“ einbezieht, sind diese also für seine „rhetorical actors“ immer nur Instrumente manipulativ auf „Überreden“ zielender Rhetorik, während eigentlich „Interessen“ die Akteure konsequentialistisch motivieren. In gleicher Weise hat Campbell (1998), wie bereits diskutiert, zwischen der Rolle normativer Ideen im Vordergrund von Debatten und kognitiver Ideen im Denken von Entscheidern unterschieden. Mit Habermas lässt sich nun genauer klären, welche Differenzen sich zwischen sprachlichen und kognitiven Manifestationen ergeben, sofern keine Kategorien von Ideen per se ausgeschlossen werden. Die „standards of legitimacy“ werden im Rekurs auf Habermas nach verschiedenen Kategorien von Ideen differenzierbar, nämlich als Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit. Als Hypothese ergeben sich dann die von Schim-

²⁵ Wenn beispielsweise die Regierung der Opposition im Rahmen einer Antwort auf eine Große Anfrage bewusst falsche Informationen über Pläne, Hintergründe oder Intentionen mitteilt, ist dies manipulativ, da die Beteiligten dem auf Verständigung abzielenden parlamentarischen Verfahren scheinbar folgen. Da sie dabei ihre tatsächlichen Gründe verschweigen, sind die Regeln und Evidenzen, auf denen sie beruhen, für die Opposition auch gar nicht zu problematisieren und gegebenenfalls zu falsifizieren.

melfennig und Campbell beschriebenen Differenzen von sprachlichem Vorder- und kognitivem Hintergrund: *So lässt sich erwarten, dass erstens normative Ideen eher im Vorder- als im Hintergrund von Debatten eine Rolle spielen, also tendenziell Rhetorik sind, während zweitens analytische Ideen zwar im Denken – vor allem von Entscheidern – eine Rolle spielen, aber bei der Legitimierung von Politik im Vordergrund von Debatten eher kaum eine Rolle spielen.*

3.3. Meso-Manifestationen: argumentative Koalitionen

Mit dem Konzept der „Argumentation“ gewinnt man einen ersten Begriff für jenes Sprachgeschehen, dessen Analyse Einblicke in Prozesse der Artikulation bzw. Dekonstruktion von Diskursstrukturen verspricht; „wessen“ Argumentieren hier allerdings beobachtet wird, ist damit aber noch unzureichend bestimmt. Was fehlt, ist ein Konzept für die Akteurkonstellationen öffentlicher Debatten, für die „camps“ im politischen „war of position“ (Laclau/Mouffe 1985: 137). Sie fasst die poststrukturalistische Diskursanalyse im Anschluss an Gramsci unter dem Begriff der „hegemonialen Formation“ (Laclau/Mouffe 1985: 136). Gruppen von Akteuren streben demzufolge nach der Errichtung bzw. dem Erhalt einer Hegemonie ihrer Deutungen und bilden ein soziales Ensemble „of empirical given agents“ (Laclau/Mouffe 1985: 143). Diese Differenzierung hegemonialer Projekte auf der Ebene politischer Akteure und der ihrer Handlungskoordination zugrunde liegenden Deutungsstrukturen erinnert unmittelbar an die einschlägige Policy-Analyse und deren Konzept der „Koalitionen“, das im Folgenden als Mesokonzept einer Diskursanalyse entwickelt werden soll.

3.3.1 Advokativ- und Diskurskoalitionen

Die einschlägige Policy-Analyse kennt eine ganze Reihe von Koalitionskonzepten, keines hat jedoch eine solche Resonanz erfahren wie der von Sabatier und Jenkins-Smith (1999) geprägte Begriff der Advokativkoalitionen (*advocacy coalitions*). Sie definieren Koalitionen als eine Gruppe von Akteuren eines Politikfeldes,

„die gemeinsame normative und kausale Vorstellungen haben und ihre Handlungen oft abstimmen. Jede Koalition wendet zu jedem Zeitpunkt Strategien an, deren Ziel eine oder mehrere institutionelle Innovationen sind, von denen angenommen wird, daß sie den Policy-Zielen förderlich sind“ (Sabatier 1993: 121, vgl. auch Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120).

Gemeinsame Überzeugungen stellen somit bei Sabatier und Jenkins-Smith eine wesentliche Bedingung gemeinsamen Handelns dar. Sie begreifen eine „gemeinsame

Sicht der Dinge“ als wesentlich, um gemeinsame Präferenzen zu formulieren und in Form einer Koalition koordiniert durchzusetzen.

Auch wenn der heuristische Wert des Ansatzes unbestritten ist, weist er entscheidende Defizite auf. So hat sich gezeigt, dass empirische Analysen die Feinanalyse kursierender Deutungen in einem Politikfeld scheuen. Sabatier und Jenkins-Smith (1999: 128) kritisieren entsprechend selbst, dass statt der vielfach behaupteten ein bis drei Koalitionen tatsächlich erheblich mehr zu identifizieren sein sollten. Obgleich Advokativkoalitionen auch über ihr koordiniertes Handeln definiert werden, thematisieren empirische Analysen überdies meist nur die unterschiedlichen „belief-systems“ von Akteuren (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 128, Schlager 1995, Kübler 2001), während der Aspekt der „gemeinsamen Strategien“ der Koalitionäre aus dem Sichtfeld gerät.

Doch was sind diese „gemeinsamen Strategien“, wenn nicht die Versuche, im Rahmen kommunikativer Prozesse Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen? Es liegt nahe, diesbezüglich in solchen Diskursansätzen Lösungsvorschläge zu vermuten, die in der Auseinandersetzung mit ähnlichen Policyansätzen entwickelt wurden. Insbesondere Hajers „argumentativer Diskursansatz“ gibt bereits begrifflich vor, diese Lücke zu schließen – auch wenn Hajer dies so gar nicht zu bemerken scheint und sich rein durch metatheoretische Ausführungen von Sabatier und Jenkins-Smith abzusetzen sucht. Diskursive Bedeutungsstrukturen bilden bei Hajer das wesentliche Mittel zur Analyse von Policydebatten, in deren Verlauf einzelne *Diskurskoalitionen* eine hegemoniale Stellung etablieren bzw. ihren politischen Einfluss zementieren. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet zunächst sein Konzept der „*story lines*“:

„narratives on social reality through which elements from many different domains are combined and that provide actors with a set of symbolic references that suggest a common understanding“ (Hajer 1995: 62).

Im Rückgriff auf diesen Begriff für Diskursstrukturen werden nun bei Hajer aus Advokativkoalitionen „Diskurskoalitionen“:

„In the struggle for discursive hegemony, coalitions are formed among actors (that might perceive their position and interest according to widely different discourses) that, for various reasons (!) are attracted to a specific (set of) story lines. Discourse-coalitions are defined as the ensemble of (1) a set of story-lines; (2) the actors who utter these story-lines; and (3) the practices in which this discursive activity is based“ (Hajer 1995: 65).

Leider fällt Hajers (1995) Konzeption der Diskurskoalitionen angesichts seines minimal entwickelten Analyseinstrumentariums letztlich – trotz berechtigter metatheoretischer Kritik – noch weit hinter den elaborierten Ansatz von Sabatier und Jenkins-Smith zurück. Vor allem da „story line“ als allgemeiner Begriff für Diskursstrukturu-

ren im weitesten Sinne eingeführt wird, bleibt das Begriffssystem – wie so häufig bei Diskursanalysen – auf einer Ebene von Globalkonzepten stehen und die empirische Analyse von den vorangestellten theoretischen Ausführungen weitgehend unberührt.

3.3.2 *Eine argumentationslogische Version des Koalitionskonzepts*

Ich schlage nun vor, ein zu Advokativ- bzw. Diskurskoalitionen analoges Konzept „*argumentativer Koalitionen*“ auf der Ebene sprachlicher Manifestation von Diskursmomenten bzw. -partitionen anzusiedeln. *Argumentative Koalition definiere ich als Set typischer Argumentationen bezüglich bestimmter politischer Positionen, die einem Kreis von Sprechern in einer Debatte zugerechnet werden können.* Der Begriff Koalition weist also in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich *Sprecher in Form gemeinsamer Argumentationen koordinieren.* Koalitionen manifestieren in ihren Argumenten bestimmte Partitionen des Diskurshorizontes, dies macht sie zu „Diskurskoalitionen“ im Sinne Hajers; sie manifestieren diese Partitionen in ihren Argumenten aber notwendigerweise vor dem kognitiven Hintergrund entsprechender „belief-systems“ und dürften damit – ein gewisses Maß an Authentizität vorausgesetzt – auch Advokativkoalitionen im Sinne Sabatiers und Jenkins-Smith sein. Die charakteristischen Argumentationen stellen dabei die wesentlichen „Strategien“ dar, mit denen Advokativkoalitionen laut Sabatier auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen (Sabatier 1993: 121, vgl. auch Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Hier gewinnt das Konzept der Koalition erheblich an analytischem Griff, weil mit einem theoretisch fundierten Begriff von „Argumentation“ gearbeitet werden kann.

Welche Bestandteile von Argumentation definieren nun Identität und Grenzen argumentativer Koalitionen? Argumentative Koalitionen lassen sich zunächst als *Präferenzkoalitionen* spezifizieren. Das Auffinden mindestens einer geteilten Präferenz in Argumenten ist der notwendige Ausgangspunkt jeder Bestimmung argumentativer Koalitionen. Entsprechend ihrer argumentationslogischen Konzeption sind „argumentative Koalitionen“ in erster Linie – und eindeutiger noch als das einschlägige Konzept von Sabatier und Jenkins-Smith – Advokativkoalitionen, denn die vertretene Politik bleibt ihre teleologische Identität. Daraus folgt zwingend – und dies geschieht auch im Hinblick auf die Bestimmung distinkter Koalitionen – dass Koalitionen über „ihre“ Policyinstrumente verfügen, deren Aufnahme in die praktische Regierungspolitik ihr spezifischer Zweck bleibt.

Darüber hinaus scheint es zunächst naheliegend, „argumentativen Koalitionen“ auch in Bezug auf „ihre“ *typischen Gründe* eine Standardform zuzuschreiben, nach der ein *distinkter Kreis von Sprechern* in bestimmten Phasen der Debatte *gemeinsame Präferenzen* formuliert und diese mit einer Reihe *originärer Gründe* stützt. Hier führt die von Habermas übernommene Differenzierung relevanter Gründe zu-

rück auf Sabatiers Kriterium „gemeinsamer normativer und kausaler Vorstellungen“, dass somit in das Kriterium „gemeinsamer normativer und kausaler Gründe“ übersetzt würde. Diese Definition von Koalitionen als „Gründekoalitionen“ ist aber problematisch. So werden bestimmte Politiken in politischen Debatten erfahrungsgemäß immer wieder auch von Vertretern verschiedener ideologischer Lager (etwa Parteien) vertreten, die den politischen Raum im Sinne basaler „Meta-Koalitionen“ strukturieren. Der analytische Mehrwert des Koalitionskonzepts muss sich also gerade darin erweisen, die Vermittlung unterschiedlicher Deutungshorizonte in gemeinsame Präferenzen zu erfassen. Entsprechend sind *Gründe nicht notwendigerweise das Charakteristikum einer Koalition*; sie können vielmehr Konsens zwischen mehreren Koalitionen oder sogar der ganzen Debatte sein – nicht jede Deutung einer Debatte ist umstritten, auch nicht jede, die einen diskursiven Bezug zu umstrittenen Politiken aufweist.

Diese Annahme ist allerdings in Form einer Hypothese einzuschränken, denn es kann die Erwartung formuliert werden, dass unterschiedliche Deutungen – wie sie sich insbesondere in Gründen ausdrücken – alternative Policypositionen erzeugen. Bei Koalitionen, die nicht öffentlich auf „ihre Gründe“ verweisen, stellt sich unmittelbar die Frage nach der Authentizität: Was bringt diese Präferenzkoalitionen hervor, wenn nicht spezifische Interpretationen über Folgen oder normative Angemessenheit der vertretenen bzw. bekämpften Policies? Warum tragen diese Koalitionäre ihre Sicht der Dinge nicht in die Debatte? Die für eine Analyse „argumentativer Koalitionen“ erkenntnisleitenden Fragen lauten also zusammengefasst: Welche Policyaspekte werden in der Debatte miteinander argumentativ, d.h. in Form komplexer Argumentationen verknüpft? Welche Deutungen produzieren welche Präferenzen, d.h. welche Gründe sind der „diskursive Kitt“ von Koalitionen? Welche definieren Sub-Koalitionen, etwa entlang politischer Lager größeren Zuschnitts?

3.3.3 *Dynamik und Stabilität von Koalitionen*

Einen Teil des analytischen Mehrwertes verspricht das Koalitionskonzept durch die Möglichkeit, Thesen der Policyforschung zu übernehmen und die eigene Analyse insbesondere an die umfangreiche Forschung zu Advocacy-Koalitionen anzuschließen. Eine wesentliche und hinsichtlich der Dynamik von Debatten instruktive Hypothese von Sabatier und Jenkins-Smith (1999) lautet, dass sich Koalitionen angesichts neuer „*issues*“ erst finden und stabilisieren müssen:

„In such cases, one might expect an initial situation characterized by great fluidity [...] and] by rather amorphous situations in which almost everyone espouses some ‚motherhood‘ ideal, such as ‚environmental planning‘ or ‚clean air‘. But as information develops concerning the seriousness of the problem, its causes, and the costs of remedying the situation, actors tend to coalesce into distinct coalitions, often around some water-

shed events(s) that clarifies the underlying conflicts“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 136).

Demzufolge bedürfen Akteure also überhaupt erst einmal Informationen und Anlässe, um ihre Positionen soweit zu klären, dass Koalitionen – auch im Sinne argumentativer Koalitionen – trennscharf voneinander abgegrenzt werden können. Wesentliche Anlässe bilden dabei den Beobachtungen Sabatier und Jenkins-Smith (1999: 157) gemäß solche, die Debatten zwischen Akteuren hervorrufen, wie etwa Gesetzgebungsverfahren. Erreichen die Positionen einen gewissen Grad der Ausdifferenzierung, bleiben Koalitionen dem Advocacy-Coalition-Ansatz zufolge relativ stabil – „the line-up of allies and opponents tend to be rather stable over periods of a decade or so“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 129). *Gemäß diesen Vorstellungen lässt sich also erwarten, dass sich die empirisch beobachtbaren Muster im Rahmen der Osterweiterungsdebatte nach einer ersten, kürzeren Phase intensiver Debatte stabilisieren.*

Allerdings wird gerade die bei Sabatier und Jenkins-Smith beschriebene erste „amorphe“ Phase von eher unspezifisch und normativ aufgeladenen Argumenten charakterisiert, die dann im Verlauf der postulierten Ausdifferenzierung in alternative Koalitionen durch konkretere Argumente über die spezifischen Wirkungen von Politik verdrängt werden. Dies entspricht keinesfalls der neo-liberalen Sicht auf gesellschaftliche Koalitionen bei außenpolitischen Themen, der zufolge Koalitionen letztlich nur auf Interessen, nicht jedoch auf Normen gründen. Vielmehr *verlagert sich der Fokus der Auseinandersetzung demgemäß von der Diskussion normativer Verantwortlichkeiten auf analytische Konsequenzerwartungen, die Nutzen und Kosten spezifizieren und damit Verteilungsfragen aufwerfen.* Selbst wenn eine erste Phase hoher Einigkeit hinsichtlich der normativen Pflicht für eine Osterweiterung zu beobachten sein sollte, lässt sich demgemäß erwarten, dass – sofern die Konflikte um konkrete Interessen zunehmen – eine Ausdifferenzierung von Koalitionen gemäß „alternativer Interessen“ für die Debatte charakteristisch sein sollte.

Diesbezüglich hat Schlager (1995) auf der Grundlage eines rationalistischen Handlungsmodells argumentiert, Koalitionen könnten nur angesichts egozentrischer Interessendefinitionen stabil bleiben (vgl. allerdings Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 138-41). Folgt man der neo-liberalen Argumentation, erscheint insbesondere Schlagers Hypothese plausibel, nach der „[c]oalitions are more likely to persist if [...] the major beneficiaries of the benefits that a coalition produces are clearly identified and are members of the coalitions“ (Schlager 1995: 264). *Die Ausdifferenzierung sollte also insbesondere mit einem Bedeutungsgewinn jener Koalitionen einhergehen, die – möglichst eindeutig – auf „eigene“ Interessen verweisen können, während jene Argumente bzw. die sie kennzeichnenden argumentativen Koalitionen gar nicht*

existent bzw. sukzessive an Boden verlieren sollten, die auf altruistische Interessen etwa für die Beitrittsgesellschaften Bezug nehmen.

Schließlich weist die einschlägige Koalitionsanalyse auch darauf hin, dass bereits verschiedenste Formen sozialer Organisation und Netzwerkbildungen bestehen, bevor sich Akteure überhaupt im Sinne eines Systems policybezogener Koalitionäre konfigurieren.

„[I]ndividuals are embedded within social networks, group settings, and more or less formal social organizations [...], these ‘micro-mobilization contexts’ are a significant facilitator for triggering collective action: mobilizations do not have to start from scratch, but can build on ongoing everyday activities producing and reproducing the structure of the group to be mobilized“ (Kübler 2001: 627-8).

Auch mit Blick auf die gesellschaftlichen Debatten über Außen- bzw. Europapolitik ist unmittelbar einsichtig, dass die sich ausdifferenzierenden Koalitionen keinesfalls unabhängig von bereits vorhandenen Differenzierungen des politischen Raums vollziehen sollten. D.h. es wird im Rahmen der empirischen Analyse insbesondere davon ausgegangen, dass sich Koalitionen eher entlang parteipolitischer Lager konstituieren und sich vor allem die im Parlament vertretenen Fraktionen gemäß ihrer Einbindung in Regierungs- bzw. Oppositionslager argumentativen Koalitionen zurechnen lassen. Es ist zu erwarten, dass sich policyspezifische Koalitionen eher entlang institutionalisierter Konfliktlinien und Interessenlagen bilden als quer dazu.

3.4. Makro-Manifestationen: öffentliche Debatten

Wie lässt sich nun der komplexe Austauschprozess von Argumenten fassen, in dem sich Meinungen und Koalitionen bilden und gesellschaftliche Deutungskonflikte über europapolitische Themen wie die Osterweiterung ausgetragen werden? Diese Frage verweist die Analyse an eine Soziologie der *Öffentlichkeit(en)* moderner Gesellschaften, mit deren Hilfe im Folgenden *Foren* gesellschaftlicher Kommunikation skizziert und von *Debatten* inhaltlich bestimmten Sprachgeschehens differenziert werden. Es sind schließlich wesentliche Mechanismen politischer Meinungsbildung als Arbeitshypothesen zu skizzieren und europapolitisch relevante Arenen zu identifizieren, die die empirische Analyse fokussieren kann. Der Abschnitt reflektiert damit die öffentlichkeitssoziologischen Grundlagen der empirischen Analyse in Teil II.

3.4.1 *Öffentlichkeit vs. Foren vs. Debatten*

In der Minimaldefinition charakterisiert „öffentlich“ einen publikumsseitig „offenen“ Kommunikationszusammenhang, eine Situation also, in der „ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann“ (Neid-

hardt 1994: 10). Konferenzen oder Mitgliederversammlungen eines Parteiverbandes sind in dieser Perspektive also nur bedingt „öffentlich“, wie auch die von Habermas zum historischen Urgestein bürgerlicher Öffentlichkeit zählenden Lesezirkel und Gesprächskreise, denn sie stehen keinesfalls allen Menschen offen (Habermas 1962). Der Gebrauch des Begriffs „Öffentlichkeit“ im Singular reflektiert entsprechend ein sozialwissenschaftliches Artefakt mit hohem Abstraktionsgrad, denn die Imperative funktional differenzierter Gesellschaften führen dazu, dass sich moderne Öffentlichkeit als kommunikatives Netzwerk notwendigerweise

„nach Kommunikationsdichte, Organisationskomplexität und Reichweite nach Ebenen differenziert – von der *episodischen* Kneipen-, Kaffeehaus- oder Straßenöffentlichkeit über die *veranstaltete* Präsenzöffentlichkeit [...] bis zu den *abstrakten*, über Massenmedien hergestellten Öffentlichkeiten von vereinzelt und global verstreuten Lesern, Zuhörern und Zuschauern. [...] Soziale Binnengrenzen zerstückeln den einen, radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text 'der' Öffentlichkeit in beliebig kleine Texte, für die dann alles übrige Kontext ist“ (Habermas 1992: 451-2, Hervorhebung im Original).

Der Sinn eines Konzepts von „Öffentlichkeit“ im Singular knüpft sich jedoch genau an diese Vorstellung einer funktional differenzierten Gesellschaft, in der *Öffentlichkeit* als komplexes „kommunikatives Netzwerk“ bestimmte Leistungen für die Gesellschaft erbringt und letztlich doch weitgehend alle ihre Mitglieder erfasst. Eine erste liegt in der Selbstverständigung über Probleme, denn im komplexen System „Öffentlichkeit“ werden „Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten“ (Habermas 1992: 436). „Laienorientierung“ der Kommunikation wird dabei zu ihrer funktional bedingten Sinnrationalität, denn nur so kann sie diesem Anspruch – der „Herstellung von Allgemeinheit“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 19) von Meinungen und Problemsichten – tatsächlich effektiv nachkommen. Die „Sinnorientierung“ auf die „Herstellung von Allgemeinheit“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 19) bedeutet dabei gegebenenfalls nichts anderes, als dass die „Macher“ von Zeitungen und Sendern, aber auch wesentliche Akteure wie Politiker und Experten aus zweckrationalen bzw. dezidiert kommerziellen Gründen Themen von allgemeinem Interesse selektieren und durch allgemeinverständliche Darstellung als Produkt präsentieren (Gerhards/Neidhardt 1990: 18). Gerade die Massenmedien machen Öffentlichkeit dabei „zu einer dauerhaft bestimmenden Größe“ und verständlich, warum sich die entsprechende Forschung in Theorie und Praxis im Wesentlichen als „Massenmedienforschung“ ausprägt (Neidhardt 1994: 10).

In ihr differenzieren sich die Rollen von professionellen Medienakteuren in der „Arena“ und dem anonymen Publikum auf der „Galerie“ am weitgehendsten aus und institutionalisieren Kommunikationsprozesse breitenwirksam. Der von Neidhardt und Kollegen (1993: 12, Ferree et al. 2002: 9-13) geprägten Metapher folgend, be-

zeichnen „Foren“ dabei im Folgenden institutionell verfestigte Produktions- und Rezeptionsbeziehungen von Arenaakteuren und Publikum.²⁶ Sie begünstigen die gesellschaftliche Meinungsbildung zu einzelnen Themen, so die Annahme, weil sie die soziale Kontinuität der Kommunikation absichern. SPD-Parteitage oder der „Weserkurier“ bilden durch die Kontinuität von Funktionären und Delegierten bzw. Redaktion und Stammleserschaft solche sozialen Orte stabiler Kommunikationsbeziehungen. An ihnen laufen meist eine Reihe thematischer Debatten parallel ab, die hiervon analytisch zu differenzieren sind. Im Rahmen fachwissenschaftlicher Publikationen beispielsweise lassen sich sehr wohl verschiedene Debatten über Literaturverweise in Fußnoten nachweisen (Titschler et al. 1999: 61-70), diese – und dies spricht wiederum für die Notwendigkeit eines zusätzlichen Begriffs – verlaufen über verschiedene Periodika hinweg, integrieren also den Diskussions- und Wissensfluss unabhängig von Orten und Diskursen. Als „Debatten“ lassen sich darum Kommunikationsprozesse bezeichnen, in deren Verlauf inhaltlich aufeinander bezogene Äußerungen bzw. Textfragmente produziert werden. Dabei frequentieren Sprecher und Publikum verschiedene Medien und nehmen zu verschiedenen Fragen Stellung, sind also Teil verschiedener Foren und Debatten und verwischen deren Grenzen.²⁷ In diesem Sinne kann unter Vorbehalt von „der“ Öffentlichkeit gesprochen werden.

3.4.2 Öffentlichkeit im Politikerstellungsprozess

Der analytische Sinn von „Öffentlichkeit“ im Singular wird zudem verständlich, wenn man die zweite, wesentliche Funktion in den Blick nimmt, die die einschlägigen soziologischen Entwürfe Öffentlichkeit als gesellschaftlichem Subsystem zu-

²⁶ Der Begriff des Forums oszilliert in der Literatur: Während er einmal eher Züge trägt, welche das Vorhandensein *fester Rezeptionsbeziehungen zwischen Publikum und Institutionen* bzw. *Medien* meinen, ist er an anderer Stelle für *themenbezogene* Debatten reserviert, die sich entlang einzelner Problemstellungen entzünden und nach deren partieller Lösung oder bei Scheitern der Kommunikation wieder beruhigen (vgl. Peters 1993). Bei Neidhardt und Gerhards selbst wird der Begriff abwechselnd in der einen oder anderen Bedeutung gebraucht: So schreiben sie einmal, es hinge „von dem spezifischen Thema ab, welche Foren in einem öffentlichen Diskurs involviert“ sind und sprechen in diesem Zusammenhang von „Medizinern, Juristen, in Parteien, Kirchen, sozialen Bewegungen [...] und schließlich in den Massenmedien“ als jeweils unterschiedlichen Foren (Neidhardt et al. 1993: 12). An anderer Stelle sprechen sie hingegen von „Foren öffentlicher Kommunikation, die sich zu bestimmten Themen bilden und je nach Konjunkturverlauf der Themen mehr oder weniger lang existieren“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 26).

²⁷ Vgl. demgegenüber die Konzeption von Debattentext als "Abfolgen thematisch einheitlicher Diskursfragmente" bei Jäger (1993: 183), die sich gegenseitig verschlingen können, d.h. einander stützen. Die Zuordnung von Textfragmenten einer Debatte zu einzelnen Diskursen bzw. Diskurssträngen wird dagegen bei mir als Hypothese formuliert: Text und Diskurs stehen hier im Verhältnis von Indikator und Konzept, Text ist nicht Diskurs.

schreiben: die Kontrolle politisch-administrativer Entscheidungsprozesse und Eliten. In dieser Perspektive ist politisch bedeutsame Öffentlichkeit „in der Topographie der Gesellschaft [...] im Vorhof der Macht platziert“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 11) und bildet ein „intermediäres System“ zwischen dem politischen System im engeren Sinne und der Zivilgesellschaft. Im politischen „Zentrum“ (Peters 1993) von Regierung, Verwaltung, Justiz, Parlament und Parteien werden Entscheidungen zugespitzt und gefällt, doch kontrolliert das Zentrum „die Richtung und die Dynamik dieser Prozesse nur in begrenztem Maße“ (Peters 1993: 340). Verantwortlich hierfür sind jene Agenturen an seiner Peripherie, die In- und Output des Zentrums in bzw. aus der Gesellschaft vermitteln. An seiner äußeren Peripherie werden die verschiedenen Verbände und Vereinigungen verortet, die sich z.T. eher als „Abnehmer“ des Zentrums²⁸ bezeichnen lassen, weil sie bei der Implementation beteiligt sind bzw. eher „Zulieferer“ darstellen, weil sie als politisch agierende Organisationen gesellschaftliche Ansprüche ins System vermitteln helfen oder als kulturelle oder religiöse Einrichtungen an deren Formulierung maßgeblich beteiligt sind. Eine Diskursforschung im Feld der Internationalen Beziehungen muss hier natürlich zum einen der internationalen Ebene Rechnung tragen. Demgemäß dupliziert sich der hier lediglich als einfacher Zirkel formulierte Politikerherstellungsprozess im Sinne eines Mehrebenen- bzw. Mehrzirkelprozesses (vgl. auch Schmidt 2002). Darüber hinaus rücken aber auch transnationale Akteure ins Blickfeld, die zuweilen als Aktivisten „auf fremdem Boden“ in Debatten eingreifen bzw. als Experten um Stellungnahme gebeten werden (Peters 1998).

Politische Öffentlichkeit entsteht nun im Rahmen öffentlichkeitssoziologischer Systematiken, wie von Peters (1993, 1994), Habermas (1992) entwickelt, oder auch in der systemtheoretischen Version von Gerhards und Neidhardt (1990) im Wesentlichen zwischen den Bürgern als Publikum und Peripherie an der Inputseite des Zentrums. Bei Habermas funktioniert politische Öffentlichkeit in massenmedialen Foren als innenpolitisches „Warnsystem“, das „als Resonanzboden für Probleme“ fungiert, die „vom politischen System gelöst werden müssen, weil sie andernorts nicht gelöst werden“ (Habermas 1992: 435). Die Orientierungsfunktion kann einer außenpolitischen Öffentlichkeit ebenfalls, wenn auch nicht in identischer Weise, zugesprochen werden, sofern außenpolitisch lösbare Probleme meist die eigene Bevölkerung nicht oder zumindest noch nicht direkt interessieren. Gleichwohl gewinnen auch außenpo-

28

Gerhards (1993) spricht irreführender Weise von "Outputseite der Peripherie", was allerdings insofern missverständlich ist, als man intuitiv annehmen sollte, die Peripherie hätte hier einen Output. Das ist aber nicht gemeint, sondern es geht hier um den Output des Zentrums, der in einer korporatistischen Praxis mit Verbänden der Peripherie – als deren Input – koordiniert verarbeitet wird.

litische Debatten augenscheinlich an Dynamik, sofern sie Probleme fokussieren, seien es humanitäre Katastrophen (Bosso 1989, Livingston/Eachus 1995, Robinson 2003) oder Menschenrechtsverletzungen (Risse et al. 2002). *Hier „Betroffenheit“ zu konstruieren – sei es durch moralisch begründete „Verantwortlichkeit“, sei es durch ein Herausarbeiten „eigener Interessen“ des Publikums – so meine Annahme, ist die wesentliche Hürde, die (auch) außenpolitische Debatten zu nehmen haben, um einflussreich zu werden.*

Diesbezüglich verweist Habermas auf die von Peters (1993: 344-7) formulierten Modi des Problemverarbeitungsprozesses: Im ersten „*Routinemodus*“ läuft der Politikherstellungsprozess im Wesentlichen entlang standardisierter Routinen ab, deren Lebenszyklen ein „System von Definitionsregeln, Verarbeitungsmechanismen und institutionellen Schleusen reguliert“ (Peters 1993: 346). Im Sinne eines einfachen Lernens werden diesem Modus wohl inkrementale Anpassungen vor allem der Mittel nach einem Routinemodus zugerechnet, allerdings betont Peters ausdrücklich, dass „marginale Änderungen zu Spannungen im System und Entwicklungsschwellen führen, die den Problemmodus politischer Kommunikation aktivieren“ (Peters 1993: 347). Dieser zweite „*Problemmodus*“ überlagert nun Peters zufolge den Routinemodus nur dann, wenn entweder neue Probleme auftauchen, deren Lösung im Rahmen etablierter Politikprogramme nicht möglich erscheint, oder auch einfach eine Veränderung sozialer Wertmaßstäbe und Zielsetzungen diese Programme problematisch macht (Peters 1993: 348). Dieser Problemmodus aktiviert typischerweise spezialisierte Foren wie Parlament, wissenschaftliche oder politische Publizistik, deren Konflikte über alternative Deutungen aber meist nur ausnahmsweise massenmediale Aufmerksamkeit erzeugen. Nur in Ausnahmefällen werden Medien für Akteure als Mittel zur Legitimierung interessant und nur, wenn diese deren Argumenten und Appellen Nachrichtenwert beimessen, lassen sie eine solche Instrumentalisierung zu (vgl. auch Robinson 2003).

Sofern entsprechende Aktivierungsprozesse unterschiedlicher Foren nicht Gegenstand der folgenden Analyse sind, kann auf eine weitere Systematisierung verzichtet werden. Gleichwohl legen diese Überlegungen nahe, sich für die Analyse auf *dezidiert europapolitische Foren* zu konzentrieren. Im Falle der Osterweiterungsdebatte handelt es sich nämlich um einen Prozess, der eine Mittelposition zwischen „Normal-“ und „Problemmodus“ markiert, und zwar insofern, als er augenscheinlich relativ selten auf dem Schirm einer breiteren Massenöffentlichkeit erschien, auf der anderen Seite aber wiederum so bedeutsam ist, dass er bestimmten, eher einem Elitenpublikum verpflichteten Massenmedien immer wieder Berichte oder Kommentare wert ist. Die empirische Analyse wird sich darum auf überregionale Tageszeitungen mit dezidiert „außenpolitischem Profil“ und Plenardebatten konzentrieren (vgl. Abschnitt 4.2).

3.4.3 Authentizität und Innovation

Es ist dies aber nicht nur eine Frage des „Wo“, sondern hieran knüpfen sich verschiedene Fragen bzw. gängige Thesen über das „Wie“ von Kommunikation. Anknüpfen lässt sich hier zum einen an die Frage nach der Authentizität solcher Debatten bzw. ihrer Akteure. Schließlich hat etwa Hellmann (1996) ganz im Sinne der Vorstellungen von Habermas (1992) die These formuliert, dass außenpolitische Sprecher der Peripherie – Experten aus Universitäten, Medien und „*think tanks*“ – offener über ihre außenpolitischen Vorstellungen reden könnten als die politischen Entscheider selbst (Hellmann 1996: 4-5). Ihre Argumente erscheinen also eher das Kriterium „Authentizität“ zu erfüllen, da sie ihr Handeln weniger auf die strategischen Imperative von Wiederwahl oder Fraktionsdisziplin etc. ausrichten müssen, sondern eher an ehrlicher Verständigung orientiert sind. Dagegen hat allerdings Gerhards (1997) argumentiert, dass diese Hoffnungen unbegründet sind und sich durch empirische Analysen nicht stützen lassen. *Meine Erwartung ist hier entsprechend, dass es keine systematischen Hinweise darauf gibt, dass Akteure der Peripherie „authentischer“ argumentieren.* Auch wenn sie nicht über ihre Wiederwahl nachdenken müssen, so sind sie doch auf die eine oder andere Weise an einer strategischen Kommunikation interessiert – sei es aus kommerziellen Gründen oder auch nur hehrer Ziele wegen wie einer europäischen „Friedensordnung“.

Darüber hinaus wird gemeinhin unterstellt, dass die Initiative und Definitionsmacht von Außenpolitik nach wie vor weitgehend bei der Exekutive liegt (Karl/Krause 1978: 61-63, 284, Pfetsch 1993: 22-40) – eine Interpretation, die gerade im Rekurs auf die „Schnittstellenfunktion“ im neo-liberalen Mehrebenenmodell plausibel erscheint, sofern Regierungen die wesentlichen „Fokalfunkte“ setzen müssen, um gesellschaftliche Ansprüche und internationale Handlungsmöglichkeiten miteinander in Einklang zu bringen. Allerdings geht etwa Majone (1989) mit Blick auf andere Policybereiche davon aus, dass auch gesellschaftliche Akteure in der Lage sind, Politikalternativen auszuformulieren (Majone 1989: 161). Die der Gesellschaft damit zugewiesene Rolle als „*locus of conceptual innovation*“ wird allerdings auf Experten bzw. Lobbyisten als Mitglieder einer dauerhaft vernetzten „*policy community*“ eingeschränkt. Demgegenüber sind massenmediale Debatten für ihn der Rahmen, in den sich die Lebensfähigkeit der durch die „*policy community*“ vorselektierten Alternativen im demokratischen Prozess erst erweisen muss (Majone 1989: 166). Entsprechend wird ihnen auch von anderen Autoren nur eine Indikatorfunktion in dem Sinne zugeschrieben, dass politische Entscheider Zeitungen oder das Fernsehen nicht rezipieren, um Denkanstöße zu erhalten, sondern die Zustimmung zu Vorschlägen oder Ereignissen durch die Bevölkerung bzw. jener die politische Öffentlichkeit im engeren Sinne konstituierenden „Interessierten“ abzuschätzen (zu-

sammenfassend Fuchs/Pfetsch 1996). Glaubt man den Umfrageergebnissen von Wittkämper und Kollegen (1992: 161-2), entspricht dies im Übrigen der Selbstwahrnehmung außenpolitischer Eliten. *Entsprechend lässt sich also als These formulieren, dass auch im Falle der Osterweiterungsdebatte die Vertreter von Regierung und gegebenenfalls zentrumsnahe Akteure des Politikfeldes wesentliche Politiken definieren und langfristige Trends bei der Neustrukturierung außenpolitischer Diskurse setzen sollten. Gerade hier sollten sich Handlungsalternativen und Interpretationen sprachlich manifestieren, bevor sie in peripheren Foren auftauchen.*

3.5. Zusammenfassung: Analyseebenen und Hypothesen

Die vorangegangene Diskussion entspann sich entlang einer Reihe z.T. wissenschaftshistorisch weit auseinander liegender Ansätze und Theoriestücke. Abschließend sollen die referierten Konzepte zusammengetragen und in eine umfassende Systematik eingearbeitet werden. Drei Differenzierungen bilden den Ausgangspunkt dieser Systematik: Erstens die in Kapitel 3 eingeführte Unterscheidung von Diskurs und Manifestationen, zweitens die Unterscheidung von sprachlichem Vordergrund und kognitivem Hintergrund sowie drittens die Einteilung in alternative Analyseebenen (Mikro-, Meso- und Makroebene). Der Analyse liegt schließlich eine Reihe von Fragen, Annahmen und Hypothesen zugrunde, die anschließend zusammengefasst werden, bevor das nächste Kapitel dann das methodische Vorgehen vor dieser Folie vorstellt und diskutiert.

3.5.1 Synopse

Erste Differenzierung: Diskurs versus Manifestationen. Wie argumentiert, bildet ein poststrukturalistisches Verständnis von Diskurs meinen Ausgangspunkt. Der Begriff verweist allgemein auf dezentrierte Strukturen von Bedeutung und bleibt damit letztlich immer alternativen Versionen wie „Kultur“ oder „Lebenswelt“ aufs Engste verwandt. Diskursive Strukturen werden etwa dort greifbar, wo sie sich als „*signifying sequences*“ bedeutungsgeladener Handlungsprodukte wie Laute, Texte oder Bilder manifestieren. Nur im Rekurs auf derartige Manifestationen sind sie empirisch zu beschreiben, dennoch gehört es zu den wesentlichen Aporien von Diskursanalysen, dass sie die *Differenzierung von latentem Diskurs und den verschiedenen mehr oder weniger konkret beobachtbaren Manifestationen* nicht aufrechterhalten. Dies wird dort problematisch, wo Differenzen zwischen unterschiedlichen Manifestationen zum Analysegegenstand werden, etwa bei der Frage strategischer oder authentischer Kommunikation.

Zweite Differenzierung: kognitive und sprachliche Manifestationen. Die Diskursanalyse beschäftigt sich im Allgemeinen mit Text, also sprachlich vermittelter Kommunikation als einer zentralen Form, in der sich diskursive Deutungsstrukturen manifestieren und greifbar werden. Dieser Logik folgt auch meine Analyse, sofern sie den „*sprachlichen Vordergrund*“ zu ihrem Dreh- und Angelpunkt macht, also den des sozialen (und nicht individuell-kognitiven) Deutungsgeschehens. In deren weiterem Verlauf wird jedoch eine zweite Form aufgegriffen, wie sie für die handlungstheoretische Konzeption von Kommunikation von Bedeutung ist: die kognitive Ebene von Textproduktion und -rezeption. Wo argumentative Prozesse hinsichtlich der handlungstheoretischen Kategorien „Rhetorik“ oder „Authentizität“ analysiert werden sollen, ist ein Rekurs auf den „*kognitiven Hintergrund*“ – wie noch zu zeigen sein wird, auch methodisch – unumgänglich und für die einschlägigen Handlungskonzepte konstitutiv. Dass es sich hierbei um einen für Diskursanalysen mindestens fremden Gegenstandsbereich handelt, ist ebenso unstrittig wie fatal, sofern wesentliche Fragen der Diskursanalyse, wie die Rekonstruktion von Diskursmomenten als Ergebnis diskursiver Interventionen, handlungstheoretisch nicht fundiert werden können. Dieses Problem zu lösen, gelang im Rekurs auf die hermeneutische Sprechaktanalyse und Habermas' Theorie kommunikativen Handelns.

Beiden Manifestationsformen steht der *Diskurs* als latente Ebene von jeweils transportierter Bedeutung gegenüber. Die Möglichkeit von *Differenzen zwischen sprachlichem Vordergrund und kognitivem Hintergrund* zeigt an, dass es hierbei keinesfalls um das strukturalistische Postulat eines vollständigen Systems „zentrierter“ Deutungsstrukturen geht. Alternative Deutungen im Rahmen eines Diskurses geben nicht nur die Möglichkeit, sich sprachlich von anderen Akteuren abweichend zu positionieren, sondern auch Argumente öffentlich als legitim zu vertreten, deren Legitimität man aber tatsächlich selbst gar nicht anerkennt. So können Konsequenzen politischen Handelns als wahrscheinlich formuliert werden, obgleich man sie selbst gar nicht für wahrscheinlich hält. Gleiches gilt für Normen, deren Richtigkeit man postuliert, selbst aber nicht anerkennt, etc. Hier laufen Brüche in Diskursen zwischen dem „*sprachlichem Vordergrund*“ und „*kognitivem Hintergrund*“ einzelner Akteure, Koalitionen oder ganzer Debatten.²⁹

²⁹ Theoretisch sind die angesprochenen Manifestationsformen natürlich weiter zu differenzieren: So können Textsorten oder Sprechformen weiter unterschieden werden etwa im Rekurs auf linguistische Genreddefinitionen und ihre spezifischen Regeln. Auch die mentalen Prozesse laufen ggf. auf unterschiedlichen Ebenen von Bewusstheit oder Bereichen von Gedächtnis ab. Schließlich gibt es grundsätzlich mehr als zwei Manifestationsformen, denn neben Sprache und Kognition können natürlich nicht-sprachliche Kommunikationsformen diskutiert werden oder nicht-kommunikatives Handeln. Die Auswahl rechtfertigt sich meines Erachtens aber im Hinblick auf die politischen Debatten, die Gegenstand der Analyse sein sollen.

Dritte Differenzierung: Makro-, Meso-, Mikroebene. Bereits im Verlauf der theoretischen Kapitel und zuletzt in der vorangegangenen Begründung der ersten Differenzierung wurde auf mehrere Analyseebenen Bezug genommen, sofern individuelles Handeln, Akteurskoalitionen und schließlich sogar Foren und Debatten zum Thema wurden. Es bietet sich an, diese Analysegegenstände im Rekurs auf die einschlägige Differenzierung in Makro-, Meso- und Mikroebene zu systematisieren.

Makroebene: Der Begriff „Diskurs“ bezeichnet im Folgenden das größtmögliche Ensemble von Bedeutungsmustern, das begrifflich sinnvoll gefasst und in Beziehung gesetzt werden kann – „a relational totality of signifying sequences that together constitute a more or less coherent framework of what can be said and done“ (Torfing 1999: 300). Ich gebrauche den Diskursbegriff in diesem Sinn als Makrokonzept und Ausdruck des maximalen *Horizontes* – maximal insofern, als er die Grenzen des Denkbaren im Rahmen einer konkreten Debatte beschreibt (vgl. den äquivalenten Begriff des „*concour*“ bei Dryzek/Berejikian 1993). Die Grenzen dieses Horizonts bleiben letzten Endes eine Arbeitshypothese, deren Sinn sich an der Brauchbarkeit der sich daraus entwickelnden Analyse ergeben muss. Sie sind sinnvoll, sofern auf Meso- und Mikroebene Substrukturen von Deutungen konturiert herausgearbeitet werden können und die Analyse damit insgesamt zum Verständnis eines politischen Prozesses beiträgt. Als Bedeutungshorizont sind Diskurse vor allem durch andere, etwa gesellschaftspolitisch insgesamt bedeutsame Diskurse, partitioniert, ein Sachverhalt, den ich aber auf der Mesoebene verorten möchte.

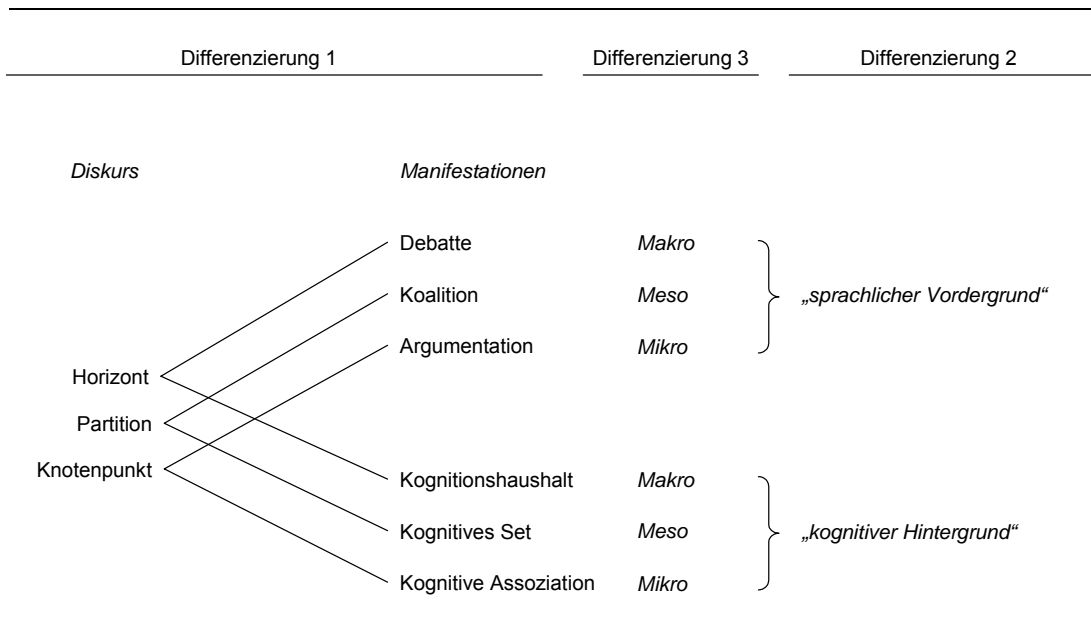
Auf der Ebene des sprachlichen Vordergrundes manifestiert sich der Diskurs – so die Annahme – in Form mehr oder weniger kohärenter *Debatten*. Als Debatten lassen sich öffentliche Kommunikationsprozesse bezeichnen, in deren Verlauf aufeinander bezogene Äußerungen bzw. Textfragmente produziert werden. Diese sind notwendigerweise thematisch strukturiert und manifestieren, reproduzieren bzw. verändern die Deutungsangebote einzelner oder mehrerer Diskurse, sind aber nicht mit diesen gleichzusetzen, weil „Debatte“ das Geflecht kommunikativer Praxis und nicht dessen Inhalt bezeichnen soll. Während es leicht fällt, ein Makrokonzept für den sprachlichen Vordergrund anzugeben, ist es für den stark individualistisch geprägten Bereich kognitiver Ansätze eher unüblich, auf ein einziges, übergreifendes Makrophänomen zu rekurrieren. Als Aggregat mentaler Zustände lässt sich ein allgemeiner Begriff von *Kognitionshaushalt* in einem vergleichbaren Sinn definieren. Um Missverständnisse zu vermeiden, werde ich jedoch jeweils der Einfachheit halber vom „*kognitiven Hintergrund der Osterweiterungsdebatte*“ sprechen.

Mesoebene: Auf der Mesoebene werden zum einen unterschiedliche Partitionen des diskursiven Bedeutungshorizonts verortet, die dadurch entstehen, dass verschiedene Diskurse zur Produktion einzelner Positionen herangezogen werden. So wie beispielsweise der Bedeutungshorizont der Wohlfahrtsstaatsdebatte durch Sozialde-

mokratie oder Neo-Liberalismus unterschiedlich partitioniert zu sein scheint, kann erwartet werden, dass auch Positionen der Osterweiterungsdebatte durch unterschiedliche Diskurse produziert werden. Auf der Mesoebene werden auch jene Konzepte verortet, die die Makrophänomene Debatte und Kognition in kleinere Einheiten oberhalb einzelner Individuen bzw. Akteure zerlegen. Dies ist der wesentliche Ansatzpunkt sowohl bei Sabatiers (Sabatier/Smith-Jenkins 1999) wie Hajers (1995) Begriff von Advocacy- bzw. Diskurskoalitionen. Es geht jeweils darum, politische Auseinandersetzungen auf einer Zwischenebene zu verstehen bzw. zu erklären, die das Feld der Akteure in widerstreitende Koalitionen aufbricht, aber dabei stets die Akteure als Analyseeinheit intakt lässt. Entsprechend lassen sich Akteure hinsichtlich ihrer unterschiedlichen *Sets von Kognitionen* und der von ihnen in einer Debatte produzierten Argumente differenzieren. Die typischen Argumentationsmuster bestimmter Sprecher sind wesentliches Definitionskriterium argumentativer *Koalitionen* als dem Set von Sprechern, denen typische Argumentationen im Rahmen einer Debatte empirisch zugerechnet werden können.

Mikroebene: Der Mikroebene lassen sich schließlich jene Konzepte zuordnen, die auf der Mesoebene zu beobachtende Strukturen weiter zerlegen. Diskurse bzw. ihre Partitionen bauen sich diesbezüglich aus verschiedenen *Diskursmomenten* als ihren kleinsten analytisch fassbaren Einheiten auf, die gegebenenfalls als *Knotenpunkte* in der Analyse auftauchen. Die wesentliche Differenzierung und Kategorisierung von Diskursmomenten erfolgt im Rahmen meiner Analyse entlang soziologischer Grundkategorien wie Normen, Kausalannahmen und Gemeinschaftlichkeit. Die Konzentration auf diese Grundkategorien dient als *via media* zwischen Diskursanalyse, Ideenforschung und hermeneutischer Sprechaktanalyse, denn sie macht es möglich, *Argumentationen* und *kognitive Assoziationen* als Ausdruck („Manifestationen“) von Diskursmomenten zu begreifen. Abbildung 3.1 fasst das hier entfaltete Begriffssystem zusammen.

Abb. 3.1: Begriffssystem



3.5.2 Fragen und Annahmen

Auf der Basis dieser Systematik konzentriert sich die Analyse auf die deutsche Debatte über die Osterweiterung der Europäischen Union und fragt nach den „ideellen“ Grundlagen dieses Prozesses. Wie und durch wen werden außen- und europapolitisch bedeutsame „Interessen“ öffentlich definiert? Welche Rolle spielen einzelne Ideenkategorien wie Werte, Normen, Identitäten und analytische Paradigmen bei der öffentlichen Willensbildung? Mit welchen rhetorischen Strategien versuchen Akteure Einfluss zu nehmen? In welchen Konfigurationen treten Sprecher und Ideen auf? Wie lässt sich die Dynamik dieses Prozesses über die Jahre verstehen? Mit diesem Set von Ausgangsfragen sucht die Analyse keine vollständige Erklärung deutscher Regierungspolitik in der Erweiterungsfrage oder gar eine Partialerklärung europäischer Entscheidungen. Ihr bleibt die europäische Ebene „Kontext“, sofern Sprecher auch vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungen Stellungnahmen abgeben bzw. selbst in Debatten europäischer Arenen eingebunden sind und von dort Sichtweisen und Handlungskalküle in die deutsche Debatte einfließen lassen. Sie beschränkt sich auf die Beschreibung öffentlicher Stellungnahmen hinsichtlich einzelner Kategorien von Ideen, denen vor der Folie des Fachs Internationale Beziehungen und seiner theoretischen Diskussionen Relevanz zugesprochen wird.

In der Folge einer konstruktivistisch gewendeten Außen- bzw. Europapolitikanalyse wird Regierungshandeln damit als Resultante gesellschaftlicher Deutungs- bzw.

Legitimierungsressourcen verstanden. Dies Postulat begründet die Relevanz einer solchen Analyse öffentlicher Debatten und liegt ihr als erste substantielle *Annahme* zugrunde. In deren Folge wird erstens davon ausgegangen, dass Regierungsakteure selbst durch gesellschaftlich virulente Diskurse geprägt sind. Zweitens müssen sie sich in gesellschaftliche Debatten einschalten, um für ihre Positionen Legitimität zu erzeugen und ihre kurzfristigen wie langfristigen Machtressourcen zu sichern. Grundsätzlich wird hierbei unterstellt, dass Sprecher versuchen, mit ihren Argumenten Resonanz zu erzeugen und sich deshalb um die diskursive Anschlussfähigkeit der von ihnen formulierten Positionen und Gründe bemühen. Die außenpolitische Positionierung der Regierung im gesellschaftlichen Raum wird somit als Versuch verstanden, einen gesellschaftlichen Konsens im eigenen Sinne herzustellen – etwa um ihre internationale Handlungsfähigkeit zu sichern. Mit dieser Perspektive auf den politischen Prozess setzt die Analyse dann am sprachlichen Vordergrund – der gesellschaftlichen „Debatte“ im engeren Sinne – an, der als Manifestation verschiedener Diskurspartitionen bzw. ihrer typischen Knotenpunkte und Koalitionen beschrieben wird. Sie zu bestimmen und in ihrer Dynamik zu verstehen, ist das erste wesentliche Erkenntnisinteresse der Analyse. Durch die Kombination mit Einstellungsdaten wird schließlich versucht, einen Zugriff auf den „kognitiven Hintergrund“ zu gewinnen – das nächste, vierte Kapitel diskutiert diese Kombination aus Text- und Einstellungsanalyse.

3.5.3 Hypothesen

Welche Erwartungen liegen der empirischen Analyse als *Hypothesen* zugrunde? In Bezug auf welche theoretischen Generalisierungen beansprucht die Analyse einen *politikwissenschaftlichen Mehrwert* jenseits des konkreten Falls „Osterweiterungsdebatte“?

1. Ideen: Ein erstes Set von Erwartungen knüpft sich an die Verwendung alternativer Ideen. Hier geht es erstens darum genau zu bestimmen, welche *Normen* für die Legitimierung bestimmter Positionen in der Erweiterungsfrage argumentativ einbezogen werden. Um Erweiterungspolitik im gesellschaftlichen Raum zu legitimieren, schließen normative Argumentationen, so die Erwartung, an den geteilten Horizont gesellschaftlicher Moral- und Identitätsvorstellungen an. Der Forschungsstand ist hier relativ unspezifisch, was den konkreten Gehalt von Normsätzen anbetrifft, die Analyse hat entsprechend stark explorativen Charakter. Als Erwartung liegt der empirischen Analyse des Weiteren zugrunde, dass *konsequenzialistische Argumente* in diesem Bereich die *Wirksamkeit* von Erweiterungspolitik thematisieren, sofern sie die positiven oder negativen *Konsequenzen* einer Erweiterung als Daten behaupten

oder in Frage stellen und damit implizit auf analytische Schlussregeln im Sinne von *Konsequenzrelationen* rekurren, deren Wahrheit sie also behaupten oder in Frage stellen. Meine Erwartung ist dabei, dass basale Zielorientierungen wie „Sicherheit“, „Wohlstand“, „Freiheit“ vorrangig Legitimität erzeugen, weil sie an einen gesellschaftlichen Wertekanon anschließen können. „Ruhm“ und „Macht“ erscheinen, wie schon erwähnt, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte keinesfalls als kulturell anschlussfähige Ziele deutscher Außenpolitik. Wirtschaftliche und politische „Grundinteressen“ legitimieren die Osterweiterungsentscheidung für die deutsche Gesellschaft darüber hinaus, so steht zu vermuten, weil multilateralistische und interdependenztheoretische Paradigmen entsprechende Konsequenzerwartungen begründen. Deren Gehalt genau zu spezifizieren, ist eine wesentliche Aufgabe der Analyse.

Schließlich steht auch zu fragen, welche *Kollektive* im Rahmen konsequenzialistischer Gründe angesprochen werden, d.h., *wessen* Interessen solchermaßen konsequenzialistisch fokussiert werden. Hier steht zum einen zu erwarten, dass der Einbezug einer „europäischen Identität“ die Wahrnehmung relevanter Konsequenzen nachhaltig zugunsten der Beitrittsgesellschaften verändert. Es sollten entsprechend starke Hinweise auszumachen sein, dass Akteure die Konsequenzen für die Beitrittsgesellschaften als „ihre“ Konsequenzen, oder besser: Konsequenzen für ein gemeinsames „Wir“, werten. Auf der anderen Seite bleibt zu klären, inwieweit sich solche Bindungen gegenüber der Definition eines „deutschen Gemeinwohls“ oder gar von Partikularinteressen überhaupt als begründungskräftig erweisen.

Was die zur Stützung eingebrachten *Evidenzen* anbelangt, werden ebenfalls Arbeitshypothesen formuliert: Es sind *historische Narrative* zu erwarten, deren genauere Konzeption ein Ergebnis der empirischen Analyse darstellen soll. Schließlich sind die verschiedenen theoretischen *Paradigmen* skizziert worden, die als Stützungswissen in Argumentationen einfließen könnten (Interdependenzparadigma, Multilateralismusparadigma). Gerade in Form von Evidenzen können Zusatzinformationen im Text erwartet werden, die Diskurse als die relevanten Verweisungszusammenhänge bestimmter Gründe charakterisierbar machen. Es wird sich zeigen müssen, ob bestimmte Argumentationen solchermaßen ausführlich durch Evidenzen angereichert werden oder ob nur durch Entschlüsselung von Implizitem eine Zuordnung einzelner Argumentationen zu komplexen Diskursen möglich wird, eine Problematik, die allerdings zunächst einer methodentheoretischen Diskussion bedarf, die im nächsten Kapitel geleistet wird.

2. *Authentizität*. Ein zweites Set von Erwartungen an das Material knüpft sich an die *Authentizität* der geäußerten Gründe: Im Sinne welcher Handlungslogik bedienen sich Akteure Normen, Identitäten und Konsequenzen in außenpolitischen Debatten?

Aus der Literatur lassen sich diesbezüglich erstens in Bezug auf unterschiedliche Kategorien von Ideen Hypothesen gewinnen. Zum einen wird dort erwartet, dass normative Ideen eher im Vorder- als im Hintergrund von Debatten eine Rolle spielen, also tendenziell unauthentische „Rhetorik“ sind – dies ist zumindest die Sicht der „nicht-konstruktivistischen“ Literatur jenseits des soziologischen Institutionalismus. Im Kontext der Osterweiterung hat v.a. Schimmelfennig (2001, 2003) so argumentiert. Zum anderen sind etwa nach Ansicht von Campbell (1998) analytische Ideen zwar im Denken von Bedeutung, aber unerheblich für die Legitimierung von Politik im Vordergrund von Debatten. Ich gehe dagegen davon aus, dass eine genaue Analyse sowohl zeigen dürfte, dass Normen, Identitäten, wie auch Konsequenzerwartungen substantielle Bestandteile des sprachlichen Vordergrundes sind. Sie reflektieren, so meine weitergehende Erwartung, verbreitete Haltungen einer Gesellschaft, die sie auf diesem Wege reproduzieren. Dies schließt meines Erachtens jedoch keinesfalls aus, dass diese Ideen strategisch gebraucht werden. Ich bleibe entsprechend skeptisch, was die Authentizität des öffentlich Gesagten anbetrifft, ohne diese Skepsis allerdings auf die eine oder andere Kategorie von Ideen zu beschränken. *Meine Erwartung ist vielmehr, dass rhetorische Strategien politische Präferenzen reflektieren. Eine mangelnde Authentizität sollte entsprechend nicht der Verwendung bestimmter Kategorien von Ideen geschuldet sein, wohl aber dem Mangel authentischer Gründe, die Sprechern in einer bestimmten Situation als Ressourcen zur Verfügung stehen.*

Zweitens wurde in der einschlägigen Diskussion auch die Erwartung formuliert, dass zivilgesellschaftlich-periphere Akteure „authentischer“ argumentieren sollten als Vertreter des politischen Zentrums, da Letztere ihr Handeln auf die strategischen Imperative von Wiederwahl oder Fraktionsdisziplin ausrichten. Ich bin da wiederum skeptisch und erwarte keinen systematischen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Standort und Authentizität. *Vielmehr sollte der Bedarf nach strategischer Kommunikation für alle Akteure gleichermaßen dadurch entstehen, dass „gute“ und authentische Gründe knapp werden. Da „Wahrhaftigkeit“ aber als Geltungsgrund allem Sprechen gleichermaßen zugrunde liegt, sollten Politiker wie Journalisten oder andere Akteure der Peripherie in ähnlichem Umfang der Versuchung strategischer Kommunikation erliegen.*

3. *Dynamik*: Ein letztes Set an Hypothesen ließ sich schließlich im Rekurs auf die Literatur gewinnen, die die Dynamik politischer Prozesse im Rekurs auf die Bildung von Akteurskoalitionen und deren Agieren in verschiedenen Arenen thematisiert. Wesentliche Handlungsalternativen und Interpretationen werden demgemäß von den Akteuren des politischen Zentrums formuliert, die damit gesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse maßgeblich vorstrukturieren. Im Rahmen dieser Meinungs-

bildungsprozesse konvergieren Problemdeutungen und politische Präferenzen verschiedener Akteure. Demgemäß sollten argumentative *Koalitionen* über wesentliche Präferenz-, Interessen- und Normbezüge charakterisiert werden – so die Arbeitshypothese. Hier lautet allerdings die alternative Erwartung aus neo-liberaler Perspektive, dass Koalitionen letztlich nur über Interessen und Präferenzen Identität und Handlungsfähigkeit gewinnen und normative Bezüge lediglich nutzen, um ihren interessengeleiteten Positionen situationsbedingt Legitimität zu verleihen. *Selbst wenn eine erste Phase hoher Einigkeit hinsichtlich der normativen Pflicht für eine Osterweiterung zu beobachten sein sollte, lässt sich demgemäß also zum einen vermuten, dass auf Dauer vor allem eine Ausdifferenzierung von Koalitionen gemäß „alternativer Interessen“ für die Debatte charakteristisch sein sollte.* Diese Ausdifferenzierung sollte zum anderen mit einem *Bedeutungsgewinn jener Koalitionen einhergehen, die – möglichst eindeutig – auf „eigene“ Interessen verweisen können, während jene Argumente bzw. die sie kennzeichnenden argumentativen Koalitionen sukzessive an Boden verlieren sollten, die auf altruistische Interessen etwa für die Beitrittsgeellschaften Bezug nehmen.* Diese Differenzierung sollte sich auch entlang (partei-)politischer Lager ergeben bzw. deren Einbindung in übergeordnete Differenzierungen in Regierungs- bzw. Oppositionslager vollziehen. Sofern mediale Foren untersucht werden, ist darüber hinaus eine foren- und medienspezifische Differenzierung wahrscheinlich, etwa im Sinne alternativer „Redaktionslinien“ bzw. forentypischer Koalitionen in Parlament und Medien.

4. Methodisches Vorgehen: Operationen, Texte, Daten

Ziel der theoretischen Kapitel zwei und drei war die Erarbeitung wesentlicher Konzepte für die empirische Analyse. Im Folgenden geht es um die Technik ihrer Erhebung. Wie lassen sich Bedeutungsgehalte empirisch erfassen und welchen Zugriff hat der Forscher vor dem Hintergrund der selbstverständlich auch für ihn geltenden diskursiven Bedingtheit von Verstehen? Diese Frage ist zunächst Thema zweier methodologischer Vorüberlegungen. Hier geht es erstens um die Begründung einer hermeneutischen Herangehensweise an Debattentexte, die das „Problem der Zuordnung“ von Textsinn zu konkreten Texten im Blick behalten muss. Zweitens sind angesichts der Problematik rhetorischen Sprechens im öffentlichen Raum die notwendigen Grenzen einer reinen Textanalyse durch die Einbeziehung anderer Quellen wie Umfrage oder Interviews zu überschreiten. Nach diesen Vorüberlegungen wird zunächst der Textkorpus vorgestellt (Kapitel 4.2), bevor die inhaltsanalytische Vorgehensweise genauer beschrieben wird (Kapitel 4.3.). Abschließend werden Idee und Vorgehen der einbezogenen Elitenumfrage ausgeführt und Sinn bzw. Grenzen der dort gewonnenen Daten für den gewählten Analyserahmen diskutiert.

4.1. Methodologische Vorüberlegungen

Für die Explikation sich sprachlich manifestierender Diskursmomente sind zunächst Verfahren festzulegen, die vor dem Hintergrund des dargestellten Verständnisses von Diskurs gerechtfertigt erscheinen. In meinem eigenen Verständnis von Diskursanalyse geht es dabei grundsätzlich um die Ermittlung von intersubjektiv relevanten Deutungsstrukturen, die einem bestimmten Kreis von Teilnehmern des politischen Prozesses zugerechnet werden können. Hier gerät die Diskursanalyse in einen genau zu definierenden Zwiespalt („*Problem der Zuordnung*“), denn zum einen behauptet sie die Ambivalenz von Begriffen oder Formulierungen als Ausdruck konkurrierender Diskurse, zum anderen tritt sie selbst an, Ergebnisse mit einem gewissen Anspruch auf Eindeutigkeit zu präsentieren. Dies Dilemma bildet das wesentliche Thema der ersten methodischen Vorüberlegung (4.1.1). Darüber hinaus ist für eine reine Textanalyse öffentlicher Debattenbeiträge nicht nur das Problem der Zuordnung, sondern auch ein *Problem der Zugänglichkeit* (4.1.2) charakteristisch. Die rhetorische Qualität politischer Debatten macht das Sprachgeschehen tendenziell zu einem verzerrten Abbild zugrunde liegender Bedeutungsstrukturen und verdeckt „Herrschaftswissen“, wie es eine anonyme Umfrage eher zu messen verspricht.

4.1.1 Das Problem der Zuordnung

Welche Möglichkeiten hat eine Diskursanalyse, den Bedeutungsgehalt sprachlicher Ausdrücke zu erschließen? Wie einleitend bereits angesprochen, begeben sich Arbeiten dieses Schlages häufig ins Fahrwasser der poststrukturalistischen Diskursanalyse und greifen dafür nicht selten zur „Dekonstruktion“ (vgl. Campbell 1996, Welde 1996, Torfing 1999, kritisch Honneth 1986, Rorty 1996³⁰). Den Begriff der Dekonstruktion übernimmt die poststrukturalistische Diskurstheorie von Derrida (1996, vgl. auch Torfing 1999: 65-66). Sie bezeichnet bei ihm eine Textanalyse in Form eines zweiphasigen Lesens: Im ersten Durchgang wird die sozial verbindliche Interpretation des sprachlichen Ausdrucks rekonstruiert; die zweite Phase zielt darauf, ausgeschlossene Interpretationen zu entdecken und als „ideologisch“ zu kritisieren. Angesichts der gestellten Frage nach den ideellen Grundlagen gesellschaftlicher Debatten ist vor allem der erste Schritt zu präzisieren. Hier verweist die poststrukturalistische Diskursanalyse zurück auf ein im weiteren Sinne hermeneutisches Verständnis von Textanalyse als einem „verstehenden Rekonstruieren“ (Wilson 1973, kritisch hierzu Schnell et al. 1993: 84-102) von Bedeutung, wie unter anderem auch Rainer Keller (1997: 327) völlig zu Recht festgestellt hat. Im Sinne eines „interpretativen“ Selbstverständnisses von Sozialwissenschaft zielt Hermeneutik nämlich darauf ab,

„methodisch kontrolliert durch oberflächlichen Informationsgehalt des Textes hindurchzustoßen zu tieferliegenden [...] Sinn- und Bedeutungsschichten und dabei diesen Rekonstruktionsvorgang intersubjektiv nachvollziehbar zu machen bzw. nachvollziehbar zu halten“ (Hitzler/Honer 1997: 23).

Sozialwissenschaftlicher Hermeneutik liegt dabei die Einsicht zugrunde, dass Verstehen immer die „Konstruktion einer Konstruktion“ impliziert, also den Blick auf Deutungsstrukturen durch die eigene Kultur „hindurch“ bedeutet:

„Der Sozialwissenschaftler entwirft Konstruktionen 'zweiter Ordnung'. Diese sind [...] kontrollierte, methodisch überprüfte, verstehende Rekonstruktionen der Konstruktionen ‚erster Ordnung‘“ (Hitzler/Honer 1997: 8).

30

Inwieweit Derrida tatsächlich selbst eine „Methode“ im sozialwissenschaftlichen Sinn bereitgestellt hat, wurde unter anderem von Rorty (1996) angezweifelt: „I have never been able to find out what this method is, nor what was being taught to students except some such maxim like ‚Find something that can be made to look self-contradictory, claim that that contradiction is the central message of the text, and rind some changes on it.‘ Application of this maxim produced, in the 1970s and 1980s, tens of thousands of ‚deconstructive readings‘ of texts by American and British professors – readings which were as formulaic and as boring as the tens of thousands of readings which resulted from dutifully applying the maxim ‚Find something that can be made to sound like a symptom of an unresolved Oedipus complex‘“ (Rorty 1996: 15).

Dennoch erscheint ein Kurzschluss von Diskursanalyse und Hermeneutik begründungsbedürftig, denn die avisierten Konstruktionen „erster Ordnung“ sind im Falle der klassischen Hermeneutik nach Schleiermacher oder Dilthey immer (auch) als intendierte Handlungsprodukte von „Autoren“ zu verstehen. Neben der grammatischen Interpretation geht es darum, sich im Rahmen eines hermeneutischen Textverstehens den Intentionen des Textproduzenten anzunähern. In Gestalt eines „hermeneutischen Zirkels“ werden Textpartikel mit dem eigenen Vorwissen konfrontiert, das dem Interpreten als Mitglied einer Sprach- bzw. Kulturgemeinschaft Hypothesen über den jeweils intendierten Sinn des bekannten Textausschnitts ermöglicht. Bei weiterer Auseinandersetzung mit neuen Textteilen werden diese Hypothesen bestätigt oder aber verworfen, bis sich ein stabiles Verständnis des vom Autoren intendierten Textsinns herausgebildet hat.

Genau in dieser Hinsicht – und folgenreich für die weitere Rezeption hermeneutischer Ideen im Rahmen der Diskursanalyse – hat allerdings Michel Foucault seine diskursanalytische Vision einer „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1995, vgl. auch Honneth 1986) als nicht-hermeneutisch zu bestimmen versucht. Er verwirft das hermeneutische Projekt einer sich in Autoren „hineinversetzenden“ Textinterpretation, „denn die subjektiven Intentionen [...] können gar nicht als Erstes gelten, weil sie selbst einer ihnen äußerlichen Ordnung von Zeichenelementen unterstehen“ (Honneth 1986: 141). Sofern Subjektivität und Sprechen nur das Produkt präformierter Diskurse darstellen, sind sie für Foucault als Forschungsgegenstand irrelevant. Er muss sich entsprechend dem Text in der Art eines Ethnologen nähern, der die Monumente längst vergangener Kulturen vermisst und katalogisiert, ihre „Formationsregeln“ über Funktionen des einen oder anderen Bauteils rekonstruierend.

Ein solcher ontologisch begründeter Einwand führt nun, so möchte ich einwenden, unweigerlich zurück auf den Boden sozialwissenschaftlicher Hermeneutik und belegt anschaulich, dass auch eine poststrukturalistische Diskursanalyse letztlich zwingend im Kanon „interpretativer“ Methoden bleibt. Der Grund liegt darin, dass Foucault den Anspruch einer Textanalyse ohne Bedeutungshypothese gar nicht einlösen kann: Eine Unebenheit im Stein wird erst zum Zeichen, wenn man ihr eine Bedeutung für soziale Prozesse zuschreiben kann, jede menschliche Bewegung erst zum diskursiven Ereignis, wenn sie als bedeutungsvolle Handlung aufgefasst wird. Wie Axel Honneth überzeugend argumentiert hat, werden Foucaults „Monumente“ also wiederum nur als solche erkennbar, wenn sie im Lichte eigener Deutungen als bedeutungsvoll erkannt werden können (Honneth 1986: 138, Fußnote 28). Letztlich bleibt also auch dem Ethnologen, der Foucault gerne sein will, nur ein hermeneutisches Zuweisen von bekanntem Sinn, um etwas in seiner Zeichenhaftigkeit überhaupt zu begreifen.

Ist das eigene Vorwissen in diesem „hermeneutischen“ Sinn auch im Rahmen einer Diskursanalyse nicht zu hintergehen, kann sie sich allerdings darum keineswegs umstandslos der klassischen Hermeneutik assimilieren, sondern muss sich vor dem Hintergrund ihrer eigenen Sicht auf den Charakter sozialer Deutungsstrukturen neu denken. Die Idee konkurrierender Diskurse bringt nämlich eine für die diskursanalytische Erschließung von Deutungen fatale Problemstellung mit sich: die Zuordnung bestimmter Formulierungen und Begriffe angesichts alternativer Verwendungsweisen. Dieses für Textanalysen insgesamt charakteristische „Problem der Zuordnung“, wird nun allerdings – und hierin liegt ein Reiz eines diskursanalytischen Verständnisses von „Text“ – von einer praktischen Hürde im Umgang mit empirischem Material zu einem Teil des Gegenstandes aufgewertet.

Ich möchte diesen Punkt am Entwurf einer „objektiven Hermeneutik“ illustrieren, wie sie Oevermann und Kollegen für die deutsche Methodenforschung am konsequentesten formuliert haben (vgl. Reichartz 1997, Berger et al. 1999). Ihnen zufolge muss „subjektive Hermeneutik“ zwangsläufig am Versuch scheitern, individuellen Textsinn valide zu bestimmen. Ähnlich wie bei Foucault werden die Intentionen des Autors explizit als Analysegegenstand verworfen, allerdings nicht etwa aufgrund eines ontologischen Arguments als Epiphänomene („sozial determiniert und daher irrelevant“). Vielmehr geht die „objektive Hermeneutik“ davon aus, dass eine Textanalyse rein methodisch gar nicht in der Lage ist, mit den ihr gegebenen Mitteln einer textimmanenten Exegese auf die Intentionen zu schließen.³¹ Die „objektive Hermeneutik“ weist Texten darum eine „objektive“ Bedeutungsdimension in der Hoffnung zu, die soziale Funktion von Texten auch jenseits alternativer Intentionen zu erschließen. Sie geht entsprechend davon aus,

„dass ein Text, wenn er einmal produziert ist, eine eigenständige, mit eigenen Verfahren zu rekonstruierende soziale Realität konstituiert, die weder auf die Handlungsdispositionen und psychischen Begleitumstände auf Seiten des Sprechers noch auf die innerpsychische Realität des Rezipienten zurückgeführt werden kann. [...] Mit dem Begriff von latenten Sinnstrukturen werden objektive Bedeutungsmöglichkeiten als real eingeführt“ (Oevermann et al. 1979, zitiert nach Berger et al. 1999: 149 bzw. 250).

Um diese „objektiven Bedeutungsmöglichkeiten“ in der konkreten Analyse zu entdecken, ist der Forscher laut „objektiver Hermeneutik“ gezwungen, dem Text gegenüber die Rolle eines „kompetenten Sprechers“ einzunehmen, der aus seinem eigenen Zugang zum gesellschaftlich vorgegebenen Vorrat an Deutungen – also als Mitglied einer geteilten „Sprach- und Interaktionsgemeinschaft“ (Reichartz 1997: 37) – Text

³¹ Dass von Jo Reichartz (1997) gegebene Beispiel ist instruktiv: Eine gleichlautende Heiratsannonce kann in einen Fall „ehrlich“ gemeint sein, im anderen aber ein „Gag“ – das Kontextwissen, dies zu verstehen ist nur jenseits des Textes zu finden.

verstehend interpretiert. Interpretationen objektiven Textsinns erhalten dabei notwendigerweise den Status von *Hypothesen*, sie leiten also eine spezielle „Lesart“ eines Textes an, die in einem Gruppenprozess zur Diskussion gestellt wird (vgl. Berger et al. 1999: 251-258).

Aus meiner Sicht ist die Grundidee der „objektive Hermeneutik“ damit aus mindestens zwei Gründen problematisch, ihre Aporien sind aber instruktiv und es daher wert, betrachtet zu werden.

Erstens reflektiert das Konzept „objektiver Bedeutungsmöglichkeiten“ nur unzureichend, dass die Annahme einer „Sprach- und Interaktionsgemeinschaft“ (Reichartz 1997: 37) sehr voraussetzungsvoll ist und letztlich ein Teil des Gegenstandes. Ein poststrukturalistisches Verständnis von Diskurs wertet hier das *Problem der Zuordnung* von Bedeutungsstrukturen und sprachlichen Ausdrücken im Zuge eines hermeneutischen Textverstehens von einem rein epistemologischen zu einem ontologischen Grundtatbestand auf. In Anbetracht des Postulats dezentrierter Strukturen löst sich „Sprachgemeinschaft“ ja gerade in eine Vielzahl von Diskursen auf – das wesentliche Charakteristikum einer das Legat einer strukturalistischen Linguistik überwindenden Konzeption von Diskurs à la Derrida (vgl. Kapitel 3.1). Das heißt, wie beschrieben, keineswegs, dass nun alles ins Zweifelhafte übergeht, denn dann wären weder ein Gelingen von Kommunikation noch dessen verstehende Analyse überhaupt möglich. Doch gerade das Politische wird in der poststrukturalistischen Diskursanalyse durch Ambivalenzen bestimmt, an denen sich Deutungskämpfe entzünden können. Alternative Lesarten politischer Formulierungen lassen sich also stets auch als Ausdruck alternativer Diskurse interpretieren, in denen es eine homogene „Sprachgemeinschaft“ im Sinne verbindlich organisierter Interpretationsrepertoires ja gerade nicht gibt. Die Idee gebrochener Diskurse potenziert somit das „Problem der Zuordnung“. Beschreibungen von Diskursen stehen immer unter dem nicht nur methodischen, sondern eben auch substantiellen Vorbehalt, dass alternative Lesarten gerade den Analysegegenstand ausmachen und „objektive Bedeutungsmöglichkeiten“ als Ausdruck alternativer Diskurse („latente Sinnstrukturen“) zu verstehen sind.

Zweitens verfällt sowohl die „objektive Hermeneutik“ wie die Diskursanalyse im weiteren Sinne einem gefährlichen Operationalismus, wenn sie ihren Gegenstand allein nach Maßgabe methodischer Erwägungen über Gebühr auf „natürlich“ produzierten Text einschränkt. Wenn – wie von mir vorgeschlagen – der strategische Umgang mit Präferenzen und Gründen im Rahmen politischer Debatten zum Thema werden soll, verliert man unmittelbar seinen Gegenstand, wenn man die Intentionen von Sprechern aufgrund methodischer Probleme für nicht analysierbar erklärt. Darüber hinaus liegt es aber auch nahe, *ganz grundsätzlich sowohl Autoren- wie Leserschaft als wesentlichen Kontext eines sprachlichen Ausdrucks zu nutzen, um seine*

Funktion im Rahmen eines diskursiv bedingten Deutungskonflikts zu ermitteln. Sind umstrittene Lesarten Teil des Gegenstandes, stellt sich nämlich auch die Frage, welche Deutungen *genau* in Interaktionen verhandelt werden und wie dies geschieht. Bleibt das hierbei im Prozess einer öffentlichen Debatte selbst produzierte Textmaterial ambivalent – etwa weil ein Teil der Interagierenden sich gar nicht oder nur ausnahmsweise selbst äußert –, ist schwer zu begründen, warum klassische Instrumente der Sozialforschung wie Interviews oder Umfragen hier nicht angewendet werden sollten. Dies wird deutlicher, wenn man neben dem Problem der Zuordnung von Deutung und Text noch ein weiteres Problem berücksichtigt, wie es mir insbesondere im Falle politischer Debatten bedeutsam erscheint: das Problem der Zugänglichkeit.

4.1.2 Das Problem der Zugänglichkeit

Fungiert Text als Indikator für Diskursstrukturen, so setzt eine Analyse voraus, dass alles, was an Diskursen existiert, auch in den gewählten Texten zugänglich ist. *Nur wenn der gewählte Textkorpus umfassend genug gewählt ist, ermöglicht seine Analyse den Blick auf den gesamten Diskurshorizont. Genau das kann aber für die Beiträge einer öffentlichen Debatte nicht ohne weiteres angenommen werden.* Die politikwissenschaftliche Analyse kämpft hier mit ungleich größeren Problemen, als etwa Waever glauben machen will, wenn er schreibt: „if there are discursive, semiotic text structures that operate in a political space, they will show up in any text“ (Waever 1998: 115). Es ist kaum zu bestreiten, dass die für Erforschung kognitiver Strukturen seit langem diskutierte Problematik reiner Dokumenten- oder Zeitungsanalysen auch für eine poststrukturalistische Diskursanalyse latenter Deutungsstrukturen gültig bleibt (Holsti 1976). Auch hier ist der Nachweis erst zu führen, dass öffentliche Debatten wirklich der Ort sind, an dem sich der gesamte Vorrat an bedeutsamen Deutungen beobachten lässt. Hier spielt nicht nur eine Rolle, dass öffentliche Texte immer das Werk mehrerer Autoren sind und Journalisten meist mehr als neutrale Transmissionsriemen. Es geht hier vor allem darum, dass die soziale Abgeschlossenheit von Eliten als soziale Zirkel „an und für sich“ eigene Diskurspartitionen konstituiert. In nichtöffentlichen Elitenzirkeln mögen sich entsprechend der breiteren Öffentlichkeit vergleichbare Deutungskonflikte abspielen; es mögen auch klare Diskurskoalitionen etwa zwischen Parteibasis und Parteieliten, „linken“ Eliten und „linken“ Kreisen der Bevölkerung im weiteren Sinne bestehen. Doch ist es meines Erachtens bestenfalls naiv vorauszusetzen, alle Deutungen würden durch Analyse öffentlicher Stellungnahmen zu ergründen sein, zwischen privaten, eliteninternen und massenmedial vermittelten Debatten gäbe es keine systematischen, etwa dem strategischen Imperativ einer massenmedial vermittelten Parteiendemokratie geschuldeten

Differenzen zwischen Präferenzen, Begründungen oder anderen Bestandteilen politischer Rhetorik. Eine solche „Isomorphiethese“ würde nichts anderes bedeuten, als die Möglichkeit von „Herrschaftswissen“ ontologisch auszuschließen. Das heißt keinesfalls, dass Eliten in einem technischen oder normativen Sinne „mehr wissen“ müssen. Diskurse konstituieren definitionsgemäß alternative Interpretationen, deren „Wahrheit“ im Rahmen eines poststrukturalistischen Paradigmas nicht extern beurteilt werden kann, sondern nur als Ergebnis strategischer Operationen ins Blickfeld gerät.

Mit Blick auf die gewählte Fragestellung ist zudem – wie in Kapitel 3.2 ausführlich begründet – die Notwendigkeit eines Verstehens von „subjektivem Sinn“ notwendig, sofern dezidiert auch nach der „Authentizität“ von Argumentationen gefragt wird. Hierauf gerichtet, stände gerade eine Textanalyse

„politischer Begründungen in der Gefahr, womöglich eher die schauspielerischen Talente der Politiker, als die Gründe ihres Handelns zu untersuchen. Sie kann nur ermitteln, ob und wie Begründungen für politisches Handeln kommuniziert werden“ (Kuhlmann 1999: 130).

Sie wäre kaum zu mehr in der Lage, als das ohnehin bestehende Stereotyp zu bestätigen, dass Politiker moralische Appelle formulieren, um ihr Handeln zu legitimieren. Sie könnte kaum Neues erbringen, solange sie nicht auch den zweiten Teil des Stereotyps widerlegte, dass Moral nur ein willkürlicher „hook“ ist (Shepsle 1985, Weingast 1995), an die man vorhandene Interessen hängt, wenn es passt, die man aber ignoriert, wenn Interessen auch anders durchgesetzt werden können.

Die für hermeneutische Analysen prinzipiell gebotene Überlegung, inwieweit alternative Zugänge zum Gegenstand im Sinne einer „Methodentriangulation“ möglich sind (Flick 1992), kommt hier besondere Bedeutung zu. Doch welche Alternativen bietet das sozialwissenschaftliche Methodenrepertoire außerhalb einer Analyse offizieller Debattenbeiträge wie Zeitungsartikel, Fernsehansprachen, Presseerklärungen, Verträge, Autobiographien? Im Rahmen persönlichkeitszentrierter Ansätze wurde bereits vorgeschlagen, Interviews durchzuführen, zumindest soweit „private“ Texte wie persönliche Briefe etc. nicht zugänglich sind. Die auf Kausalannahmen abhebende Cognitive-Maps-Forschung (Axelrod 1976) hat darüber hinaus selbst schriftliche Umfragen diskutiert und durchgeführt (Roberts 1976). Eine solche Vorgehensweise ist im Rahmen psychologisch ansetzender Analyse augenscheinlich unproblematisch, weil die empirische Sozialforschung diese explizit zur Ermittlung von mentalen Dispositionen entwickelt hat. Für eine Diskursanalyse bleiben sie fremd, weil ihre linguistischen Wurzeln den direkten Zugriff auf „natürlichen“ Text nahe legen. In dem Moment, in dem ein Handlungssinn auf Seiten individueller Akteure aber wieder zugelassen wird, stellt sich die Frage nach Methoden, die ein Verstehen dieses Handlungssinns ermöglichen, neu.

Es geht also im Folgenden darum, das Repertoire der diskurstheoretisch ansetzenden Außenpolitikforschung um nicht-inhaltsanalytisch vorgehende Methoden zu erweitern. Eine solche Öffnung des methodischen Fokus ist auch dringend notwendig, um der Diskursanalyse ihre Mitgliedschaft im Kreis konstruktivistischer Ansätze überhaupt erst zu ermöglichen: Bei Foucault und der objektiven Hermeneutik bleibt Verstehen auf Formationsregeln bzw. „latente Sinnstrukturen“ beschränkt, es ist damit im engeren Sinne *Textverstehen*. Letztendlich geht es darum, jene vorbewussten Bedeutungsstrukturen zu erschließen, die die möglichen Ausprägungen menschlicher Subjektivität bzw. Intentionalität vorbestimmen. Die implizite Annahme bleibt damit aber immer – handlungstheoretisch formuliert –, dass diese „*constraints*“ wesentlicher sind (mehr erklären, sich langfristig durchsetzen, determinieren), als eine individualisierende Analyse glauben macht. Eine solche Diskursanalyse bleibt damit letztlich strukturdeterministisch. Die diskursstrukturierende Wirkung des Akteurs fällt notwendigerweise aus dem Gesichtskreis, er ist schon auf der Ebene des methodischen Zugriffs auf Wirklichkeit „tot“, ohne dass sein Puls überhaupt gemessen werden könnte. Um dieser Problematik auch theoretisch Rechnung zu tragen, erschien mir in Kapitel 3.2 bereits die Wiedereinführung eines Begriffs von Handlungssinn unumgänglich, dessen Verstehen aber eben nur sehr begrenzt durch die Analyse typischerweise zugänglicher Texte methodisch kontrolliert erfolgen kann, was das Problem der Zuordnung (s. Abschnitt 4.1.1) somit durch ein weiteres der Zugänglichkeit verschärft.

Die empirische Sozialforschung stützt sich gerade auch darum von jeher auf individualisierende Methoden des Interviews bzw. der schriftlichen Umfrage, weil sie ein kontrolliertes Verstehen von Deutungen jener gesellschaftlicher Gruppen anleiten wollte und will, die in der Öffentlichkeit systematisch unterrepräsentiert waren bzw. sind. Dies hieß zu Beginn vor allem eine Untersuchung von Unterschichtgruppen, wie etwa bei der Studie von Booth die Armen von London oder bei Lazarsfeld die Arbeitslosen von Marienthal (Schnell et al. 1993: 13-15, 21-23). Erst relativ spät hat sich die empirische Sozialforschung jenen sozialen Gruppen zugewandt, deren Einstellungen aus anderen Gründen schwer zugänglich waren: den Eliten (vgl. Hoffmann-Lange 1992, Ecker 1998). Sie durch Interviews oder Fragebögen *gezielt in authentische Prozesse der Textproduktion zu verwickeln*, ist mein Mittel der Wahl. Im Kontext meiner Diskursanalyse kommt den noch ausführlicher darzustellenden anonymen Antworten der Stellenwert einer *provozierten Stellungnahme* zu. Im Rückgriff auf anonyme Antworten einer schriftlichen Umfrage wird dabei angenommen, dass deren Antworten als spezielle „Textsorte“ weitergehende Einsichten in den kognitiven Hintergrund öffentlicher Stellungnahmen erlauben, weil die Anonymität strategischer Imperative, wie sie für fehlende Authentizität angenommen werden, marginal ist. Im Falle einer Elitenstudie hat das eine besondere Relevanz,

denn die Annahme bleibt problematisch, jene, die sonst in der Öffentlichkeit Sanktionen für abweichende Statements befürchten, wären in anonymen Umfragen bereit, vollkommen ehrlich, ihre authentischen Meinungen zu äußern. Zwar erscheinen die Antworten für sich genommen nicht geeignet, Wahlchancen zu tangieren oder gar Koalitionen zu gefährden. Jedoch lässt sich fragen, ob Eliten nicht auch ohne unmittelbare Öffentlichkeit einem gewissen Legitimationsdruck bezüglich ihrer öffentlich vertretenen Politik unterliegen, sofern sie immer einen Rest an Zweifel an der Anonymität der Umfrage bzw. des Interviews behalten. Diese Frage bleibt prekär, reduziert aber die Effektivität von Umfragen nur teilweise, denn eine gewisse – wenn auch nicht klar bestimmbare und individuell variierende – Differenz in Richtung „Authentizität“ lässt sich einer Analyse als Annahme plausibel zugrunde legen. *Anonyme Antworten, so wird angenommen, sind tendenziell „authentischere“ Texte als etwa Reden oder Zeitungskommentare.*

4.2. Der Textkorpus der Inhaltsanalyse

Zentraler Untersuchungsgegenstand der Analyse sind Begründungen verschiedener politischer Positionen zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union um Polen bzw. die ostmitteleuropäischen „Reformstaaten“ im Allgemeinen. Gesucht wurden darum Stellungnahmen, die das Verhältnis von Europäischer Gemeinschaft bzw. Union und Polen bzw. Ostmitteleuropa zum Gegenstand haben. Für die empirische Analyse konzentrierte sich die Suche nach solchen Stellungnahmen im Verweis auf die Diskussion außenpolitisch relevanter Foren zum einen auf ein kleines Set überregionaler „Qualitätszeitungen“ und Bundestagsdebatten. Sie erscheinen nicht nur theoretisch relevant, sondern auch empirisch zugänglich. Die Kriterien und Ergebnisse dieses Suchprozesses sind Thema der Abschnitte 4.2.1 und 4.2.2. Zum anderen wurden Stellungnahmen in Form von Antworten einbezogen, die Befragte im Rahmen einer schriftlichen Umfrage gaben, deren Konstruktion und Auswahlplan in Abschnitt 4.4. „Die Analyse des kognitiven Hintergrundes“ vorgestellt werden.

4.2.1 Bundestagsreden

Dem Parlament kommt eine zentrale Stellung als Forum politischen Argumentierens im Politikherstellungsprozess zu. Insbesondere – aber nicht nur – als Teil des in Vorgängen strukturierten Gesetzgebungsprozesses sind *Aussprachen* obligatorisch. Auf diese Parlamentsdebatten im engeren Sinne konzentriert sich meine empirische

Analyse.³² Hier müssen sich die Verantwortlichen des politischen Zentrums ihren härtesten Gegnern stellen: ihren direkten Konkurrenten um Zustimmung und Wählerstimmen. Aussprachen konstituieren sich im Wesentlichen aus Regierungserklärungen und Reden verschiedener Parlamentarier bzw. spontanen Interventionen oder Zwischenfragen aus dem Plenum.³³ Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages trägt dem dialogischen Charakter der Aussprachen von wechselseitigen Gegenreden explizit in ihren Bestimmungen zur Reihenfolge der Redner Rechnung. So soll den Präsident bei der Festlegung der Reihenfolge der Redner die Sorge

„für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf die verschiedenen Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten; insbesondere soll nach der Rede eines Mitgliedes oder Beauftragten der Bundesregierung eine abweichende Meinung zu Wort kommen“ (§28 GO).

Diese Regelung verweist auf die wesentlichen Partitionierungen, die den parlamentarischen Raum und die in ihm stattfindenden Deutungskonflikte prägen. Es sind dies zum einen die klassische Teilung zwischen Exekutive und Legislative. Ihr stehen im Bundestag zum anderen – wie in quasi allen „Parteiendemokratien“ – die Organisation der Abgeordneten in Fraktionen gegenüber, die sich wiederum in Regierung- und Oppositionsfraktionen gruppieren. Redner sind in diesem Sinne keinesfalls alle gleich, sondern repräsentieren Kollektive, denen ihre Äußerungen – intendiert oder nicht, autorisiert oder nicht – von Kontrahenten und Publikum zugerechnet werden.

Dabei hat sich die Logik der Debatte schließlich grundlegend verändert. Während die deutsche Tradition des Parlamentarismus ihr klassischerweise die Rolle eines deliberativen Aushandlungs- und Verständigungsprozesses zuweist (Kluxen 1983), hat sich der deutsche Bundestag de facto längst von einem Diskussions- zu einem „Arbeitsparlament“ gewandelt. Dessen öffentliche Aussprachen haben zunehmend die Funktion eines „Schaufensters“, wie etwa Burkhardt (1995) auch auf

³² Entlang der parlamentarischen Formen „Vorgang“ und „Aussprache“ sind Bundestagsdebatten und der durch sie bezeichnete Textkorpus alternativ in einem weiteren und engeren Sinne zu bestimmen. „Parlamentarische Vorgänge“ sind in der Sprache der Bundestagsverwaltung als der Ablauf definiert, in dem „Beratungsgegenstände“ – also neben Gesetzentwürfen auch Verordnungen, Regierungserklärungen, Berichte oder Anfragen von Gruppen bzw. einzelnen Abgeordneten – beraten werden. Am Anfang eines parlamentarischen Vorgangs steht meist eine Initiative, die Beratung von sich aus verlangt (also meist ein Gesetzentwurf, eine Anfrage, ein Antrag etc.). Die Recherche eines Textkorpus anhand von „Vorgängen“ im Sinne des Bundestages ist hilfreich, weil sie den Kontext der jeweiligen Aussprache kenntlich machen. Auch die Kenntnis des jeweiligen Beratungsgegenstandes ist für die Interpretation der einzelnen Rede unbedingt notwendig. Dennoch wurden Beratungsgegenstände nicht in die quantitative Analyse mit einbezogen, nicht zuletzt weil sie meist nicht einem Autor zugerechnet werden können.

³³ Weitere gängige Formen wie kleine bzw. schriftliche Anfragen, Frage- und aktuelle Stunden wurden nicht mit einbezogen.

Tab. 4.1: Absolute und relative Häufigkeit kodierter Bundestagsreden bzw. der in diesen gefundenen Argumentationen

	Reden		Argumentationen	
	N	%	N	%
CDU/CSU	80	34	181	34
FDP	54	23	145	27
SPD	52	22	108	20
B90/Grüne	33	14	75	14
PDS	12	5	22	4
fraktionslos	1	0	1	0
Summe	232	100	532	100

der Ebene sprachlichen Handelns herausgearbeitet hat. Ihre Beiträge erscheinen gleich „mehrfachadressiert“, weil Parlamentarier neben der Sachdiskussion mit der jeweiligen Gegenseite – der Regierung, Opposition oder auch Koalition – implizit auch zur Öffentlichkeit und zu der eigenen Fraktion sprechen, etwa, um breitere „Stimmungen“ zu erzeugen oder sich als kompetentes Mitglied der eigenen Fraktion bzw. Partei zu positionieren (vgl. auch Mayntz/Neidhardt 1989).³⁴ In diesem Sinn bilden parlamentarische Aussprachen ein zentrales Moment der politischen Auseinandersetzung und sind als Textkorpus einer Diskursanalyse von besonderem Interesse.

Praktisch erfolgte die Suche nach relevanten Plenardebatten mit Hilfe des „DIP – Informationssystem für parlamentarische Vorgänge“ des Bundestages *online*. Die Suchmöglichkeiten beschränkten sich im Wesentlichen auf verwaltungstechnische Kategorien und das Feld „Inhalt“. Hier musste mit sehr generalisierten Suchbegriffen operiert werden. Alle 41 identifizierten Protokolle wurden, soweit möglich, als Textdateien archiviert oder in Papierform vollständig durchgearbeitet. Ihre Liste findet sich im Anhang. Sie enthielten 232 Reden mit insgesamt 532 erweiterungsbezogenen Argumentationen unterschiedlicher Komplexität (Tabelle 4.1).

³⁴ Wegen dieser medialen Orientierung parlamentarischer Debatten wäre es grundsätzlich hilfreich und zulässig, bei der Analyse von Argumentationen Koalitionen nicht notwendigerweise auf der Ebene einzelner Sprecher zu suchen, sondern gegebenenfalls Fraktionen und ihre internen Debatten einzubeziehen. Die Fraktionen stellen der parlamentarischen Auseinandersetzung vorgelagerte Öffentlichkeiten dar, die – auf mediale Außenwirkung bedacht – nur im Ausnahmefall interne Kontroversen nach außen tragen. Ist dies allerdings der Fall, so spricht dies für „heiße“ Phasen der Debatte, in der Deutungskämpfe auf wesentliche Brüche in Diskursen hinweisen. Für eine solche Analyse war allerdings im Rahmen der vorliegenden Studie kein Raum.

4.2.2 Zeitungskommentare

Überregionale Tageszeitungen sind Schnittstellen bzw. integrierende Elemente außenpolitischer Spezialöffentlichkeiten, des Parlaments und der anderen Massenmedien, vor allem Fernsehen und Radio. Die Analyse ihres Inhalts ist viel diskutierter Gegenstand der Bewegungs- und Mediensoziologie (van Dijk 1995, Brand et al. 1997, Gerhards et al. 1998, Eilders et al. 2004).

Bei der Auswahl der Zeitungen habe ich mich mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der Tageszeitung (TAZ) weitgehend an der Praxis der einschlägigen Öffentlichkeitssoziologie orientiert.

Sie ist erstens über ihre Relevanz als Elitenmedien zu begründen. Auch wenn Zeitungen wie die Süddeutsche (SZ) oder Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) allgemein zugänglich sind, fühlen sie sich von Stil und Themenauswahl eher einem politisch, wirtschaftlich und kulturell besonders interessierten und vorgebildeten Publikum verpflichtet. So sollen die Kommentare der SZ

„den Leser befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden, ihn auch zum Widerspruch provozieren. Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter, all jene, die in Deutschland Einfluß haben, schärfen ihre Ansichten an den Kommentaren und Leitartikeln der Süddeutschen Zeitung“³⁵.

Herzog et al. (1990: 76) weisen darauf hin, dass die Abgeordneten des Bundestages sich in der Tat am häufigsten auf FAZ und SZ beziehen, wenn man nach ihren Lesegeohnheiten fragt. Dies prädestiniert ihren Inhalt als empirischen Untersuchungsgegenstand, sofern der Bundestag als integrierendes Forum des politischen Zentrums ebenfalls ausgewählt wird (vgl. auch Wittkämper et al. 1992). Darüber hinaus haben Untersuchungen ergeben, dass SZ und FAZ die beiden wichtigsten Referenzmedien für Journalisten darstellen, ihre Meinung also eine beträchtliche Wirkung in die Gesellschaft hinein haben dürfte (Kepplinger 1985). Mathes und Pfetsch (nach Neidhardt et al. 1998: 23) haben schließlich gezeigt, dass der Tageszeitung (TAZ) eine der SZ und FAZ vergleichbare Rolle im links-alternativen Spektrum zukommt. Alle drei Zeitungen haben also eine wichtige Schnittstellenfunktion, ohne allerdings selbst breite Bevölkerungsschichten zu erreichen wie ein Blick in die Reichweite dieser Zeitungen belegt (Tabelle 4.2). Der Text dieser Zeitungen zerfällt im Wesentlichen in Nachrichten und Kommentare, von denen nur letztere systematisch recherchiert und analysiert wurden.

³⁵ Das Zitat stammt aus einem mit „Die Meinung der Redaktion“ betitelten Text des SZ-Internetportals im Sommer 2001 (Süddeutsche Zeitung o.J), das allerdings mittlerweile nicht mehr zugänglich ist.

Tab. 4.2: Reichweiten der erhobenen Tageszeitungen und BILD im Vergleich

	Reichweite*
FAZ	1,4
SZ	1,8
TAZ	0,2
BILD	18,0

* MA 2002 Pressemedien I, Reichweite entspricht dem Prozentsatz potentieller Nutzer

Nachrichten im weiteren Sinne wie Agenturmeldungen, Berichte, Reportagen oder Features sind alle Textteile, die durch Präsentation und Formulierung vorgeben, über politische, kulturelle oder wirtschaftliche Ereignisse oder Prozesse neutral zu informieren. Medien kommen im Format der Nachrichten damit ihrer „chronistischen Funktion“ (Eilders et al. 2004: 11) für Politik nach. Als selektive Abbildungen („massenmedialer Bildschirm“) einer virtuellen Arena bieten sie der Diskursanalyse grundsätzlich einen hervorragenden Zugriff auf Stellungnahmen von Politik und Zivilgesellschaft (vgl. etwa Peters et al. 2006). Neben Nachrichten im weiteren Sinne nehmen Medien im Format des *Kommentars* selbst Stellung und treten als Sprecher in die mediale Arena. Kommentare haben eine im publizistischen Diskurs klar bestimmte Funktion: Hier dürfen und sollen „Meinungen“ vertreten und gemacht werden (Gerhards et al. 1998: 3). So formulieren beispielsweise Schneider und Raue im „Handbuch des Journalismus“:

„Die Leser wissen: In einem Kommentar, dem legitimen Platz aller Meinungsbildung, formuliert ein Journalist seine Ansicht; ihr können, aber ihr müssen sie nicht folgen. [...] Sie] erwarten in einem Kommentar die klar formulierte Meinung eines Journalisten – vom Keulenschlag, der auf Gründe verzichtet, über die Analyse, die mit einem Fazit schließt, bis zum abwägenden Kommentar, der auch Andersdenkende zu überzeugen versucht“ (Schneider/Raue 1998: 137, 144).

Diese letztere Qualität ist der erste wesentliche Grund, warum ich im Rahmen dieser Studie die Analyse der Mediendebatte im engeren Sinne auf Kommentare beschränkt habe: Der hohe Anteil an komplexen Argumentationen macht Kommentare zu einer hervorragenden Quelle der Diskursanalyse. Die US-amerikanische Medienwirkungsforschung hat zweitens den erheblichen Einfluss von Kommentaren auf die außenpolitische Meinungsbildung eindrucksvoll belegt (Page et al. 1987). Ich gehe entsprechend davon aus, dass es gerade die Meinungsbeiträge von FAZ, SZ und TAZ sind, die ihre Qualität als „Leitmedien“ ausmachen. Drittens bilden Kommentare in außenpolitischen Debatten häufig die einzigen Stellungnahmen, die überhaupt der zivilgesellschaftlichen Peripherie zugerechnet werden können. Im Falle der Osterweiterungsdebatte hat sich gerade ein Teil der Zeitungskommentatoren vehement in die öffentliche Diskussion eingeschaltet. Zwar hat das Thema andere gesellschaftli-

che Akteure durchaus zu öffentlichen Stellungnahmen motiviert (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 1997, Deutscher Industrie- und Handelstag 2000), diese haben es meines Wissens aber kaum geschafft, massenmediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Ziel der Recherche war die Erhebung aller Kommentare mit erweiterungsbezogenen Argumentationen. Als Kommentare galten dabei Artikel, die von der jeweiligen Zeitung durch Stellung oder Satz als Kommentare gekennzeichnet waren. Es wurden alle Ausgaben von TAZ, SZ und FAZ ab Januar 1989 nach Stichworten durchsucht. Je nach Zugang waren unterschiedliche Suchstrategien erforderlich.

- Die TAZ-Ausgaben lagen vollständig auf *CD-Rom* vor, die der SZ ab 1994, die der FAZ ab 1993. Hier erfolgte die Recherche im Wesentlichen mit Hilfe der Suchbegriffe „EU“, „EG“, „mittel- und osteurop“, „ostmitteleurop“, „beitritt“, „erweiter“.
- Die SZ-Ausgaben von 1989 bis 1993 wurden auf *Mikrofiche* recherchiert. Dabei wurden alle Beiträge der „Seite 3“ nach relevanten Sichtwörtern „quergelesen“ und gegebenenfalls kopiert und genauer auf Relevanz begutachtet.
- Das Archiv der FAZ bietet die Möglichkeit einer relativ preisgünstigen *Fremdrecherche*. Da erweiterungsbezogene Artikel dort in einem Ordner zusammengefasst archiviert werden, wurde eine entsprechende Recherche in Auftrag gegeben. Zusätzlich wurde auf Mikrofiche stichprobenweise die Auswahl kontrolliert. Darüber hinaus wurde im Pressearchiv des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität nach zusätzlichen Artikeln recherchiert. In beiden Fällen wurden nur wenige, erweiterungsbezogene Artikel entdeckt, die tatsächlich aber nur ausnahmsweise relevante Argumentationen enthielten. Die FAZ-Recherche wird entsprechend als ausreichend angesehen, mit den darüber hinaus recherchierten Artikeln (N = 5) aber ergänzt.

Die vollständige Liste der erhobenen Kommentare findet sich im Anhang. In der Anzahl der erhobenen Kommentare zeigen sich deutlich Unterschiede (Tabelle 4.3). Die TAZ verfügte über relativ wenig europapolitische Berichterstattung. Auch sind generell wenige Artikel als Kommentare gekennzeichnet. Daher ist die geringe Anzahl der erweiterungsbezogenen TAZ-Kommentare also insgesamt wenig überraschend. Dagegen fällt auf, dass aus der FAZ deutlich weniger relevante Kommentare in die Analyse eingehen, als aus der SZ. Wegen der unterschiedlichen Recherchestrategien bedarf dies einer Klärung. Es zeigt sich zum einen, dass bei den Argumentationen der Unterschied deutlich geringer ausfällt. Da nicht die Artikel, sondern die Argumentationen den wesentlichen Bezugspunkt der Analyse bilden, ist also schon in dieser Hinsicht kaum ein Problem festzustellen. Ein Vergleich über die relevanten Recherchezeiträume hinweg (vgl. Tabelle 4.4) zeigt zudem, dass die auf-

Tab. 4.3: Verteilung kodierter Kommentare und Argumentationen

	Reden		Argumentationen	
	N	%	N	%
FAZ	85	33	159	42
SZ	137	54	168	45
TAZ	34	13	50	13
Summe	256	100	377	100

Tab. 4.4: Vergleich von SZ und FAZ – kodierte Kommentare nach Jahren

	1989-1993		1994-1998		insgesamt	
	N	%	N	%	N	%
SZ	32	53,3 %	136	50,9 %	168	51,4 %
FAZ	28	46,7 %	131	49,1 %	159	48,6 %
Gesamt	60	100,0 %	267	100,0 %	327	100,0 %

fälligen Unterschiede zwischen SZ und FAZ nicht statistisch signifikant sind (korrigierter Chi-Quadrat-Test nach Yates 0,037 n.s.).

4.3. Inhaltsanalytische Erschließung des Materials

Das Ziel einer Diskursanalyse besteht in der Explikation und Systematisierung empirischer Lesarten – also Hypothesen über Deutungen, die einzelne Ausdrücke oder Formulierungen bedingen bzw. durch diese reproduziert werden. Die zwei komplementären Schritte der Explikation und Systematisierung sind gemäß eines hermeneutischen Verständnisses der Textanalyse ein rekursiver Prozess, im Laufe dessen sich das Vorwissen vorhandener Deutungen schärft und als System sich gegenseitig ausschließender Kategorien ausgearbeitet wird. Auch wenn beide Aspekte – Explizieren und Systematisieren – als Teil eines praktischen Zusammenhangs verstanden werden müssen, sind sie analytisch zu differenzieren.

4.3.1 Explizieren latenten Textsinns im „stillen Dialog“

Den Kern meiner Textanalyse bildet zunächst die Idee eines „stillen Dialogs“ als einer argumentationslogisch begründeten *Explikation* von „Textsinn“. Sie ist als eine auf die spezifische Situation eines Einzelforscherprojektes gemünzte Variante einer allgemeineren Argumentationsanalyse zu verstehen, deren Grundzüge ich kurz skizziere möchte, deren methodentheoretische Grundlegung aber zweifellos noch aussteht.

Hierfür greife ich wiederum auf Habermas' Begrifflichkeit von Argumentation und Geltungsgründen zurück, die allerdings der empirischen Realität politischen Sprechens angepasst werden müssen. Dieses Vorgehen kann in direktem Rekurs auf Habermas begründet werden, denn er selbst empfiehlt ausdrücklich, die „starken Idealisierungen, denen sich der Begriff des kommunikativen Handelns verdankt, kontrolliert rückgängig zu machen“ (Habermas 1981, I: 441). Dieses Zugeständnis lässt das „Monstrum“ (Treibel 1997: 153) der Theorie kommunikativen Handelns insgesamt erheblich freundlicher erscheinen und zwar in zweifacher Weise.

Erstens wird die transportierte Bedeutung explizit von der Bedingung „vollständiger und wörtlicher Repräsentation“ in einzelnen Äußerungen gelöst (Habermas 1981, I: 443). Dies rechtfertigt Habermas durch die Annahme – die allerdings nicht als solche, sondern als bloßer Hinweis daherkommt –, dass es sich bei Gesprochenem eigentlich stets um *Verkürzungen* handelt und folglich durch Ergänzung impliziter Anteile – *Argumentationen in ihrer Standardform – rekonstruiert werden* kann (Habermas 1981, I: 441-442). Damit wird die Explikation symbolischer Anteile konkreter Argumentationsgänge zum ersten und wesentlichen Dreh- und Angelpunkt der Textanalyse. Die Rekonstruktion lediglich implizierter Bedeutungsgehalte lässt sich wiederum im Rekurs auf ein soziolinguistisches Modell der Textrezeption plausibilisieren, wie es für diese Zwecke bereits Mayring (1993: 38-41) zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht. Textanalyse vollzieht sich demgemäß stets als eine Kombination aus text- und wissensgeleiteten Verstehensprozessen, wobei nun genau die Ergänzung von Leerstellen durch das Vorwissen des Interpreten das ausmacht, was unter „Implizitem“ gemeinhin gefasst wird.³⁶

Zweitens ist die „Idealisierung“ der Theorie kommunikativen Handelns auch in Bezug auf das Verständnis von *Argumentieren* im engeren Sinne wesentlich. Streng genommen setzt Habermas seine Analyse von Kommunikationsprozessen zunächst auf einer relativ hohen Stufe von Reflexivität und Transparenz an; im Gegensatz zur „kommunikativen Alltagspraxis“ unterscheidet und konzentriert sich Habermas nämlich auf Argumentationen als einen „Typus von Rede, in dem die Teilnehmer strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren“ (Habermas 1981, I: 39). Dieser Idee von einem dialogisch organisiertem Diskurs, in dem eigene Gründe ausgeführt, fremde Argumente explizit aufgenommen und kritisiert werden, entsprechen öffentliche Debatten nun zwar eher selten. Nur selten werden Autoren kritizierter Stellungnahmen explizit

³⁶ Leider helfen die Verfahrensvorschläge Mayrings (1995) in der konkreten empirischen Analyse nicht weiter – so meine zugegebene persönliche Erfahrung –, sofern er die Explikation notwendigerweise generell diskutiert, also für die hier fokussierten Argumentationsstrukturen bzw. Diskursmomente keine spezifischen Regeln formulieren kann.

genannt oder sind implizit sicher zu benennen. Auch werden Argumente häufig nicht eindeutig als „Gegenargumente“ formuliert. Dennoch ist unverkennbar, dass ihre Funktion als Kritik bzw. Gegenargumente im Kontext anderslautender Argumente einer Debatte im Rahmen einer Diskursanalyse zu dechiffrieren ist.

Insbesondere wirbt politische Kommunikation im öffentlichen Raum im Rückgriff auf eben jene Geltungsgründe um Zustimmung, die Habermas für seine idealtypische Idee von „Diskurs“ für charakteristisch hält. Wesentliche Implikate realer Argumentationen lassen sich, so mein Vorschlag, durch Fragen an den Text in Form eines „stillen Dialogs“ problematisieren und auf implizite Bedeutungsgehalte hin prüfen. Der Forscher begibt sich dabei in die Rolle jenes Dialogpartners, den der politische Sprecher durch seinen Akt des Argumentierens vorgibt überzeugen zu wollen. Der wesentliche „Resonanzboden“ der perzipierten Argumentation bleibt dabei das eigene Vorwissen, das als Ausgangspunkt kritischer Fragen an den – natürlich nur virtuell präsenten – Sprecher dient: Würden sich Teile der Begründung im Verweis auf andere Erfahrungen kritisieren lassen? Bauen sich Erwartungen also auf Wissen über analytische Regeln auf, die nur durch Erfahrung als „wahr“ oder „falsch“ zu belegen sind? Könnte man die moralische Konformität der impliziten Stützungsregel problematisieren und dabei direkt auf sprachliche Verweise der Argumentation Bezug nehmen? Im Gegensatz zum Modell der Gruppenanalyse wie es vor allem die „objektive Hermeneutik“ vertritt, bleibt im Rahmen eines Projektes mit nur einem Forscher letztlich nur der „stille Dialog“, um alternative Leseweisen durch die Simulation eines theoretischen bzw. praktischen Diskurses im Sinne Habermas zu explizieren.

Die Verkürzungen des Textes sind dabei insbesondere im Rückgriff auf ein post-strukturalistisches Konzept von „Haltepunkten“ zu ergründen. Für politisches Sprechen ist nicht nur typisch, dass es Gründe über Schlagworte wie „Pflicht“, „Interessen“, „Gerechtigkeit“ gemeingültig wie unspezifisch andeutet. Charakteristisch ist vielmehr auch, dass bestimmte Debatten im Laufe ihrer Entwicklung „ihr“ Vokabular symbolischer Begriffe konstruierten bzw. aus anderen Debatten entlehnten. Für die Osterweiterungsdebatte ist beispielsweise das Moment der „deutschen Geschichte“ ein äußerst bedeutsames, dessen Auftreten ein mehr oder weniger eindeutig bestimmtes Narrativ deutscher Schuld gegenüber Mittel- und Osteuropa transportiert. Eine Diskursanalyse kann dies im Verweis auf Texte erkennen, in denen die Bedeutung „deutscher Geschichte“ im Zusammenhang mit der Osterweiterungsfrage bereits ausgeführt und damit explizit wird. Sie kann darüber hinaus dieses Vorwissen um die diskursiven Grundlagen der deutschen Osterweiterungsdebatte auch dazu nutzen, die Implikationen verkürzter Verweise auf die „deutsche Geschichte“ zu explizieren. Diese Interpretation ist dabei als hermeneutisch gewonnene Hypothese über eine mögliche Antwort zu werten, die der Sprecher auf die Frage „was meinen

Sie damit, die deutsche Geschichte verpflichte uns, eine Osterweiterung zu unterstützen?’ denn genau?’ wohl gegeben hätte.

4.3.2 Systematisieren von Lesarten

Bei der Explikation von Textsinn kann die Textanalyse allerdings dem oben diagnostizierten Problem der Zuordnung grundsätzlich nicht entkommen: Meint dieser Sprecher tatsächlich das gleiche mit „deutscher Geschichte“ wie jene anderen, die den Begriff in dieser oder jener Weise ausführen? Eine Diskursanalyse ist hier gehalten, die Zuordnung einzelner Formulierungen zu umfassenderen Diskursen herauszuarbeiten, den einzelnen Text also zu kontextualisieren. Im Falle einzelner Verweise auf „deutsche Geschichte“ geht es etwa für die meisten Autoren um die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg und der mit ihm verbundenen Zerstörung bzw. dem Tod einer Unzahl von Menschen in Mittel- und Osteuropa, andere thematisieren jedoch die Vertreibung von Deutschen. Ohne Kenntnis des Debattenkontextes ist der Sinn einzelner Verweise also nicht zu explizieren. Allerdings muss der Kontext erst mühsam konstruiert werden, er liegt als unbearbeiteter Textkorpus uns noch unzugänglich vor. Die Komplexität des Sprachgeschehens muss reduziert werden. Dies geschieht durch die Definition zentraler Deutungen („Diskursmomente“), denen Ankerbeispiele typischer Formulierungen zugeordnet werden. Diese Ankerbeispiele dienen in der Folge als wesentliche Referenz bei der Subsumtion weiterer Textstellen.

Im Rekurs auf Begrifflichkeiten der Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996) lässt sich dieser Prozess als ein Übergang vom „offenen“ zum „axialen Kodieren“ beschreiben.³⁷ Am Anfang eines aufzubauenden Kategoriensystems steht demgemäß das „offene Kodieren“, d.h., es werden vorläufige Kategorien aus dem noch rudimentären Wissen über die Debatte gewonnen (In-Vivo-Codes). Hierbei werden „die Daten in einzelne Teile aufgebrochen, gründlich untersucht, auf Ähnlichkeiten und Unterschiede hin verglichen, und [...] Fragen über die Phänomene gestellt, die sich in den Daten widerspiegeln“ (Strauss/Corbin 1996: 44). Sammeln sich Lesarten über den latenten Sinngehalt einzelner Formulierungen, nimmt deren Differenzierung und Ausarbeitung zu konsistenten Kategorien– das „axiale Kodieren“ – an Bedeutung zu. Hierbei wächst das vorhandene Wissen über den Textkorpus erstens in der Breite und Trennschärfe eines sich ausdifferenzierenden Kategoriensystems, d.h. es werden sukzessive mehr Kategorien definiert und als disjunkte Teilmengen erschlossener

³⁷ Auch wenn die Grounded Theory keine textanalytische Methode im engeren Sinne darstellt, steht doch das Kodieren, d.h. die Ableitung von Konzepten aus den Daten, im Zentrum. Eine entsprechende Kritik findet sich bereits in Titschler et al. (1999).

Textstellen gegeneinander abgegrenzt. Zweitens nimmt die Menge kategorisierter Textstellen zu und macht nicht nur eine regelmäßige Überprüfung der internen Konsistenz jeder Kategorie und Ankerbeispiele erforderlich, gegebenenfalls sind Kategorien auch aufzuteilen oder zusammenzufassen. Nach einer frühen Phase des offenen Kodierens und einer Zwischenphase des überwiegend axialen Kodierens gewinnt schließlich die *Kodierung von Text ohne weitere Anpassung des Kategorienschemas* immer mehr an Bedeutung. Sofern die Leistung des Kodierens hier nur noch in einer kritischen Anwendung des Kategorienschemas besteht, wirft insbesondere diese Phase die Frage nach der Güte der Typisierung bzw. Kategorisierung sprachlicher Ausdrücke auf.

Es ist für Inhaltsanalysen charakteristisch, dass zwei Gütekriterien der empirischen Sozialforschung miteinander permanent in Konflikt geraten: *Validität* als Anspruch, „das Richtige“ gültig zu messen, und *Reliabilität* als Anspruch, „das Richtige“ zuverlässig zu messen. Das Bewusstsein dafür, dass beide vielfach in einem unauflöslichen Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, ist für eine sozialwissenschaftliche Diskursanalyse wesentlich³⁸, und zwar nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Problems der *Zuordnung*: Wie kann eine Lesart als stichhaltig erkannt werden, wenn die Ambivalenz sprachlicher Ausdrücke substantieller Bestandteil des Analysegegenstandes ist? Auch im Rahmen von Textanalysen drückt sich die Gültigkeit der Ergebnisse (*Validität*) definitionsgemäß darin aus, dass das Gemessene tatsächlich relevant im Sinne der Fragestellung ist, und bleibt damit das wesentliche Leitmotiv jeder sozialwissenschaftlicher Analyse. Da Textanalysen Hypothesen über eine Korrespondenz von sprachlichen Ausdrücken und latenten Diskursmomenten formulieren, ist die Gültigkeit dieser Hypothesen zunächst vor allem eine Frage der korrekten *Explikation von Textsinn*. Die Textanalyse muss allerdings auch die Zuverlässigkeit (*Reliabilität*) ihrer Schlüsse im Auge behalten. Hier geht es etwa um die Frage, ob der gleiche Text am nächsten Tag oder von einer anderen Person analysiert mit den gleichen Diskursmomenten assoziiert worden wäre – ein Problem, das durch eindeutige Kategorienbeschreibungen und treffende Ankerbeispiele optimiert wird und gegebenenfalls durch einen Test auf übereinstimmende Kodierungen von unabhängigen Personen sogar exakt überprüft werden kann.

Ein Optimieren von Reliabilität bringt allerdings angesichts des Problems der Zuordnung einen Verlust an Validität mit sich, weil theoretisch besonders interessante Zweifelsfälle ausgeschlossen werden. Letztlich erhöht sich die Reliabilität zwar in dem Maße, in dem Kategorien ausgearbeitet werden, die Relevanz der Ergebnisse ist aber gefährdet, wenn nicht genug zu Explizierendes überhaupt zum Gegenstand

³⁸ Vgl. aber die grundsätzliche Abwehr dieser Gütekriterien etwa bei Mayring (1993: 100-101).

wird. Eine ausschließende, auf die Reliabilität fixierte Forschungslogik gefährdet den Sinn der Analyse, sofern deren Gegenstand überproportional in den Zweifelsfällen zu finden ist. Ich behandle in meiner Analyse das Kriterium der Validität prioritär. Es wird auch schwer zu identifizierenden Bestandteilen vorgefundener Argumentationen nachgegangen, allerdings im Text immer wieder darauf verwiesen. *Der wesentliche Reliabilitätstest liegt dabei in der ausführlichen Referenz jener Textstellen, die meiner Kodierung als „Ankerbeispiele“ selbst zugrunde lagen und den Text systematisch durchziehen.* Der Leser übernimmt hier die Rolle des zweiten Kodierers, dessen eigene Lesart gegebenenfalls mit meiner in Konkurrenz tritt und sie in Frage stellt.

4.3.3 Analyseeinheiten und -kategorien

Praktisch begann die Analyse mit dem Lesen und Markierungen „texttragender Stellen“, also Passagen mit erweiterungsbezogenen Aussagen. Primäre Analyseeinheit sind „Argumente“, denen eine unbestimmte Anzahl von Präferenzen und Gründen zugeordnet werden. „Argumente“ bilden entsprechend auch die „Fälle“ des späteren Datensatzes, mit Kategorien alternativer Präferenzen und Gründe als „Variablen“. Die konsistente Kodierung von Argumenten ist allerdings eine methodisch heikle Angelegenheit. So lässt sich etwa die Länge einer zu kodierenden Argumentation theoretisch über Interpunktion bzw. Abschnitts- oder Absatzgliederungen reliabel bestimmen – jeder wäre in der Lage, eine Argumentation zuverlässig zu identifizieren. Aber *Interpunktion oder Absatzgliederung stellen keinesfalls empirisch valide Indikatoren für das dar, was der Autor oder Leser in seinem Kopf zu einer inhaltlich bestimmten Argumentation zusammensetzt.* Die Ergebnisse der Linguistik bleiben diesbezüglich rudimentär (vgl. etwa die Beiträge in Coulthard 1994, v.a. Bolívar 1994). Auf der anderen Seite hat van Dijk überzeugend gezeigt, dass eine soziolinguistische Analyse von Textstrukturen ganz auf die inhaltliche Entwicklung von Argumentationsgängen abheben muss (etwa van Dijk/Kintsch 1983, van Dijk 1997, Wodak et al. 1997). Auch ich operationalisiere Argumente daher rein über zu explizierende Bedeutungsgehalte. Interpunktion oder Absatzgliederung können also den Anfang oder das Ende von Argumentationen nahelegen, sind aber keine notwendigen oder gar hinreichenden Bedingungen einer entsprechenden Kodierung.

Bei der hermeneutischen Erschließung texttragender Stellen konzentriert sich die Analyse entsprechend auf ein argumentationslogisches Vorverständnis von Argumenten und deren relevante Bestandteile³⁹. Den Begriff des Arguments übernehme

³⁹ Vgl. den Begriff der „Code-Familie“ bei Strauss/Corbin (1996: 78-89).

ich in Anlehnung an Habermas von Toulmin (1996, Toulmin et al. 1979, Habermas 1981, I: 48). Dieser unterscheidet grundsätzlich zwischen der Behauptung bzw. Konklusion, deren Gültigkeit begründet werden soll, und dem eigentlichen Grund (Toulmin 1996: 88-98); idealtypisch folgen Argumente also immer der Form „X ist (Behauptung); dies ist so, weil Y (Grund)“. Gründe zerfallen schließlich in *explizit formulierte Daten* und *implizite Regeln*, die eine bestimmte Behauptung als wahre, richtige oder wahrhaftige Folge einer explizit beschriebenen Situation erscheinen lassen. Als Beispiel verwendet Toulmin hier die Behauptung „Harry hat die britische Staatsbürgerschaft“. Diese Behauptung lässt sich über das Datum begründen „Harry wurde auf den Bermudas geboren“, aber nur sofern die Schlussregel „Wer auf den Bermudas geboren wurde, bekommt die britische Staatsangehörigkeit“ implizit hinzugenommen und akzeptiert wird. Wird dieses Argument bestritten, so etwa, indem die implizit behauptete Wahrheit der Daten (Geburtsort Harrys) oder der Schlussregel (die Staatsangehörigkeit ist in der Regel gleich dem Land, in dem der Geburtsort liegt) zum Gegenstand kontrovers aufgegriffen und problematisiert wird (Harrys Eltern leben heute in Naumburg und sind begeisterte Globetrotter). In diesem Fall ist gegebenenfalls die Schlussregel durch weitere *Evidenzen* zu stützen – etwa einem Verweis auf das entsprechende Staatsbürgerschaftsrecht oder die Information, dass Harrys Familie ursprünglich von den Bermudas stammt. Beschränkt Toulmin seine ursprünglichen Ausführungen noch auf solche Schlussregeln, die der „ersten Welt“ zuzurechnen bzw. im Sinne der obigen Differenzierung unterschiedlicher Ideen als „analytische Regeln“ zu thematisieren sind (vgl. allerdings Toulmin et al. 1979), lassen sich im Anschluss an Habermas nun auch moralische Standards und Identitätsbezüge einbeziehen.

Ich unterscheide im Sinne der Argumentationsanalyse zwischen *Behauptung*, deren Bedingungen und Gründe, wobei Gründe mit Toulmin in *explizite Daten*, *implizite Schlussregeln* und weitergehende *Evidenzen* differenziert werden. Eine solche Systematik erscheint mir vor dem Hintergrund der vorliegenden Literatur als hinreichend. Auch wenn diese Unschärfen des Toulminischen Ansatzes ausführlich diskutiert wurden, bleibt der heuristische Wert der Kategorien selbst unbestritten (vgl. Bußhoff 1997: 101-17, Kuhlmann 1999: 33-38).

Erweiterungspräferenzen sind der zentrale propositionale Gehalt erschlossener *Behauptungen*. Erhoben wurden alle negativ- bzw. positiv-wertenden Stellungnahmen für oder gegen (d.h. Urteile über) eine politische und/oder wirtschaftliche Integration von Ländern Mittel- und Osteuropas. Solche Stellungnahmen können hinsichtlich ihres illokutionären Anteils völlig unterschiedlich ausfallen. Mit Forderungen, Wünschen, Vorschlägen oder einfachen Feststellungen eines Sachzwangs sind Akteure in der Lage, politische Position zu beziehen, ihre Position zu stärken bzw. fremde Positionen zu schwächen. Nur zum Teil werden entsprechende Wertungen

allerdings *explizit*. Zum Teil setzen Begründungen eine Präferenz als Implikat auch lediglich voraus, werden aber vom Sprecher nicht ausgeführt. Hier kann sie aus dem Zusammenhang erschlossen werden, sofern zugunsten oder gegen bestimmte Entscheidungen argumentiert wird und diese Richtung der Argumentation zwingend erschien.

Einen Sonderfall stellen Stellungnahmen zugunsten restriktiver Beitrittskriterien, Übergangsfristen oder institutioneller Reformen der europäischen Institutionen dar. Sie verweisen im Falle von Beitrittskriterien und Übergangsfristen bereits logisch auf eine grundsätzliche Erweiterungspräferenz, die an Bedingungen geknüpft wird. Sie sind damit *Ausnahmebedingungen* im Sinne der Argumentationstheorie und als wesentliches Strukturmerkmal der Osterweiterungsdebatte zu explizieren. Darüber hinaus werden Reformen mit dem Verweis begründet, sie seien eine Vorbedingung für grundsätzlich wünschenswerte Osterweiterung. Auch diese Stellungnahmen werden als „bedingte Erweiterungspräferenzen“ erfasst.

Inhaltlich fokussiert meine Analyse Argumente, in denen eine bestimmte Osterweiterungspolitik unter der Angabe bestimmter Gründe vertreten wird. In diesem Sinne bildet das Auffinden einer Erweiterungspräferenz den Ausgangspunkt eines relevanten „Arguments“. Für die empirische Analyse wird das Kriterium „begründet“ allerdings relativiert. Als Analyse- und Zählseinheit dienen Erweiterungspräferenzen auch, wenn ihnen im spezifischen Fall keine Gründe zugeordnet werden können. Zudem werden im Zuge komplexer Argumentationsgänge häufig mehrere Präferenzen – d.h. positive oder negativ evaluative Aussagen zu erweiterungspolitischen Entscheidungen – geäußert. Das rhetorische Mittel der Reihung ist zwar instruktiv und wird bei der Interpretation als Hinweis auf die diskursive Konstruktion von Äquivalenzen berücksichtigt. Für die Strukturierung des Datensatzes ist es jedoch notwendig, jede Präferenz als Ausgangspunkt eines eigenen Arguments zu werten und eine eigene Zeile des Datensatzes zuzuweisen. Dies ist kein Informationsverlust, weil auch ineinander verwobene Einzelargumente als Bestandteil eines Textes bzw. über ihre ebenfalls kodierte Position innerhalb dieses Textes aufeinander bezogen werden können. Im Übrigen werden umgekehrt Gründe gegebenenfalls mehreren Einzelargumenten zugerechnet.

Als (implizite) *Schlussregeln* konzentriert sich die Analyse erstens auf *Normen*. Normen treten idealerweise in einem „moralisch-praktischen Diskurs“ an die sprachliche Oberfläche, sofern „die Richtigkeit einer bestimmten Handlung mit Bezugnahme auf eine gegebene Norm wie auch, auf der nächsten Stufe, die Richtigkeit einer solchen Norm selber“ (Habermas 1981, I: 447) problematisiert wird. Bei der Analyse politischen Sprachgeschehens zeigt sich allerdings auch, dass Akteure keineswegs nur die normative Angemessenheit einer Politik thematisieren, wenn sie ihnen zweifelhaft scheint. Sie greifen zu normativen Begründungen vielmehr gerade

auch dann, wenn sie „ihre“ Politik für besonders „moralisch“ halten, deren normative Angemessenheit also keinesfalls im Sinne eines „moralisch-praktischen Diskurses“ zur Disposition steht. Gerade im Sinne einer solchen argumentativen „Bezugnahme“ als relevante Regel kann eine typische „*moralische Argumentation*“ somit als eine *rhetorische Figur bezeichnet werden, bei der ein Sprecher eine Position im Verweis auf eine bestimmte Norm begründet bzw. die Angemessenheit einer fremden Position im Verweis auf eine bestimmte Norm bestreitet*. Die Norm selbst bleibt dabei implizit, wird aber über Schlüsselbegriffe wie „Gerechtigkeit“, „Schuld“ oder „Verantwortung“ als den wesentlichen „Daten“ normativer Argumentationen erschlossen.

Darüber hinaus wurden zweitens *Kausalannahmen* als weiterer Typ (impliziter) Schlussregeln fokussiert. Diese treten zutage, wenn Sprecher eine bestimmte Position mit explizitem Verweis auf die Erwartung einer bestimmten *Konsequenz* als Datum begründet. Eine „*konsequenzialistische Argumentation*“ kann entsprechend als eine *rhetorische Figur bezeichnet werden, bei der ein Sprecher eine Position mit Verweis auf die Erwartung einer bestimmten Konsequenz begründet*. Jede Nennung einer Konsequenz transportiert implizit mindestens eine negative oder positive Kausalannahme, nämlich die zwischen Erweiterungspolitik und der explizit genannten Konsequenz – Wohlstand, Sicherheit, Arbeitsplätze usw. Im Falle der Osterweiterungsdebatte erscheint mir eine standardisierte Kodierung für positive, negative und fehlende Kausalität hinreichend.

Für die quantitative Auswertung besonders gekennzeichnet wurden schließlich *Benefiziar- und Wertbezüge*. Essentiell für ein Verständnis politischer Debatte ist zum einen die Frage, wessen Interessen eigentlich fokussiert werden, wer also die Nutznießer und Leidtragenden der jeweiligen Politiken sind, die zur Diskussion stehen. Dies scheint mir Habermas bei seiner Diskussion „ethisch-politischer Fragen“ im Auge zu haben. Argumentiert ein Sprecher für eine Osterweiterung im Rekurs auf die Sicherung „deutscher Arbeitsplätze“, wird „Deutschland/Deutsche“ als Benefiziarbezug kodiert. Wird hingegen von der „Stabilität in Europa“ gesprochen, ist „Europa/Europäer“ der explizit genannte Benefiziarbezug. In der Summe ergeben sich somit Aufschlüsse auf jene politische Kollektive, deren Interessen die Debatte thematisiert. Neben Benefiziarbezügen werden zum anderen Wertbezüge kodiert. Wie in Kapitel 2.2 thematisiert, ist es für die Theoriedebatte von besonderem Interesse zu beschreiben, welche „outcomes“ internationaler Politik gesellschaftliche Unterstützung sichert. Dieser Frage wird in Kapitel 5 durch die Kategorisierung eingeführter Konsequenzen nach generalisierten Wertprioritäten wie Wohlstand, Sicherheit, Umweltschutz oder Prestige nachgegangen.

Als zusätzlich eingeführte *Evidenzen* werden erstens *historische Narrative* systematisch berücksichtigt. Narrative heißen bei mir *zu mehr oder weniger ausführlichen*

Erzählungen geronnene historisch-spezifische Erfahrung (vgl. auch Hajers Begriff der „story-lines“, Hajer 1995). Vor allem in normativen Argumentationen spielen historische Narrative – zumindest im Falle der betrachteten Erweiterungsdebatte – eine große Rolle, weil sie Evidenzen über Schuld, erhaltene Zuwendungen und erfahrenes Unrecht transportieren. Als zweite Form von Stützungswissen bilden schließlich *Paradigmen* ein wichtiger Bestandteil empirischer Erweiterungsargumentationen. Hierunter verstehe ich die explizite Ausführung eines grundlegenden Zusammenhangs zwischen Politik und Handlungsfolgen, meist in Form generalisierter Erwartungen von Ursachen und Wirkung. Hier werden komplexe Strukturen analytischen Wissens an die sprachliche Oberfläche gebracht, die angesichts konkret formulierter Konsequenzerwartungen als „Datum“ erweiterungsbezogener Argumentationen häufig implizit bleiben. Hierauf wird in Kapitel 5 ausführlich eingegangen.

Zur Illustration meiner Textanalyse zwei *Beispiele* aus Redebeiträgen im Deutschen Bundestag. Das erste stammt von Rudolf Seiters und illustriert eine stark auf Konsequenzen abhebende Argumentation:

„Ich denke, wir haben [...] allen Grund, [...] die Möglichkeiten der Osterweiterung als eine großartige Chance für ganz Europa zu verstehen und auch zu nutzen. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) Es liegt in unserem eigenen deutschen Interesse, daß Frieden und Sicherheit durch Integration weiter gefestigt werden“ (Rudolf Seiters 13/210: 19117).

Die Formulierung „wir haben allen Grund, die Möglichkeit einer Osterweiterung auch zu nutzen“ ist eindeutig als eine allgemeine Präferenz für eine Osterweiterung zu werten. Dem Argument wird die Erwartung beigegeben, eine Osterweiterung werde positive Konsequenzen für Europa im Allgemeinen („großartige Chance für ganz Europa“) haben. Diese Konsequenzerwartung bildet das erste wesentliche „Datum“ der Argumentation, das im zweiten Satz durch „Frieden und Sicherheit“ präzisiert wird. Behauptung und Datum implizieren somit drei Kausalannahmen als Schlussregeln, die kodiert werden („Osterweiterung fördert Wohl Europas“, „Osterweiterung fördert Sicherheit Europas“, „Osterweiterung fördert Frieden Europas“). Das Argument ist darüber hinaus instruktiv, sofern der zweite Satz zusätzliche Evidenzen beibringt, die den im ersten Satz formulierten Schluss stützen: Integration festigt grundsätzlich, so die Annahme, Frieden und Sicherheit in Europa. Darüber hinaus werden Sicherheit und Frieden in Europa direkt mit dem deutschen Interesse assoziiert. Vor dem Hintergrund anderer Argumentationen im Kontext dieser Rede Rudolf Seiters' lassen sich diese Evidenzen erstens als Teil eines weit verbreiteten Verständnisses über die positiven Folgen von Multilateralismus/Integration interpretieren. Zweitens lässt sich der direkte Schluss von „Frieden und Sicherheit“ in Europa auf das deutsche Wohl auch auf die Idee einer deutschen „Mittellage“ bzw. „eu-

ropäischer Interdependenz“ zurückführen. Während allerdings der erste Zusammenhang mit „Frieden und Freiheit durch Integration“ fast idealtypisch ausformuliert wird, fehlt ein Verweis auf „Mittellage“ oder „Interdependenz“ vollständig.

Das zweite Beispiel stammt vom damaligen deutschen Außenminister Klaus Kinkel und illustriert mein Verständnis stark normativer Argumentationen:

„Wir Deutschen sollten uns daran erinnern: Ohne den Freiheitswillen unserer östlichen Nachbarn und Freunde hätten wir unser wichtigstes nationales Ziel, die Wiedervereinigung, nicht erreicht. [...] Deshalb war und ist es für uns Deutsche eine historische und auch eine moralische Pflicht, diesen Ländern bei [...] ihrem Beitritt [...] zur Europäischen Union zu helfen“ (Kinkel 13/224: 20431).

Der zweite Satz lässt sich als Ausgangspunkt eines erweiterungsbezogenen Arguments nutzen. Eine deutsche Osterweiterungspolitik zugunsten „östlicher Nachbarn und Freunde“ (Behauptung) wird mit Verweis auf eine „historische“ und „moralische Pflicht“ (Datum) gefordert. Diese „historische Pflicht“ lässt sich allerdings erst über den ersten Satz im Sinne einer Schlussregel vollständig interpretieren, der das Motiv der „Dankbarkeit“ zwar nicht benennt, aber das dazugehörige Narrativ reproduziert: Angesichts ihrer Verdienste als „Wegbereiter der Einheit“ sind Deutsche den Polen, Tschechen und Ungarn zu Dank verpflichtet. Die implizite Schlussregel lautet hier: Gunst und Schaden ist zu vergelten, auch über größere historische Zeiträume – und damit gegebenenfalls Generationen – hinweg. Darüber hinaus ist allerdings auch bemerkenswert, dass der Begriff „Freunde“ ein spezifisches Verpflichtungsverhältnis impliziert, das auf Gemeinschaft basiert und zur Solidarität verpflichtet.

4.3.4 *Quantitative Textanalyse*

Mit der Explikation und Systematisierung argumentativer Textmerkmale endet jedoch keineswegs das Erkenntnisinteresse meiner Analyse. Soll etwa die Bedeutung einzelner Diskursmomente erhoben werden, ist die Verteilung entsprechender Argumente im öffentlichen Raum ein wesentlicher Indikator. Hier ergeben sich allerdings bei der Analyse größerer Textkorpi und entsprechender Mengen an Textmerkmalen intellektuelle Kapazitätsprobleme, die eine Verifizierung einfachster Aussagen etwa zur relativen Bedeutung einzelner Argumentationsweisen erheblich erschweren. Ein quantitativer Überblick über die erhobenen Textmerkmale ist aber nur der erste Schritt. Es ergeben sich weitere Analysemöglichkeiten, deren Reichweite ein wesentliches Desiderat einer argumentationslogischen Diskursanalyse darstellt. Die wesentliche Frage, die hier an die Gesamtheit der kodierten Textmerkmale gestellt wird, ist die ihres gemeinsamen Auftretens in bestimmten Beiträgen und in Form komplexer argumentativer Strukturen, d.h. des Grads ihrer *argumentativen Integration im sprachlichen Vordergrund*. Es geht dabei etwa um die Frage, welche Gründe typischerweise zur Stützung welcher Positionen eingebracht werden. Neben

der textgestützten Kodierung ihrer direkten argumentativen Verknüpfung interessiert dabei auch, ob Sprechbeiträge häufig bestimmte Argumentationen gemeinsam vortragen und diese damit – gegebenenfalls ohne direkt miteinander verknüpft zu sein – als festes „Paket“ zirkulieren und solchermassen möglicherweise auf distinkte Diskurspartitionen verweisen.

Zur Operationalisierung dieses Kriteriums „argumentativer Integration“ lässt sich, neben einer einfachen Auszählung des gemeinsamen Auftretens bestimmter Textmerkmale in Dokumenten, auch auf einschlägige Ähnlichkeitsmaße der Statistikk-literatur zurückgreifen (Batagelj/Bren 1993). Die Auswahl eines bestimmten Ähnlichkeitsmaßes ist keineswegs trivial und verdient einige Aufmerksamkeit bei der (auch) quantifizierenden Analyse. Grundsätzlich sind Textmerkmale diskrete Ereignisse, d.h. sie können entweder in einem bestimmten Text, einem bestimmten Abschnitt vorhanden sein oder nicht. Der daher im Zuge einer Textanalyse zu gewinnende „Datensatz“ ist typischerweise eine Matrix aus sogenannten „Dummies“ mit einer jeweils binären Kodierung von Null und Eins. Für die Analyse argumentativer Integration zweier Merkmale ergibt sich eine Vierfeldermatrix (Tabelle 4.5). Hier geht es zunächst – wie auch in Korrelationsanalysen sonst – um das gemeinsame Auftreten eines Merkmals (a). Während in „normalen“ Korrelationsanalysen nun auch das gemeinsame Nichtauftreten eines Merkmals (d) als gleichermaßen bemerkenswerte Übereinstimmungen von A und B gewertet werden, ist dies im Rahmen einer Textanalyse nicht sinnvoll, denn hier handelt sich im Falle von Textmerkmalen typischerweise um ein gleichermaßen inflationäres wie informationsarmes Ereignis. Ist das Kategoriensystem groß und die Komplexität der kodierten Textpassagen („Fälle“) gering, ist die Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines bestimmten Merkmals notwendigerweise im Mittel ebenfalls gering und kein Hinweis auf ein erklärungsbedürftiges oder gar vom Autor intendiertes „Aussparen“. Berechnet man daher gängige Korrelationskoeffizienten, kommt es häufig vor, dass eine hohe Varianz der Korrelationen ausgewiesen wird, die bei genauerem Blick in die entsprechende Kreuztabelle arbiträr auf einem unregelmäßig verteilten Fehlen beider Merkmale beruht. Tabelle 4.5 illustriert diesen Umstand durch eine Reihe von Verteilungsbeispielen, wobei nur die Besetzung der Zelle „d“ variiert. Die berechnete Produktmomentkorrelation – hier in seiner vereinfachten Version für Vier-Felder-Tafeln (Phi-Koeffizient, vgl. Fleiss 1983) – zeigt seine extreme Abhängigkeit vom relativen Anteil synchroner Merkmalsabstinenz, obgleich die für eine Textanalyse interessierende Verteilung in den Zellen a, b und c konstant bleibt. Nicht nur die absolute Größe der berechneten Korrelationskoeffizienten variiert deutlich, auch das Vorzeichen ändert sich.

Tab. 4.5: Jaccard- versus Korrelationskoeffizient bei typischen Verteilungen

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	a	b	$\varphi = (ad-bc) / \sqrt{(a+b)(a+c)(b+d)(c+d)}$ $J = a / (a+b+c)$
	fehlt	c	d	

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,27$ $J = 0,20$
	fehlt	10	200	

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,17$ $J = 0,20$
	fehlt	10	50	

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,08$ $J = 0,20$
	fehlt	10	30	

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = -0,17$ $J = 0,20$
	fehlt	10	10	

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = -0,67$ $J = 0,20$
	fehlt	10	0	

Der alternativ berechnete *Jaccard-Koeffizient* ist demgegenüber nur als Anteil gemeinsamer Auftritte (a) an der Summe aller Merkmalsauftritte von A und B (a+b+c) definiert und bleibt in den gewählten Beispielen konstant. Er kann somit als ein adäquates Maß der argumentativen Integration zweier Merkmale aufgefasst werden. Als Anteilswert wird er 0 beim völligen Fehlen gemeinsamen Auftretens in Texten und erreicht sein Maximum von 1, wenn sich die Merkmale ausschließlich gemeinsam in Texten finden. Auf der Grundlage einer Matrix aus Jaccard-Koeffizienten wurden im Laufe der Analyse immer wieder Clusteranalysen (Average-Linkage-/Between-

Groups-Algorithmus) durchgeführt, die eine intensive Analyse der zugrunde liegenden Häufigkeitsverteilungen und Ähnlichkeitswerte ergänzten (Steinhausen/Langer 1977, Backhaus et al. 1994). Das Ergebnis dieser Analysen ist eine wesentliche Vereinfachung des Tableaus der in der Erweiterungsdebatte vertretenen Textmerkmale und erscheint mir als „quantitative“ Kontrolle eigener Interpretationen aus der „qualitativen“ Textanalyse von immensem Vorteil.

4.4. Die Analyse des kognitiven Hintergrundes

Für die Analyse des kognitiven Hintergrundes der deutschen Osterweiterungsdebatte stütze ich mich auf Umfragedaten, wie sie im Rahmen der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“ (Ecker 1998, Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001, Ecker-Ehrhardt 2001) erhoben wurden. Verwendet werden die Antworten von Mitgliedern der deutschen „Integrationselite“, deren Auswahl allerdings vor dem Hintergrund eines anderen theoretischen Kontextes erfolgte (ausführlich Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 17-30).

Der Umfrage zugrunde lag die Idee einer einflussreichen „Integrationselite“, zu der all jene Personen gerechnet wurden, die über die Macht verfügen, integrationspolitische Entscheidungen von Bedeutung maßgeblich zu beeinflussen bzw. eigene transnationale Verflechtung selbst aktiv zu betreiben.⁴⁰ Operationalisiert wurde „Macht“ in der Tradition der einschlägigen Eliteforschung unter der Annahme, dass „Machtausübung in komplexen Gesellschaften die Verfügungsgewalt über Ressourcen voraussetzt, die an die Einnahme formaler Führungspositionen gebunden ist“ (Hoffmann-Lange 1992: 355). Gemäß der sogenannten „Positionsmethode“ sind entsprechend diejenigen zu ermitteln, die sich in führenden Positionen großer Organisationen und Institutionen befinden, etwa als Parlamentarier, Minister, Wirtschafts- und Medienunternehmer, Gewerkschaftsführer oder Vorstände von Verbänden. Die Auswahl der Befragten erfolgte durch eine Stichprobe aus der Positionsliste der letzten großen Elitestudie in Deutschland, der sogenannten „Potsdamer Elitestudie“.⁴¹ Deren Liste umfasst 4587 Positionen, von denen für die deutsche Studie 1200 zufällig ausgewählt wurden. 437 der Angeschriebenen schickten die Fragebögen ausge-

⁴⁰ Diese Definition konkretisiert die Idee einer „*politically relevant strata*“, wie sie die Integrationsforschung in der Tradition von Karl W. Deutsch anvisiert (vgl. Deutsch 1967, Deutsch et al. 1971, Deutsch/Edinger 1973, Axelrod 1976, Holsti/Rosenau 1984, Sinnott 1995).

⁴¹ Eine weitergehende Referenz findet sich in Ecker (1998), Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001) bzw. der Publikation der Potsdamer Studie selbst (Machatzke 1997).

Tab. 4.6: Samplestruktur nach gesellschaftlichen Sektoren

	Potsdamer Positionsliste		Deutsch-Polnische Elitestudie							
			Positions- sample		Personen- sample		Rücklauf			
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Politik	1082	23,6	281	23,4	266	23,5	90	23,0	152	38,8
Verwaltung	683	14,8	153	12,8	146	12,9	62	15,8		
Justiz	77	1,7	23	1,9	23	2,0	11	2,8	33	8,4
Militär	160	3,5	42	3,5	40	3,5	22	5,6		
Wirtschaft	539	11,8	129	10,8	115	10,2	27	6,9	207	52,8
Finanzwirtschaft	338	7,4	109	9,1	97	8,6	22	5,6		
Wirtschaftsverbände	428	9,3	126	10,5	123	10,9	34	8,7		
Gewerkschaften	168	3,7	48	4,0	48	4,2	22	5,6		
Berufsverbände	79	1,7	27	2,3	27	2,4	13	3,3		
Wissenschaft	221	4,8	61	5,1	58	5,1	27	6,9		
Massenmedien	529	11,5	135	11,3	131	11,6	40	10,2		
Kultur	205	4,5	51	4,3	42	3,7	13	3,3		
Kirchen	61	1,3	12	1,0	12	1,1	8	2,0		
Zentr. Organisationen	17	0,4	3	0,3	2	,2	1	0,3		
Summe	4587	100	1200	100	1130	100,0	392	100	392	100

füllt zurück (Rücklaufquote 39 Prozent), wovon allerdings 37 die Chance nutzten, ihr Rückschreiben vollständig zu anonymisieren, so dass ihre Antworten keiner konkreten Position mehr zugeordnet werden konnten (Tabelle 4.6).

Der Wert der Umfrage für den hier gesteckten Rahmen liegt darin, dass sie das auch für die deutsche Osterweiterungsdebatte geltende *Problem der Zugänglichkeit* zumindest partiell lösen kann. Sofern die „Integrationselite“ einflussreiche Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Sektoren umfasst, eröffnet sie einen alternativen Zugriff auf wesentliche Deutungen, auf deren Grundlage integrationspolitische Entscheidungen wie die zur Osterweiterung bewertet und in privaten und teilöffentlichen Debatten diskutiert werden. Sie ist damit theoretisch als „liberales“ Korrektiv einer „konstruktivistischen“ Analyse zu verstehen, die sprachlich vermittelte Deutungskonflikte fokussiert, ohne allerdings alle gesellschaftlichen Foren erreichen zu können, in denen diese Deutungskonflikte stattfinden. Durch eine Analyse von Antworten einer über ihre formalen Einflussressourcen bestimmten „Integrationselite“, so die Annahme, lassen sich auch Deutungsstrukturen ermitteln, die nicht aus den Debattenbeiträgen einer massenmedial vermittelten Gemeinöffentlichkeit gelesen

werden können – etwa weil sie nicht problematisch genug sind, um selbst Thema zu werden oder aber aus strategischen Gründen nicht authentisch geäußert werden.

Die Validität der Ergebnisse variiert allerdings erheblich mit Blick auf wen genau sich die Aussagen beziehen. Das Design der Umfrage beruht auf der Idee einer „Integrationselite“, in dieser Hinsicht bietet die Stichprobe ein repräsentatives Bild und kann einen relativ hohen Grad an Validität beanspruchen. Dem liegt zunächst die Annahme zugrunde, dass die Positionsmethode das Kriterium von „Einfluss auf integrationspolitische Entscheidungen“ hinreichend präzise operationalisiert.

Als Indikator des „kognitiven Hintergrundes“ der Osterweiterungsdebatte ist die Validität der Ergebnisse entsprechend leichter zu begründen, je höher der Anteil der erfassten „Integrationselite“ an den Teilnehmern dieser nicht- oder teil-öffentlichen Diskussionsprozesse tatsächlich ist. Ein konkreter Vergleich mit der getroffenen Auswahl von Sprechergruppen – Redner im Deutschen Bundestag und Kommentatoren von FAZ, SZ und TAZ – macht hier allerdings die *Grenzen der direkten Korrespondenz von Sprechern und Befragten* klar. Zwar sind alle Personen mit Rederecht im Deutschen Bundestag Teil der definierten „Integrationselite“ und stehen auf der Auswahlliste der Potsdamer Elitestudie. Es wurden jedoch weder alle Sprecher auch tatsächlich befragt, noch wurden die Befragten (bzw. alle die auf der Auswahlliste standen und eine Chance hatten, in die Stichprobe zu gelangen) in der Regel tatsächlich als Redner bzw. Autoren aktiv. Ähnlich sieht es bei den Zeitungskommentatoren aus. Im Sektor „Massenmedien“ umfasst die Auswahlliste im Falle der Printmedien die Herausgeber, Chefredakteure, deren Stellvertreter und die zuständigen Herausgeber für Politik bzw. Nachrichten; hierunter finden sich zwar auch wichtige Kommentatoren, aber wiederum nicht alle Autoren der analysierten Kommentare und ein überwiegender Teil von Personen, die gar keine Kommentare zum Thema Osterweiterung verfasst haben.⁴²

Dieser Mangel an direkter Korrespondenz ist jedoch unproblematisch, sofern die Grundüberlegungen der Diskursanalyse zutreffen und die erfassten Einstellungen Ausdruck sozialer Deutungsstrukturen sind, die „Positionseliten“ mit den Teilnehmern der Osterweiterungsdebatte im weiteren Sinne teilen. Der Wert der Elitenumfrage hängt damit vom Grad der *diskursiven Integration der deutschen Positionselite in vertikaler wie horizontaler Hinsicht* ab.

In *vertikaler* Hinsicht geht es um die Frage, inwieweit Personen mit höchsten Führungspositionen wesentliche Deutungen mit ihrem organisationsinternen Umfeld

⁴² Darüber hinaus hat die Befragung von solchermaßen „Mächtigen“ übrigens auch den Vorteil, dass eine zum „rhetorical entrapment“ (Schimmelfennig 2001, 2003) alternative These irrelevant wird: ein auf mangelnde Zugangschancen beruhender Ausschluss bestimmter Sprecher aus der öffentlichen Diskussion.

teilen, also Chefredakteure ähnlich denken wie der Rest der Redaktion, oder Fraktionsvorsitzende wie die Abgeordneten, die sie gewählt haben. Eine solche Annahme scheint mir weitgehend plausibel. Mein Argument, die erfragten Einstellungen als validen Indikator des „kognitiven Hintergrunds“ der formulierten Reden und Zeitungskommentare zu nehmen, beruht somit auf der Annahme, dass Sprecher und Befragte über gemeinsame diskursive Zusammenhänge integriert sind, die unterschiedliche Deutungen über Fraktions- oder Redaktionsgrenzen hinweg zulässt, aber eine systematische, vertikale Differenzierung von Diskursen angesichts interner Diskussionen und Rekrutierungsprozesse innerhalb von Fraktionen, Parteien, Redaktionen usw. ausschließt.

In *horizontaler* Hinsicht geht es um die Frage, inwieweit Deutungen sektorspezifisch sind. Diese Frage ist gleich zweifach wichtig. Erstens erfolgte auch die Auswahl der Foren „Parlament“ und „Zeitungen“ mit den Zielrichtungen, die Argumente der Osterweiterungsdebatte bzw. die ihnen zugrunde liegenden Diskursstrukturen in einem weiteren Sinne zu ergründen. Der „kognitive Hintergrund der Osterweiterungsdebatte“ meint darum in einem engeren Sinn zunächst die Einstellungen der konkret analysierten Reden und Kommentare bzw. Redner und Kommentatoren, in einem weiteren Sinne aber die Einstellungen all jener, die sich in den verschiedensten Foren zum Thema austauschen. Insofern beansprucht die Analyse, generalisierte Aussagen zu treffen, die sich nicht nur auf Parlament und Zeitungsredaktionen beziehen lassen, sondern auch – mit Abstrichen – für die Wirtschaft, Wissenschaft oder etwa die Kirche. Zweitens ist die Frage sektorspezifischer Einstellungen wichtig, weil die Anzahl der Befragten nicht hinreichend groß ist, die Analyse auf die Auswahlsektoren Politik und Massenmedien einzuschränken. Maximal eine Differenzierung nach „politischem Zentrum“ und „zivilgesellschaftlicher Peripherie“ ist in Anbetracht der geringen Fallzahlen zu vertreten.

Gibt es also Argumente, die dafür sprechen, dass die Einstellungen der anderen Befragten ähnlich zu jenen aus den Sektoren „Politik“ und „Medien“ sind? Die Elitenforschung ist dieser Frage ausführlich nachgegangen und hat deutliche Belege für ein hohes Maß an kommunikativer Integration über Sektorgrenzen hinweg erbracht (Sauer/Schnapp 1997). Auch meine eigene Analyse der Umfragedaten stützt die Annahme, dass sich Diskursbrüche quer zu den Sektorgrenzen verlaufen. Überprüft wird hierzu, inwieweit sich die Antworten der Befragten aus dem Sektor „Politik“ bzw. „Medien“ signifikant von den restlichen Befragten unterscheiden. Verglichen werden die Mittelwerte der in den Kapiteln fünf bis sieben einbezogenen Antworten. Die statistische Absicherung erfolgt mit Hilfe einer einfaktoriellen Varianzanalyse (ANOVA). Dabei wird zuerst ein Vergleich mit allen anderen Befragten durchgeführt, danach der Vergleich auf die Befragten des „politischen Zentrums“ bzw. „zivilgesellschaftliche Peripherie“ eingeschränkt.

Tab. 4.7: Mittelwertvergleich über Sektoren hinweg

	Politik					Medien				
	Politik	Andere (nicht Politik)	Vergleich Politik und andere (F)	Zentrum ohne Politik	Vergleich Politik und Zentrum ohne Politik (F)	Medien	Andere (nicht Medien)	Vergleich Medien und andere (F)	Peripherie ohne Medien	Vergleich Medien Peripherie ohne Medien (F)
Unterstützung EU-Beitritt	4,3	4,4	,253 n.s.	4,5	2,618 n.s.	4,3	4,4	,502 n.s.	4,3	,044 n.s.
Vor- und Nachteile für Deutschland										
Prosperität	4,2	4,1	0,672 n.s.	4,3	0,308 n.s.	4,3	4,2	0,822 n.s.	4,1	1,259 n.s.
Sicherheit	3,5	3,8	4,095*	3,7	1,348 n.s.	3,8	3,7	0,061 n.s.	3,8	0,000 n.s.
Kosten	2,6	2,9	4,268*	2,7	0,001 n.s.	2,8	2,8	0,005 n.s.	3,1	1,774 n.s.
Unregierbarkeit der EU	2,2	2,5	6,746**	2,5	3,099 n.s.	2,4	2,5	0,044 n.s.	2,6	0,504 n.s.
Politische Einfluß	3,7	3,6	3,033 n.s.	3,6	1,450 n.s.	3,6	3,6	0,068 n.s.	3,5	0,851 n.s.
Arbeitslosigkeit	3,2	3,5	3,880*	3,3	0,406 n.s.	3,2	3,4	1,146 n.s.	3,5	2,758 n.s.
Vor- und Nachteile für Polen										
Anerkennung	4,2	4,5	8,219**	4,5	5,797*	4,5	4,4	0,480 n.s.	4,4	0,504 n.s.
Unterstützung der EU	3,8	3,9	1,122 n.s.	4,0	1,771 n.s.	3,9	3,9	0,000 n.s.	3,9	0,031 n.s.
Sicherheit	3,6	3,9	7,858**	4,1	8,918**	3,9	3,9	0,014 n.s.	3,8	0,019 n.s.
Wohlstand	2,6	3,1	24,804**	3,3	26,713**	3,2	3,0	2,333 n.s.	3,0	1,042 n.s.
Kosten	2,6	2,5	1,142 n.s.	2,4	1,462 n.s.	2,7	2,5	1,840 n.s.	2,5	2,059 n.s.
Schuld	3,8	4,1	2,894 n.s.	4,0	0,704 n.s.	4,2	4,0	1,378 n.s.	4,0	1,054 n.s.
Dankbarkeit	2,9	3,2	3,263 n.s.	3,3	2,641 n.s.	3,3	3,1	1,100 n.s.	3,1	0,682 n.s.
Multilateralismus	4,8	4,7	0,373 n.s.	4,7	0,031 n.s.	4,8	4,7	1,577 n.s.	4,7	2,612 n.s.
Identifikation mit Polen	2,9	2,8	0,768 n.s.	2,8	0,430 n.s.	2,8	2,9	0,271 n.s.	2,8	0,019 n.s.
Identifikation mit Europa	3,9	3,8	1,478 n.s.	3,6	3,091 n.s.	3,9	3,8	1,141 n.s.	3,8	0,854 n.s.
Minimales N	88	295		61		39	347		164	

Die Analyse ergibt folgendes Ergebnis: Im Mittel liegen die Antworten aus dem Sektor Medien sehr dicht an denen der anderen Befragten. Die Unterschiede sind nicht signifikant. Ein Lesebeispiel: Bei den Befragten aus den Medien beträgt die Unterstützung eines polnischen EU-Beitritts im Schnitt 4,3, bei denen aus den anderen Sektoren 4,4 – ist also nur sehr geringfügig positiver. Eine Varianzanalyse erbringt einen geringen, nicht signifikanten F-Wert von 0,5, der Unterschied ist also nicht mit hinreichender Sicherheit Ausdruck einer tatsächlichen Differenz in der

Grundgesamtheit (den 5000 Positionen im Auswahlplan der Potsdamer Elitestudie). Diese Differenz ist sogar noch geringer, wenn man die Medienvertreter nicht mit allen anderen Befragten, sondern nur mit jenen aus der „zivilgesellschaftlichen Peripherie“ vergleicht.

Bei den Befragten aus dem Sektor Politik sieht dies allerdings etwas anders aus. Hier sind die Antworten etwa zum Gewinn an Wohlstand für Polen nach einem Beitritt zur Europäischen Union im Schnitt nahe bei einem neutralen „unentschieden“. Dennoch ergibt die Analyse eine signifikante Differenz von leicht skeptischen Antworten der Befragten aus dem Sektor Politik gegenüber leicht positiveren Antworten aus den restlichen Sektoren. Hier ergibt der Vergleich bei insgesamt sieben von siebzehn Fragen signifikante Differenzen in den Antworten aus dem Sektor Politik und allen anderen Sektoren. Allerdings bleiben die Mittelwertdifferenzen unter einer halben Antwortkategorie, sind also nicht besonders gravierend. Der Anteil an signifikanten Differenzen nimmt zudem deutlich ab, wenn man die Antworten auf die Befragten aus dem „politischen Zentrum“ einschränkt, d.h. den Sektor „Politik“ nur mit dem Sektor „Verwaltung“ vergleicht.

Ich gehe daher davon aus, dass die erhobene Positionselite in vertikaler und horizontaler Hinsicht Deutungen teilt bzw. Brüche zwischen alternativen Deutungen „quer“ zu Organisationsebenen und Gesellschaftssektoren verlaufen. Die erfassten Einstellungen sind damit als Indikatoren des „kognitiven Hintergrundes“ einer Debatte geeignet, die sich zwar auf elitäre Foren des politischen Zentrums und seiner zivilgesellschaftlichen Peripherie beschränkte, deren Personal sich aber nicht auf die allerhöchsten „Top-Entscheider“ reduzierte. Für die Analyse können 152 Befragte eindeutig dem *politischen Zentrum* zugerechnet werden, also jenem aus „Politik“⁴³ und „Verwaltung“⁴⁴ bestehenden Teil demokratisch verfasster Systeme, in dem politische Entscheidungen zugespitzt und gefällt werden (vgl. Peters 1993). Die restlichen Befragten verteilen sich im Wesentlichen auf dessen *zivilgesellschaftliche Peripherie*, d.h. die Wirtschaft, Verbände, Medien. 33 weitere entstammen Justiz

⁴³ Im Sektor "Politik" erfolgte eine Auswahl v.a. auf der Bundes- und Landesebene. Es wurden die höchsten Exekutivpositionen (Bundes- und Landesminister plus parlamentarische Staatssekretäre) aufgenommen, ferner die Vorsitzenden der legislativen Gremien (Bundestagsausschüsse- und -präsidium bzw. die Fraktionen). Entsprechend der besonderen Rolle der Parteien im politischen System wurden bei ihnen Bundes- und Landesvorstände komplett einbezogen. Diese Liste wurde u.a. ergänzt durch die Vorsitzenden der parteinahen Stiftungen sowie einige kommunale und europäische Führungspositionen.

⁴⁴ Im Sektor "Verwaltung" wurden alle Staatssekretäre der Bundes- und Landesministerien ausgewählt, auf Bundesebene ferner deren Abteilungs- und Unterabteilungsleiter, teilweise auch deren Stellvertreter. Darüber hinaus wurden die Leiter mehrerer wichtiger Bundesbehörden einbezogen, die Regierungspräsidenten und einige ranghohe deutsche Vertreter in der EU-Verwaltung.

oder Bundeswehr und sind streng genommen dem Zentrum zuzurechnen. Sie werden allerdings bei nach Zentrum und Peripherie getrennter Analyse nicht berücksichtigt, da sie im außenpolitischen „Politikherstellungsprozess“ keine formal eindeutig zu bestimmende Rolle einnehmen.

Schließlich bleibt die *fehlende individuelle Zurechenbarkeit von Sprechakt und Kognition* eine wesentliche Einschränkung der Analyse. Die Authentizität einzelner Aussagen ist also prinzipiell nicht nachprüfbar, weil sich Sprecher nicht eindeutig Befragten zuordnen lassen. Mit zunehmendem Grad analoger Assoziiertheit von Ideen und Präferenzen auf der Ebene von Sprechakten („Vordergrund“) und kognitiver Assoziationen („Hintergrund“) steigt zwar, so die Annahme, die Wahrscheinlichkeit beobachteter Authentizität der individuellen Sprechakte. Eine solche Interpretation auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Aggregate steht aber immer unter dem Vorbehalt eines drohenden „ökologischen Fehlschlusses“ (Diekmann 1995: 116-8, klassisch: Robinson 1950)⁴⁵. Es lässt sich in diesem Sinne also eher von einer mehr oder weniger starken Repräsentativität des „sprachlichen Vordergrundes“ sprechen.

⁴⁵ Klassisches Beispiel: Nur weil Ausländeranteil und Stimmen für Rechtsparteien zwischen Wahlkreisen korrelieren, heißt das keineswegs, dass Ausländer überwiegend Rechtsparteien wählen.